Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg. eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Krod, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 13. März 1929 | 9. Jahrgang * Nr. 61

Die Spalter des DMV. am Werk

Die Berliner DMV.-Bureaukratie will jeden ausschließen, der sich ihrem Gesinnungsterror nicht fügt

Für Einheit und Klassenkampf

kämpft nun erst recht unter der Führung der Gewerkschaftsopposition

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. März.

Gestern abend fand die Berliner Delegiertenversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Im Mittelpunkt der Versammlung stand, wie es nach den Entfüllungen über die sozialdemokratische Fraktionssitzung nicht anders zu erwarten war, der Spaltungsantrag des reformistischen Gewerkschaftszerstörers Sommerfeld. Derselbe hielt eine wüste Schimpfrede zur Begründung seines Antrages. Darauf ergriff der DMV.-Vorsitzende Urich selbst das Wort, um den Antrag Sommerfelds nicht nur zu unterstützen, sondern durch einen angeblichen „Zusatzantrag" noch zu verschärfen. Die neue Formulierung, über die die Generalversammlung entscheiden sollte, obwohl Neuanträge den Stahlkörpern erst vorgelegt werden müssen, besagt,

daß die Ortsverwaltung jeden Funktionär, der sich nicht verpflichtet, in Wort und Schrift gegen die Richtlinien der Kommunistischen Partei zu kämpfen, von seiner Funktion entheben und ausschließen kann.

Voller Zynismus kündigte Urich, der Mann, der 10 000 Mann aus dem Verbande ausschließen, mit anderen Worten, die Gewerkschaften spalten will, an, daß der Genosse Niederkirchner, der als Sprecher der Opposition, gestützt auf eine Fülle unwiderleglichen Materials, mit den reformistischen Gewerkschaftszerstörern abrechnete, zum letzten Male auf dieser Generalversammlung gesprochen hat.

Die geschickt zusammengeschobene reformistische Mehrheit der Generalversammlung hat dem Antrag Urich zugestimmt. Auf diese Abstimmung antwortete die Opposition mit einem dreimaligen Hoch auf die Kommunistische Internationale und dem Gesang der Internationale.

*

Die „Rote Fahne" schreibt u. a. dazu: „Die Urich und Sommerfeld wissen, daß die Berliner Metallarbeiterschaft in ihrer Mehrheit nicht hinter dem Reformismus, nicht hinter der statutenwidrig aufgezwungenen Ortsverwaltung, sondern auf dem Boden der revolutionären Opposition steht. Die Urich und Sommerfeld wissen, daß, wenn die Stimmen der Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften entscheiden würden, der Berliner DMV. eine der ersten Organisationen ist, die sich von den Fesseln der reformistischen Vergewaltigung befreien und sich eine klassenkämpferische Führung geben würde.

Die Gewerkschaften, die unter Führung der Reformisten nicht den Arbeiterinteressen dienen, sondern der Lähmung der proletarischen Bewegung, die nicht Waffen des Kampfes, nicht Waffen der proletarischen Gegenoffensive gegenüber den Unternehmern, sondern Waffen für die Unternehmer, für die Niederhaltung der Arbeiter, für die Sicherung des kapitalistischen Profites darstellen — solche Gewerkschaften, in denen der Reformismus Triumphe feiert, wünscht die Bourgeoisie, solche Gewerkschaften fordern sie von den Sozialdemokraten im Zeichen der Koalitionspolitik, im Zeichen des Kurses auf die verschärfte Kapitalsdiktatur, im Zeichen des Kurses auf den imperialistischen Krieg.

Nehmt in allen Gewerkschaften unverzüglich Stellung, wählt Delegationen gegen die spalterische Ortsverwaltung! Macht Schluß mit den reformistischen Verbandszerstörern, stärkt die Einheit des DMV., antwortet bei den Betriebsrätewahlen:

Wählt rote Betriebsräte!

Hamburger Koalitionssenat verbietet

Kommunistische Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen der Arbeiter
Ein Anschlag gegen das Internationale Pfingsttreffen des RFB. — Mobilisiert nun erst recht!

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 13. März.

Die Polizeipressestelle teilt mit:

„Mit Rücksicht auf die infolge der Ereignisse in Vöhrden von dem Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein erlassenen Versammlungsverbote hat sich der Senat entschlossen, auch für das Hamburger Staatsgebiet alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel, sowohl der Nationalsozialisten als auch der Kommunisten, bis auf weiteres zu verbieten."

Weil in Vöhrden, mehrere Stunden von Hamburg entfernt, faschistische Provokateure Arbeiter überfielen, verbietet der zur Hilfe aus Sozialdemokraten bestehte Hamburger Senat Versammlungen der Kommunistischen Partei in Hamburg. Selbst der hugenbergsche nationalistische „Lokalanzeiger" muß feststellen:

„Praktisch richtet sich das Verbot ausschließlich gegen die Kommunisten. Die Nationalsozialisten sah man hier nicht auf der Straße."

Am 26. März findet in der Hansastadt der Bismarck-Aufmarsch des vereinigten faschistischen Gesindels statt. Er wird nicht verboten. Aber durch das Demonstrationsverbot für die Kommunistische Partei sollen die Gegenkundgebungen der Arbeiter im Keime erstickt werden. Und nicht genug damit:

das Demonstrationsverbot für die Kommunistische Partei soll das Internationale Pfingsttreffen des RFB. in Hamburg treffen.

Die kommunistische Bürgerschaftsfraktion hat sofort einen Antrag auf ein Verbot des faschistischen Bismarck-Aufmarsches und auf Aufhebung des Demonstrationsverbotes für die Kommunistische Partei eingebracht.

Neue Kommunistenverhaftungen in Hamburg

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 13. März.

Gestern wurden von der Polizei wiederum zwei kommunistische Arbeiter festgenommen, die beschuldigt werden, an dem Zusammenstoß in Vöhrden beteiligt zu sein. Während die Nationalsozialisten, die diesen Ueberfall in Vöhrden inszenierten, auf freiem Fuße gelassen werden, wird einer nach dem andern der überfallenen Arbeiter verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.

Unerhörtes Klassenurteil

des 4. Strafsenats des Reichsgerichts

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte gestern den kommunistischen Buchhandlungsangestellten in Görlitz, Erwin Bengler, zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe. Er soll sich nach der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat, des Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und der Verheimlichung eines Sprengstofflagers schuldig gemacht haben.

Zörgiebel schont den Dokumentenfälscher Orloff

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. März.

Wie wir erfahren, sind Zörgiebels Bemühungen, einen Prozeß gegen den Dokumentenfälscher Orloff zu vermeiden, von Erfolg gekrönt. Orloff wird für seine ungeheuren Verbrechen nicht bestraft werden, man gibt ihm vielmehr auf, innerhalb kürzester Frist Preußen zu verlassen. Der Dokumentenfälscher geht straflos aus, denn seine Verbrechen richteten sich ja „nur" gegen Sowjet-Rußland und außerdem war dieser Orloff die rechte Hand Zörgiebels im Kampfe gegen die ausländischen Revolutionäre.

Noch 20 Millionen mehr aus der Biersteuer

Hilferding beschert das kleine Glas Bier zu 25 Pf.

Von Adolf Ende, M. d. R.

Dem Reichstag sind nunmehr die Steuervorlagen für Erhöhung der Einnahmen aus der Biersteuer, dem Branntweinmonopol und der Erbschaftssteuer sowie drei Gesetzentwürfe zur Aenderung des Einkommensteuer-, Vermögensteuer- und Wechselsteuergesetzes zugegangen. Sie tragen die Unterschrift des Sozialdemokraten Hilferding.

Die vorliegenden Gesetzentwürfe und ihre Begründungen verschärfen das reaktionäre Bild der Hilferdingschen Steuerpolitik noch um ein Beträchtliches, da man aus ihnen bisher nicht bekannte Einzelheiten erfährt. Wir beschränken uns vorläufig nur auf die Biersteuer, die am rigorosesten gesteigert werden soll.

Seit Monaten hieß es, die Biersteuer, die bisher 370 Millionen Mark einbrachte, soll um 44,57 Prozent auf 535 Millionen Mark gesteigert werden, also 165 Millionen Mark mehr einbringen. So teilte es Hilferding auch seinerzeit der Presse mit. Man muß jetzt feststellen, daß die Oeffentlichkeit belogen wurde. Nach dem Gesetzentwurf wird die Biersteuer sogar um 50 Prozent auf 550 Millionen gesteigert. Also nicht 165, sondern 185 Millionen Mark mehr sollen durch diese Steuer aus den Verbrauchermassen herausgepreßt werden. Diese bewußte Täuschung, vor allen Dingen der Arbeiteröffentlichkeit, zeigt, daß der sozialdemokratische Steuereinpeitscher der Bourgeoisie auch hier seiner Herren gelehriger Schüler ist.

Herr Hilferding könnte dagegen einwenden, daß er für das Rechnungsjahr 1929 infolge eines „gewissen Rückganges der steuerpflichtigen Biermengen" nur mit einem Mehraufkommen von 165 Millionen Mark rechnet. Was nichts daran ändert, daß im Gegensatz zu seinen ersten Mitteilungen die Biersteuer insgesamt nicht um rund 44,5, sondern um 50 Prozent (das sind 185 Millionen Mark) erhöht wird. Er macht sich bei seiner Rechnung wohl den „sozialen" Gedanken seines Parteiblattes („Vorwärts" vom 26. Februar) zu eigen, daß die „ärmeren Schichten" ihren Verbrauch an Bier eben einschränken müssen, wodurch ein Ausfall an Steuer von rund 5 Prozent zu erwarten sei.

Die geltenden Sätze der Biersteuer betrugen bisher 6 bis 8,15 für den Hektoliter. Hilferding peitschte sie auf 9 bis 12,20. Er beantragte gleichzeitig in seinem Gesetzentwurf die Beseitigung der bisherigen Steuerfreiheit für Hausbrauer, von denen es 1927 zirka 27 630 gab, die rund 316 000 Hektoliter herstellten. Durch die Beseitigung der Steuerfreiheit will Hilferding 1,8 Millionen Mark an Steuern hereinholen. Die früheren Erhöhungen der Steuer haben natürlich die Ausbreitung der Hausbierbereitung sehr begünstigt, so daß man heute ihre Zahl zwischen 35 000 bis 60 000 schätzt. Die sogenannte „Steuermoral" läßt es angeblich nicht zu, daß die Nutznießer solcher gemeinsamen Sude, hauptsächlich bäuerliche Bevölkerungskreise, aber auch Arbeiter in Industriegegenden, steuerfrei bleiben. So sollen auch sie jetzt zur höheren Ehre sozialdemokratischer Steuerpolitik daran glauben. Auch hier übertrumpft Hilferding seinen Vorgänger im Bürgerblock.

Wenn Hilferding durch die Biersteuer 185 Millionen Mark mehr aus den Taschen der Verbraucher plündern will, so bedeutet das, daß in Wirklichkeit die Summe noch viel größer sein wird, da sich das Brauerei- und das Gastwirtsgewerbe an der Ausplünderung durch noch höhere Preise, als sie die Steuererhöhung mit sich bringt, beteiligen wird. Der „Vorwärts" schätzte seinerzeit den Extraprofit, den allein das Gastwirtsgewerbe aus der neuen Steuererhöhung ziehen wird, auf rund 100 Mill. Im Arbeitsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurden bei Beratung der Hilferdingschen Vorlage noch höhere Ziffern angenommen. Es wurde dort ausgeführt, daß

nach Inkrafttreten des Gesetzes der gegenwärtige Preis für den Hektoliter Bier von durchschnittlich 66,63 Mark auf 83,32 Mark steigen würde, was einer Gesamtbelastung der Verbraucher im Ausmaße von etwa 500 Mill. Mark gleichkommt.

In der Praxis wirkt sich die Biersteuererhöhung nämlich so aus, daß nicht nur die Brauereien die Steuer auf die Gastwirte und diese auf die Konsumenten abwälzen, sondern daß beide an jeder neuen Steuererhöhung noch profitieren, da alle Versuche,

Morgen, 20 Uhr, im „Volkspark" Halle öffentl. Metallarbeiterversammlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0001

Die Arbeiterschaft gegen die Spalter

Organisiert Euch! Kämpft mit der Opposition!

Gestern tagte die erweiterte Bezirksausschußsitzung der Erwerbslosen. Bei der Behandlung des Kampfes um Lohn und Brot wurden auch die Gewerkschaften gestreift. Festgestellt wurde, daß die Gewerkschaften alles unterlassen, um den Erwerbslosen zu helfen. Die Diskussion zeigte eine große Erregung, weil die Gewerkschaften nichts übrig haben für den Kampf, aber alles daransetzen, die Opposition mundtot zu machen. Schließlich wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 12. März tagende erweiterte Bezirksausschußsitzung der Erwerbslosen Mitteldeutschlands erhebt schärfsten Protest gegen den reformistischen Gesinnungsterror in den Gewerkschaften. Die Erwerbslosen werden nun erst recht die oppositionellen Gewerkschaftler in ihrem Kampfe unterstützen.

Wir fordern deshalb alle erwerbslosen Unorganisierten auf, sich restlos einzureihen in die freien Gewerkschaften. Die Opposition gestärkt! Schlagt den SPD.-Bonzen auf die Finger, organisiert die Einheitsfront gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer.

Hinein in die freien Gewerkschaften."

Bezirksausschuß Halle-Merseburg.

*

„Die am 10. März 1929 stattfindende Belegschaftsversammlung der Engelhardt-Brauerei protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Spaltungsmaßnahmen sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer in den freien Gewerkschaften, die sich in Ausschlüssen langjährig organisierter oppositioneller Gewerkschaftskollegen aus den Verbänden und im Vorliegen von Reversen, die Gesinnungszwang bedeuten, ausdrücken. Die Methoden dieser Gewerkschaftsführer wirken nicht gewerkschaftsfördernd. Sie sind dazu angetan, das in jahrzehntelanger mühseliger Kleinarbeit von den Arbeitern Geschaffene zu zerschlagen. Gerade jetzt, wo das Unternehmertum auf der ganzen Linie einen verstärkten Druck auf die Lebenshaltung der Arbeiter ausübt, ist Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes notwendig.

Die Belegschaftsmitglieder der Engelhardt-Brauerei werden gemeinsam mit den Arbeitern in den anderen Betrieben einen entschiedenen Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspalter, gegen die Trustbourgeoisie, gegen steigende Verelendung und wachsende Kriegsgefahr führen.

Den Metallarbeitern rufen wir zu, den Angriff Röhlers auf die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zurückzuschlagen und die Arbeiter in allen Betrieben gegen Gesinnungszwang und Terror zu mobilisieren."

---

eine Pfennigrechnung einzuführen, schon früher fehlgeschlagen sind. Es wird im Ausschank auf volle 5 oder 10 Pf. nach oben abgerundet, so daß vielfach der Betrag dieser zusätzlichen „wilden" Steuer höher ist als der Anteil, der durch die Steuererhöhung „normal" zum Preise zugeschlagen wird. Die Brauereien haben ihrerseits bereits eine allgemeine Erhöhung ihrer Preise angekündigt.

Hilferding beschert den werktätigen Massen das kleine Glas Bier zu 25 Pf.

Er hat natürlich längst vergessen, daß der Sechser in der Hand des Arbeiters nicht so locker sitzt, wie bei den splendiden Gästen des Presseballes die Hundertmarkscheine. Die Proleten werden ihrerseits aber bei jedem Glase Bier daran denken, daß der Sechser mehr — oder der Verzicht! — ein Tribut für die schändliche Koalitionspolitik der SPD.-Führer ist.

Während der Besitz von Hilferding notorisch geschont wird, sollen die Massen die Kosten der imperialistischen Machtpolitik der deutschen Bourgeoisie zahlen. Damit es reibungslos geht, hat sich die Bourgeoisie ihre SPD. zum Steuereinreiber rechtzeitig gesichert. Deshalb auch die Koalitionstreue der schwerindustriellen und imperialistischen Volkspartei zur SPD. Dieser Anschlag muß verhindert werden.

Gegen die Koalition der Volksausplünderer unter Führung der SPD. die Einheitsfront aller Werktätigen unter Führung der KPD.!

Das muß der Kampfruf sein, mit dem die Arbeiterschaft ihren außerparlamentarischen Steuerkampf eröffnet.

Siege der Gewerkschaftsopposition

Ohrfeigen für Reformisten

In Wilhelmsburg bei Hamburg wurden bei der Wahl der Außenbezirksleitung des Baugewerksbundes zwei Oppositionelle als Mitglieder gewählt. Von den gewählten Delegierten zur Delegiertenversammlung entfallen 3 auf die Opposition und 2 auf die Reformisten.

In Köln nahm eine stark besuchte Versammlung der Sektion Gleisbau der städtischen Bahnen des Kölner Gemeindearbeiterverbandes Stellung zur Betriebsratswahl. Trotz Ausschlußdrohungen der reformistischen Bureaukraten wurde der Vorschlag der revolutionären Opposition gegen nur 7 Stimmen von etwa 300 anwesenden Kollegen angenommen.

In Salzungen (Thüringen) fand bei der Firma Junk & Dittmar Aufstellung der Kandidaten zur Betriebsratswahl statt. Die Verbandsbureaukraten verlangten gegen ihre sonstige Gewohnheit Einberufung einer freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlung an einem Sonntag und spekulierten darauf, daß die Arbeiter aus den umliegenden Ortschaften nicht erscheinen würden. Der Aufforderung der Gewerkschaftsopposition Folge leistend, nahm die Versammlung jedoch mit überwältigender Mehrheit, 79 gegen 19 Stimmen, den Antrag an, die alten Betriebsräte, 6 Oppositionelle, 2 Reformisten und einen Parteilosen, wieder als Betriebsrat aufzustellen.

„Gesindel"

schimpft ein FAV.-Bureaukrat revolutionäre Arbeiter

Die Frechheit reformistischer Verbandsbureaukraten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft kennt keine Grenzen. Unser Bruderorgan in Köln „Die sozialistische Republik" berichtet über folgende Unverschämtheit eines solchen Bonzen. Der dortige Sekretär des Fabrikarbeiterverbandes, Hertwig, trat in einer Belegschaftsversammlung der Firma Rheinische Gummiwarenfabrik in Köln-Nippes auf und beschimpfte dort die oppositionelle Mitgliedschaft des Verbandes mit den Worten „Gesindel" und ähnlichen Ausdrücken. — Die Antwort erhielt dieser „feine" Gewerkschaftsführer einige Tage später durch die Belegschaftsversammlung der Firma Karl Plaath. Einstimmig faßte die etwa 600 Mann starke Belegschaft, der nur wenige Kommunisten angehören, eine Entschließung, die aufs schärfste gegen Hertwig protestiert und verlangt, daß er die Beleidigung öffentlich mit dem Ausdruck des Bedauerns in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" und in unserem Bruderorgan der „Sozialistischen Republik" zurücknimmt. Geschieht dies nicht, darf Hertwig in keiner Versammlung dieses Betriebes mehr erscheinen. Der anwesende Verbandsvertreter, denn Hertwig hatte rechtzeitig Lunte gerochen, mußte wohl oder übel die Stellungnahme der Belegschaft hinnehmen.

Es ist Zeit, daß die reformistischen Verbandsbureaukraten überall derartige und noch stärkere Abfuhr erleiden. In den kommenden Betriebsrätewahlen muß die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft gegen den Reformismus in der Wahl roter Betriebsräte zum Ausdruck kommen.

Wenn in sozialdemokratischen Druckereien gestreikt wird...

Die sozialdemokratischen Führer des Buchdruckerverbandes haben in Solingen einen Streik des Personals der kommunistischen Genossenschaftsdruckerei organisiert, weil die Geschäftsleitung gezwungen war, wegen Arbeitsmangels zwei Buchdrucker zu entlassen. Der Wahrheit zuwider wird behauptet, daß die Geschäftsleitung der Solinger Genossenschaftsdruckerei eine „politische Maßregelung" vorgenommen hätte, obwohl infolge der finanziellen Schwäche des Unternehmens schon mehrmals dessen Bestehen in Frage stand.

Da die ganze Hetze, bei der das „Volksblatt" natürlich nicht fehlen durfte, hauptsächlich zu dem Zwecke der Ablenkung von dem beabsichtigten Verrat der allgemeinen Lohnbewegung in Szene gesetzt wird, dürfte es angebracht sein, daran zu erinnern,

wie sich die Führer des Buchdruckerverbandes bei anderen Konflikten verhielten.

In der „Vorwärts"-Druckerei Berlin war vor einiger Zeit ein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterjugend, Kollege Kreßmann, beschäftigt. Da dieser Kollege nicht in allen Fragen die Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes deckte, fiel er bald den leitenden Persönlichkeiten auf. Im Mai 1928 wurde Kollege Kreßmann plötzlich entlassen. Darauf legte die Belegschaft der Werksetzerei drei Stunden lang die Arbeit nieder. Nun versprachen der Faktor Grotze und der Geschäftsführer Miecke, daß Kollege Kreßmann weiter beschäftigt werde. Doch wenige Tage kam der Geschäftsführer Jäger zurück, die Führer des Buchdruckerverbandes brachen den letzten Widerstand und Kollege Kreßmann mußte die heiligen Hallen der „Vorwärts"-Druckerei verlassen. Es war nur ein oppositioneller SPD.-Kollege, der hier aus politischen Gründen gemaßregelt wurde. Wie rasch würde erst ein Kommunist fliegen, wenn einer in der „Vorwärts"-Belegschaft entdeckt würde?

Ebenfalls im Mai 1928 wurde von der Leitung des „Vorwärts"-Betriebes der Kollege Erich Kutzner gekündigt, weil er angeblich politische Mitteilungen nach außen getragen haben soll.

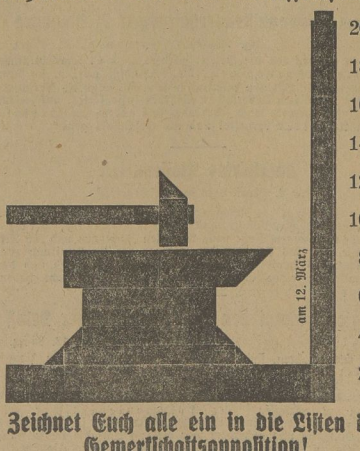
Ein anderer Fall. In Berlin besaß der ZdA.-Vorstand eine Druckerei, in der tarifwidrige Zustände herrschten. Als der sozialdemokratische Vertrauensmann Otto Fiedler die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen verlangte, wurde er fristlos entlassen. Notgedrungen mußte der Buchdruckervorstand den Kunststempel des ZdA. sperren, die dort beschäftigten Kollegen mußten aufhören. In diesem Falle versagte aber die Entrüstungsfähigkeit der sozialdemokratischen Buchdruckerführer vollständig, in der Gewerkschafts- und SPD.-Presse war es sehr still. Hinter den Kulissen wurde dann eine Verstärkung dahingehend erzielt, daß die „Vorwärts"-Druckerei die Aufträge des ZdA. schluckt und die ZdA.-Druckerei aufgelöst wird. Fiedler erhielt eine gute Position, die übrigen Kollegen konnten sehen, wo sie blieben.

Bei der Frühjahrslohnbewegung 1928 kam es am 21. April in der sozialdemokratischen Druckerei der Breslauer „Volkswacht" zu einem dreistündigen Streik der gesamten Belegschaft, weil die Geschäftsleitung nicht einmal eine solche Lohnzulage bewilligte, wie sie die finanziell viel schwächere Peuvag-Druckerei gewährte. Dieser Streik wurde aber von der Leitung des Buchdruckerverbandes eiligst abgewürgt. Ueberhaupt haben die sozialdemokratischen Konzentrationsbetriebe während der letzten Lohnbewegung eine sehr schlechte Rolle gespielt, wie allgemein bekannt ist.

In diesen Jahren kommt hinzu, daß eine annehmbare Lohnerhöhung für die Buchdrucker in schärfstem Widerspruch steht zu den Bedürfnissen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik.

Es heißt daher, die Augen offen zu halten. Kein Ablenkungsmanöver soll verfangen. Noch entschlossener als im vorigen Jahr in Königsberg und Dresden muß dieses Jahr überall vorgegangen werden.

Schmiedet die rote Klassenfront!



Zeichnet Euch alle ein in die Listen der Gewerkschaftsopposition!

Sendet volle Listen sofort an die Redaktion „Klassenkampf"! Gewinnt den letzten Arbeitskollegen zum Kampf gegen Gesinnungsterror, Spaltungskurs, Schlichtungswesen, Wirtschaftsdemokratie, für Arbeiterdemokratie, einheitliche Klassenfront und revolutionären Klassenkampf!

Bayrische Porzellanarbeiter wählen rote Betriebsräte

Nachdem die Reformisten bei der Kandidatenaufstellung in der staatlichen Porzellanmanufaktur eine vernichtende Niederlage erhalten haben, erhielten sie eine ebensolche Quittung in der Porzellanfabrik Hutschenreuter, Selb i. B. Die Reformisten hatten hier eine eigene Liste aufgestellt. Spitzenkandidat war der brave SPD.-Mann Fraß, ein treuer Unternehmerknecht. Die Liste der Opposition war aufgestellt unter der Parole „Für revolutionäre Betriebsräte, gegen die Revers- und Ausschlußpolitik". 82 Prozent der Belegschaft beteiligte sich an der Wahl.

Die Liste der Opposition erhielt 435 Stimmen, die reformistische Liste 156.

Das ist eine gute Quittung für Brey und Genossen und muß überall der Ansporn sein, dort, wo noch nicht gewählt wurde, nur solche Betriebsräte zu wählen, die auf seiten der revolutionären Gewerkschaftsopposition stehen.

Die Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe über eine Neuregelung der Gehälter verliefen ergebnislos, weil die Arbeitgebervertreter jede Erhöhung ablehnte.

Im ostoberschlesischen Bergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, der nur einzelnen Kategorien geringfügige Lohnerhöhungen zusagt.

Buchdruckervorstand fordert nur 6,50 Mk.

Am 11. März begannen in Berlin die Lohnverhandlungen im Buchdruckergewerbe. Wie die Unternehmerpresse mitteilt, haben die sozialdemokratischen Führer des Buchdruckerverbandes sich auf eine Lohnforderung von 6,50 Mk. Zulage pro Woche (auf den tariflichen Spitzenlohn) beschränkt.

Im vorigen Jahr forderte die Verbandsleitung 10 Mk. Zulage. Erreicht wurde infolge Verrats der Verbandsbureaukratie im allgemeinen nur eine Zulage von 5,50 Mk. Die fehlende Restsumme wird nun in diesem Jahr als Forderung aufgestellt, obwohl sich im Laufe des letzten Jahres die Lebenshaltungskosten stark verteuert haben, vor allem sind in den letzten Wintermonaten die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in die Höhe getrieben worden. Dazu sind neue große Preissteigerungen vorauszusehen, die infolge der neuen Steuern Hilferdings tollsicher eintreten werden. Es wäre notwendig gewesen, in diesem Jahre eine höhere Forderung zu stellen als im vorigen Jahr. Statt dessen fordert die sozialdemokratische Bureaukratie des Buchdruckerverbandes viel weniger! Das ist um so mehr ein ungeheurer Skandal, als die Mitgliedschaft allgemein die Forderung von 20 Prozent aufstellte. Die gewaltige Mehrheit der Berliner Mitglieder, die Mitgliedschaften von Hamburg, Mannheim, Halle a. d. S. usw. forderten strikte die Durchsetzung der 20 Prozent auf den Tarifsohn.

Nun wissen die Mitglieder, was gespielt wird, auch wozu eine wüste Hetze gegen die kommunistische Presse aufgezogen wird. Jeder Kollege kann sich ausrechnen,

was der Verbandsvorstand aus den Verhandlungen zurückbringen wird,

wenn überhaupt nur 6,50 Mk. gefordert werden. Es werden nur 6,50 Mk. gefordert, weil es im Sinne der sozialdemokratischen Koalitionspolitik liegt, die Buchdrucker mit einigen Bettelpfennigen abzufpeisen. Die sozialdemokratischen Minister müssen doch bewiesen, daß sich ihre Amtstätigkeit für die Bourgeoisie lohnt.

Was haben die sozialdemokratischen Führer im vorigen Jahr versprochen?. Wenn erst ein Sozialdemokrat Arbeitsminister ist, gibt es mehr, gibt es den „Kulturlohn"! Jetzt stellen sich diese Versprechungen als Betrug heraus.

Es gibt jetzt für die Kollegenschaft nichts anderes, als sich fertig zu machen, um genau so wie im vorigen Jahr die Kollegen in Dresden und Königsberg zu handeln und die 20 Prozent zu erkämpfen.

Stand der Reparationsverhandlungen

(Eig. Meld.) **Berlin**, 12. März.

Reichsbankpräsident Schacht hat heute dem Reichspräsidenten Hindenburg über den Stand der Reparationsverhandlungen in Paris Bericht erstattet; er wird heute abend nach Paris zurückkehren.

Kaum ist der Plan der Schaffung einer Reparationsbank aufgetaucht, entbrennen aufs neue die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und England—Frankreich andererseits. Der „Temps" berichtet von Einwendungen, die England und Frankreich erhoben haben. Beide befürchten mit Recht, daß die Vereinigten Staaten mit Hilfe der Reparationsbank noch mehr wie bisher die Führung der gesamten Reparationsfrage an sich reißen werden, sie befürchten „die Unabhängigkeit der Bank". Belgien und Italien unterstützen Frankreich und England hierin. Die amerikanische „World" andererseits setzt sich für die Schaffung der Bank ein. Der bemerkenswerte Zug des Projekts sei die Umwandlung des bestehenden politischen Apparats in einen bankmäßigen. In englischen Bankkreisen wird eingewendet, daß die Gefahr drohe, die Reparationsbank könne die Bank von England zu Aenderungen des Diskontsatzes zwingen, d. h. die amerikanischen Bankiers werden über die Reparationsbank den Kampf gegen die Bank von England führen. Die englische Industrie wendet sich auch gegen die deutschen Sachlieferungen. Die „Times" erklärt, England stehe dem System der Sachlieferungen unsympathisch gegenüber. Die deutschen Kohlenlieferungen auf Reparationskonto nach Italien hätten den englischen Auslandsmarkt gestört. Aber auch andere Industriezweige seien gefährdet.

Diese Gegensätze unter den Gläubigern Deutschlands sind ein Mittel, Deutschland noch fester in die Antisowjetfront zu pressen. Die Reparationskonferenz entrollt alle imperialistischen Konflikte schärfer denn je. Und dabei ist der Hauptpunkt noch nicht berührt: die Frage der Höhe und der Dauer der Zahlungen.

Sozialdemokratische Hetze gegen den RFB.

(Eig. Meld.) **Berlin**, 12. März.

Der „Vorwärts" und auch die SPD.-Presse unseres Bezirks nimmt den Tod von zwei Arbeitern im Norden Berlins zum Anlaß, eine wüste Hetze gegen den RFB. zu entfalten. Er fordert indirekt das Verbot des RFB. Dabei handelt es sich bei dem Tod der Arbeiter Paege und Heinrich um eine gewöhnliche Streiterei in Betrunkenheit, die den bedauerlichen Ausgang nahm. Richtig ist lediglich, daß der verhaftete Dywel aus der Brunnenstraße früher einmal Mitglied des RFB. war. Er ist aber bereits vor drei Jahren wegen seiner Streitsucht ausgeschlossen worden, während im sozialfaschistischen Reichsbanner Raufbolde willkommen sind. Der Bruder Dywels ist ein guter Funktionär, Zugführer des RFB. Die SPD.-Presse versucht, hier durch Verwechslung der beiden gegen den RFB. aufzuputschen. Der andere der beiden Täter, Steinert, hatte früher seine Aufnahme in den RFB. beantragt, die aber abgelehnt war.

Eisenbahner-Verhandlungen dauern an

(Eig. Meld.) **Berlin**, 12. März.

Die gestrigen Besprechungen der Eisenbahnerorganisationen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn A.-G. führten zu keinem Ergebnis. Die Gewerkschaften erklärten, daß die Ablehnung des Lohnabkommens infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter erfolgt sei. Sie forderten eine einheitliche Lohnerhöhung für alle Lohngruppen und Wirtschaftsgebiete. Die Vertreter der Hauptverwaltung haben sich zu den Forderungen der Arbeiter bisher noch nicht sachlich geäußert. Es sind weitere Besprechungen vorgesehen.

Die bayerischen Wehrverbände haben den geschlossenen Uebertritt zum Stahlhelm beschlossen, womit die Konzentration der faschistischen Kräfte, die vom Stahlhelm betrieben wird, einen weiteren Fortschritt gemacht hat.

Ein italienisches Ausnahmegericht hat eine Gruppe von Kommunisten aus Toscana zu Kerkerstrafen zwischen sieben und zwei Jahren verurteilt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0002

Mussolini als Vorbild von Nößler u. Ko.

bei den Betriebsrätewahlen

Die „Rheinische Zeitung" schreibt am 2. März 1928:

„Rom, 28. Februar. Die vom faschistischen Großrat aufgestellte Monopolliste von 400 Abgeordneten für das sogenannte Nichtsist ist nunmehr erschienen. Nicht nur Mussolinis Wille ist für die Aufstellung maßgebend gewesen, sondern sein Name, der von sämtlichen Organisationen als ihr Spitzenkandidat eingereicht wurde, eröffnet auch die Liste trotz deren sonst alphabetischen Ordnung. Die Liste ist nach Mussolinis Ankündigung hundertprozentig faschistisch ausgefallen."

Der Wille der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie soll ebenfalls bei den Betriebsratswahlen maßgebend sein. Nößler und seine Kumpane betrachten die Betriebsräte als Alleiniges Monopol. Ihr Terror bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten unterscheidet sich nicht im geringsten von dem Mussolinis. Auch ihre Listen sollen hundertprozentig reformistisch ausfallen.

Verlangt demokratische Wahlen und Aufstellung der Liste in Belegschaftsversammlungen. Brecht den mussolinischen Terror der Gewerkschaftsführer!

Kämpft für revolutionäre Betriebsräte!

Ki.

Verbrecherischer Spaltungsversuch der Rechten in der Tschechoslowakei

(Inprekorr.) Prag, 11. März.

Gestern tagte der Vorstand des Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (angeschlossen der RGI.), der eigenmächtig von dem Vorsitzenden des IAB., Halik, einberufen wurde. In dieser Sitzung wurde einigen Mitgliedern des Vorstandes das Stimmrecht aberkannt, dafür anderen zuerkannt, die nicht eigentliche Mitglieder des Vorstandes sind. Auf diese Weise wurde dann der Vorschlag des Vertreters der RGI., daß alle strittigen Fragen vom IAB. und gegen die RGI. und die KPTsch. durchgeführt. Die Sputer wiesen hin auf die Suspendierung des Sekretärs der Textilsektion, Sykora, durch das ZK. der KPTsch., brachten einen Antrag auf Suspendierung der bisherigen kollektiven Führung des IAB. und des Redakteurs des Zentralorgans des IAB., „Der Arbeiter", ein und besetzten die Gewerkschaftsgebäude.

Die Zentrale der KPTsch. wendet sich in einem Aufruf an alle Arbeiter, in dem sie die Tragweite des verbrecherischen Spaltungsversuchs der Liquidatoren gebührend kennzeichnet und zur sofortigen Abwehraktion aufruft, um die Einheit des IAB. auf revolutionärer Grundlage herzustellen.

Die kommunistische Presse bringt eine Erklärung des Sekretärs der Bergarbeitersektion, Genossen Rosek, der sich gegen diesen Putsch wendet. Mit dieser Erklärung solidarisieren sich führende Mitglieder der Metallarbeitersektion, der Staats- und öffentlichen Angestellten, der Landarbeitersektion, der Textilarbeitersektion, der Glasarbeitersektion, der Mehrheit der Textilsektion sowie der Eisenbahnersektionen. Die Vertreter der Bauarbeitersektionen werden ihren Standpunkt erst nach der Sitzung des Vorstandes der Bauarbeitersektion erklären. Mit dem Putsch sich nur der Vertreter der chemischen Sektion einverstanden erklärt.

Studentenunruhen in Madrid

(Eig. Meld.) Paris, 12. März.

Nach einer Meldung aus Madrid haben dort streikende Studenten Kundgebungen veranstaltet und Unruhen hervorgerufen. Die Polizei mußte einschreiten, um die Ruhe wieder herzustellen. Das „Journal" meldet dazu, daß es besonders vor der Privatwohnung Primo de Riveras sowie vor dem Kriegsministerium und dem Unterrichtsministerium zu Zwischenfällen kam. Die streikenden Studenten brachten in feindselige Rufe aus. Die Polizei schritt ein. Es gab mehrere Verletzte. Etwa 100 Verhaftungen wurden vorgenommen. Darunter auch der republikanische Führer Lerroux Domingo. Nach Schluß der Theatervorstellung kam es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen Studenten und Polizei, wobei es wiederum Verwundete gab und weitere Verhaftungen vorgenommen wurden. Ein Aufruf der verhafteten Studenten an das Volk sei beschlagnahmt worden.

Sozialdemokratische Heuchler im DMV.

In Nummer 9 der „Metallarbeiter-Zeitung" wird unter der Ueberschrift „Seid gewarnt" gegen die Kollegen die Drohung des Ausschlusses angewandt, wenn sie bei der Betriebsratswahl auf anderen als freigewerkschaftlichen Listen kandidieren. Eine ganz gemeine Hetze gegen die kommunistischen Kollegen hat eingesetzt. Ulrich, Berlin, sprach sogar davon, Zehntausende auszuschließen, wenn sie sich den Beschlüssen der sozialdemokratischen Verbandstage und Gewerkschaftskongresse nicht willig unterordnen. Für diese Leute kommt es bei der Durchführung der Verbandsbeschlüsse lediglich darauf an, ihre Machtpositionen im Verband zu sichern. Während sie den kommunistischen Kollegen mit den brutalsten Mitteln jede Bewegungsfreiheit unterbinden wollen, schrecken sie selbst nicht davor zurück, wo sie in die Minderheit geraten, eigene Listen aufzustellen.

Das zeigt besonders die Aufstellung der Betriebsratslisten im Dixi-Werk in Eisenach. Dieses Werk, ein Rüstungsbetrieb mit 2600 Mann Belegschaft, hat ein gutes gewerkschaftliches Organisationsverhältnis seit jeher. Die große Mehrheit der Arbeiter steht hinter der Opposition. Die SPD. ist dort zu einer hoffnungslosen Minderheit geworden.

Schon im Vorjahre hat diese Minderheit eine reine SPD.-Liste der freigewerkschaftlichen Liste, die on der Opposition besetzt war, entgegengestellt. Die Bureaukratie dachte gar nicht daran, gegen die SPD.-Kollegen, die doch die Verbandsbeschlüsse gebrochen hatten, vorzugehen.

In diesem Jahre hat wiederum eine freigewerkschaftliche Vertrauensmännersitzung gegen eine Stimme eine Liste aufgestellt, die sich in der Hauptsache aus oppositionellen Kandidaten zusammensetzt. In der freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlung wurde diese Liste gegen wenige Stimmen gutgeheißen. Dasselbe geschah auch in einer allgemeinen Betriebsversammlung. Alle Voraussetzungen für die Anerkennung der Liste durch die Bureaukratie waren also gegeben. Der reformistische Verbandsangestellte Mathies war jedoch anderer Meinung. Er streute das Gerücht aus, daß der Genosse Iffland, Betriebsratsvorsitzender, nicht gewerkschaftlich organisiert sei. Er berief deshalb eine Sitzung mit den aufgestellten Betriebsratskandidaten ein und forderte sie auf, von der Liste zurückzutreten, widrigenfalls sie ausgeschlossen würden. In dieser Sitzung wurde Mathies bewiesen, daß der Genosse Iffland freigewerkschaftlich organisiert ist.

Sämtliche Kollegen erklärten, daß sie mit der Liste Iffland stehen und sollen und das schändliche Angebot von Mathies ablehnen. Darauf stellte Mathies eine reine SPD.-Liste zusammen, auf die er auch mangels geeigneter SPD.-Leute einige frühere Streikbrecher und von der Firma anerkannte bewußte Akkordpreisdrücker mit hinaufnahm.

Genau so wie im Vorjahre wird auch diesmal der Vorstand trotz seiner Warnung gegen diese Disziplinbrecher nichts unternehmen, weil sie ja Fleisch von seinem Fleische sind. Die ganze Heuchelei der sozialdemokratischen Fraktionsschieber wird durch diese Tatsache entlarvt.

Wir wollen noch ein anderes Beispiel aus Reuß im Rheinland hinzufügen. Dort war im Vorjahre bei der Firma Harvester & Co. ebenfalls gegen die oppositionelle freigewerkschaftliche Liste eine reine SPD.-Liste eingereicht worden. Während in allen Fällen gegen oppositionelle Kollegen auf Ausschluß erkannt wurde, fällte die Untersuchungskommission in diesem Falle folgenden „salomonischen" Spruch:

„Königshofen und seine 16 Kollegen haben dadurch, daß sie eine eigene Liste zur Betriebsratswahl aufstellten, gegen Beschlüsse des Verbandstages verstoßen und sind dieserhalb zu rügen. Ebenso ist aber auch festgestellt, daß die Ortsverwaltung Neuß viel energischer für eine einheitliche Liste sich hätte einsetzen müssen. Das Verhalten von K. und Genossen war nur möglich dadurch, daß die Ortsverwaltung nicht mit der notwendigen Energie Versuche zur Einigung unternahm. Aus diesem Grunde beschließt die Feststellungskommission, es mit einer Rüge gegen K. und seine 16 Kollegen bewenden zu lassen.

Neuß, 17. September 1928.

Vorsitzender Otto Lüdemann."

Man sieht also, daß die SPD.-Kollegen von einer geradezu zarten Rücksichtnahme sind, wenn sie sozialdemokratische Disziplinbrecher vor sich haben. Der Versuch, die Schuld auf die Ortsverwaltung abzuschieben, wird sofort verständlich, wenn man erfährt, daß die Ortsverwaltung von Kollegen der Opposition geleitet wurde. Während SPD.-Ortsverwaltungen, die mit allen Mitteln der Diktatur die Aufstellung von revolutionären Kandidaten verhindern, für ihre Statutenbrüche noch gelobt werden, wird eine oppositionelle Ortsverwaltung dafür haftbar gemacht, daß SPD.-Kollegen sich nicht der Mehrheit unterordnen wollen. Die Disziplinbrecher selbst erhalten nur eine Rüge. Oppositionelle Kollegen werden für dieselbe Handlung ausgeschlossen. Daraus ergibt sich mit aller Klarheit, daß es im DMV. zweierlei Recht gibt. Die Metallarbeiter müssen bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen diesen Heuchlern die Maske vom Gesicht reißen und überall dafür sorgen, daß revolutionäre Arbeiter auf die Betriebsrätelisten gesetzt werden, um die Versuche der Gewerkschaftsbureaukratie, unter allen Umständen den Wirtschaftsfrieden auf Kosten der Arbeiter zu erhalten, zum Scheitern zu bringen.

Calles säubert den Norden

(Eig. Meld.) Mexiko, 11. März.

General Calles hat an der Spitze von 18 000 Mann Bundestruppen den Marsch nach Norden zur Säuberung der nördlichen Aufstandsgebiete angetreten. Seine Armee steht bei Monterey.

Die Vorhut der von General Calles beschleunigten Regierungsarmee hat den Truppen der Aufständischen unter General Urbalejo bei Camitas eine Niederlage zugefügt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die weitere Ausfuhr von Flugzeugen für die Regierung von Mexiko verboten. „Damit keine dieser Flugzeuge in die Hände der Aufständischen gelangen" (!).

In Mussolinien hat es der päpstliche Einfluß, der ja bekanntlich vor kurzer Zeit verstärkt wurde, schon so weit gebracht, daß Lehrerinnen und Schülerinnen jetzt bis zum Halse geschlossene Kleider, die bis über die Knie reichen, tragen müssen. Faschismus und Muckertum blühen und gedeihen auf dem päpstlichen Misthaufen.

Englandfeindliche Kundgebungen in Indien

Anläßliches des großen Feuers des Swaraj-Tages fanden Massenversammlungen statt, in denen der Boykott aller ausländischen Tuche gefordert wurde. Die Versammlungen schlossen mit dem Abbrennen von Freudenfeuern, die mit Stoffballen genährt wurden.

Die Moskauer Parteikonferenz, an der nach der Feststellung der Mandatskommission 2000 Delegierte teilnahmen, die sich zu 80 Prozent aus Arbeitern rekrutierten, wurde am 6. März geschlossen.

Die sowjetrussische Botschaft hat gegenüber Zörgiebels Verschleierungsversuchen auf eine völlige Aufklärung der Dokumentenfälscheraffäre Orloff gedrängt.

Zwischen Rußland und Persien wurde ein Zollabkommen geschlossen, dessen Gültigkeitsdauer sieben Jahre beträgt.

Die mexikanische Regierung hat sich jetzt bei den Flugzeugwerkstätten von Longisland Flugzeuge zur Unterdrückung des reaktionären Aufstandes bestellt.

Das Lohnabbromemn in der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist zum 31. März gekündigt worden. Die Arbeitgeber planen, die augenblicklichen Elendsbestimmungen bis zum Dezember 1930 verlängern zu lassen.

Die Liller Schreckensnacht

Von Heinrich Wandt

„5. Zu den Festnahmen und zu den Bahntransporten wird jeder Kommandantur eine aktive Truppe (wahrscheinlich ein Infanterieregiment mit Maschinengewehrkompagnie) unterstellt werden. Landwehrtruppen sind hierzu nicht zu verwenden!

7. Das Zusammenbringen der Leute erfolgt quartierweise nach Einteilung eines Stadtbezirks durch Truppen. Die Häuser sind zuerst zu durchsuchen, die für den Abschub geeigneten Leute festzunehmen ...

8. Die erste Festnahme erfolgt an einem vom AOK. zu bestimmenden Tage um 5 Uhr morgens in allen drei Städten gleichzeitig. Zu derselben Stunde sind die Gemeinderäte zu den Kommandaturen zu bescheiden und ist ihnen die Ursache und der Zweck der Maßnahme zu erklären ...

Für die erste Festnahme sind die Arbeiterviertel zu wählen, die am dichtesten bevölkert und am unruhigsten sind.

9. Am Abend des Tages nach der ersten Festnahme muß der erste Transport vollzählig abfahrbereit sein. Auch weiterhin ist stets auf Vollzähligkeit der Transporte zu achten ...

10. Die Vorbereitungen sind unter strenger Geheimhaltung sofort zu beginnen. Weitere Anordnungen folgen. Es wird damit gerechnet, daß am dritten Tage nach dem Befehl zur Durchführung die erste Festnahme erfolgen kann.

v. S. d. AOK.
I. A.: Fütterer."

Gruppen-Inspektion (mit zwei Nebenabdrucken)
Kommandantur Lille (mit zwei Nebenabdrucken)
Chef Ia, IVa, N. O., Wba. 6.

*

Die Kommandantur Lille erließ am 17. April 1916 den folgenden

„Kommandantur-Befehl!

1. Das Reserve-Infanterie-Regiment 64 ist der Kommandantur Lille zur Festnahme und zum Abtransport von Einwohnern, die auf das flache Land abgeführt werden sollen, unterstellt.

2. Der Abschub erfolgt in Transporten ...

3. Die Durchführung der befohlenen Maßnahmen ...

4. Das Zusammenbringen der Leute erfolgt durch Festnahme in einem am Morgen des vorhergehenden Tages bestimmten Stadtviertel. Dieses wird durch Ziffern unter Zugrundelegung der beigegebenen Karte mitgeteilt, wobei jedesmal die an der Grenzstraße beiderseits des betreffenden Viertels befindlichen Häuser mit zu durchsuchen sind. Die Festnahmen beginnen um 5 Uhr morgens. Zu dieser Zeit muß das Viertel umstellt sein.

5. Angemessen erscheint für das Zusammenbringen der Leute, die Absperrung und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in dem betreffenden Viertel die Stellung von zwei Bataillonen, sechs Kompagnien für das Zusammenbringen, zwei für Absperrung und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.)

Für besondere Aufgaben (Niederwerfen etwa entstehender Unruhen) muß in den Kasernen dauernd eine Abteilung alarmbereit stehen.

Möglichst in der Mitte des abgesperrten Viertels ist ein Alarmplatz einzurichten, dort evtl. Maschinengewehre.

Das Viertel selbst wird in sechs Kompagniebezirke, diese in Zugbezirke eingeteilt, innerhalb eines jeden Bezirks ist ein Sammelplatz (Straßenkreuzung oder Platz) zu bestimmen. Alarm- und Sammelplatz muß jedem Mann bekannt sein.

6. Die Verteilung der Kräfte des Regiments soll nur einen ungefähren Anhalt für den Kommandeur bilden. Erweisen die Erfahrungen am ersten Tage, daß eine andere Kräfteverteilung wünschenswert ist, so hat der Kommandeur dies zu beantragen.

7. Für die nötigen Sanitätseinrichtungen auf den Bahnhöfen, dem Alarmplatz usw. sorgt das Regiment.

8. Die Durchsuchung der Häuser selbst erfolgt durch die Zugführer mit einem von der Militärpolizei gestellten orts- und straßenkundigen Mann, gemäß besonderer beifolgender Anweisung. Die festgenommenen Leute werden nach den Kompagnie-Sammelplätzen geführt.

9. Jede Kompagnie hat aus ihrem Bezirk 200 Menschen, und zwar 80 männliche und 120 weibliche Personen, zusammenzubringen.

10. Sobald eine Kompagnie die befohlene Anzahl Menschen zusammengebracht hat, meldet sie dies zur Befehlsstelle des Bataillons resp. Regiments auf dem Alarmplatz.

11. Das Regiment hat den Abtransport zum Bahnhof nach Zeit und einzuschlagenden Wegen zu regeln. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß der Marsch zum Bahnhof mit den Festgenommenen in nicht zu langem ununterbrochenen*) Zuge erfolgt, und daß die Begleitmannschaften zweckentsprechend verteilt werden. Die Umstellungs- und Sicherheitstruppen werden zweckmäßigerweise den Abtransporten zum Teil voraus, zum Teil nachgeschickt. Sie können nach Ankunft der Abschüblinge auf dem Bahnhof einrücken.

12. Zur Bewachung auf dem Bahnhof ist regelmäßig eine Kompagnie zu stellen, die bei dem Bahntransport auch das Begleitkommando von einem Offizier, drei Unteroffizieren und 60 Mann zu stellen hat."

Das Reserve-Infanterie-Regiment 64, dem die Kommandantur Lille am 21. April den Befehl erteilte, um 5 Uhr morgens des folgenden Tages 1400 Personen, möglichst zur Hälfte Frauen, zur Hälfte Männer, festzunehmen, erließ darauf sofort um 6 Uhr nachmittags den nachstehenden

„Regiments-Befehl!

1. Den Befehl für die Festnahme übernimmt am 22. April Hauptmann Scholz.

2. Von 4 Uhr vormittags stehen die Kompagnien alarmbereit in ihren Quartieren.

3. Die 6. Kompagnie steht um 5 Uhr vormittags auf dem Vorbahnhof (Fives). Auf dem Bahnhof ist ein Raum zur Aufnahme von mindestens 1400 Personen abzusperren ...

4. Der Alarm-Sammelplatz des Hauptmanns Scholz im Bezirk 8 ist: Rue Pierre le grand Nr. 127 bis 129 an der Militärpolizeiwache. Hier meldet sich beim Hauptmann Scholz um 4.55 Uhr vormittags Hauptmann von Specht mit sechs Maschinengewehren.

5. Der Bezirk 8 ist nach der Karte in neun Kompagniebezirke eingeteilt. Die neun auf der Karte bezeichneten Kompagnien suchen mit je zwei Zügen die Häuser ab. Ein Zug sperrt das Viertel nach außen ab. Die Absperrung muß um 5 Uhr vormittags beendet sein.

An den Mündungen der Straße sind Doppelposten aufzustellen, um ein Ueberlaufen der Bevölkerung auf die gegenüberliegende Straßenseite zu verhindern. Während des Abluchens des Bezirks 8 hat jeder weitere Verkehr, auch der der Straßenbahn, zu stocken.

6. Anliegend geht den Kompagnien ein Verzeichnis mit Haltepläßen der Straßenbahn für die Kompagniebezirke zu. An diesen Haltepläßen, die als Alarm-Sammelpläße der Kompagnien zu betrachten sind, ist die Bevölkerung zu sammeln ...

7. Jede Kompagnie hat 160 Personen, Männer und Weiber zu gleichen Teilen, dort zu sammeln. –

8. Sind die befohlenen Personen an der angegebenen Sammelstelle gesammelt, so meldet der Kompagnieführer durch Radfahrer das Ergebnis an den Bataillons-Alarmsammelplatz.

Von dort erfolgt dann schriftlicher Befehl an die Kompagnien zum Einsteigen in näher zu bezeichnende Straßenbahnzüge sowie über Gestellung von Begleitkommandos bis zum Bahnhof. Einsteigen darf erst nach erfolgtem schriftlichen Befehl des Bataillons erfolgen.

Steht den Kompagnien zur Abbeförderung keine Straßenbahn zur Verfügung, so hat der Abtransport, nachdem der Befehl hierzu durch das Bataillon erfolgt ist, durch Fußmarsch auf dem kürzesten Wege zum Vorbahnhof (Fives) in kleineren Trupps (höchstens 50 Personen) zu erfolgen.

9. Nach Abfahrt der Bevölkerung aus dem Bezirk mit der Straßenbahn bzw. Abgabe derselben auf dem Bahnhof, sind die betreffenden Kompagnien zu entlassen.

10. Die von der Militärpolizei den Kompagnien für das Absuchen zur Verfügung gestellten Leute sind von den Kompagnieführern selbständig auf die Alarm-Sammelpläße zu bestellen.

11. Der Anmarsch der Kompagnien in den Bezirk 8 hat lautlos zu erfolgen. **Auf dem Rückmarsch haben die Spielleute zu schlagen**").

12. Anzug: Helm, Kinnriemen herunter, ohne Tornister, umgeschnallt, Patronentaschen mit Munition, Gewehr mit aufgepflanztem Seitengewehr, Hosen in Stiefeln"*).

13. Auf dem Vorbahnhof Fives und dem Bataillons-Alarmplatz ist nach Anordnung des Regimentsarztes je ein Verbandsplatz einzurichten und mit einem Arzt zu besetzen.

14. Die bei der Festnahme gemachten Erfahrungen sind dem Regiment am 22. April bis 6 Uhr nachmittags durch Hauptmann Scholz einzureichen.

15. Die Leutnants Walter und Fischer stehen für die Suchpatrouillen dem zweiten Bataillon zur Verfügung.

16. Für den Rückmarsch steht die Regimentsmusik der 11. Kompagnie zur Verfügung. Diese hat Ort und Zeit direkt mit dem Musikleiter zu vereinbaren."

(Fortsetzung folgt)

*) Damit die fürchterliche Grausamkeit nicht allzu sehr in Erscheinung treten sollte.

*) Damit das herzzerreißende Weinen der so jäh von ihren Familien gerissenen jungen Frauen und Mädchen durch die lustigen Weisen eines Militärmarsches übertönt wurde.

**) Also Anzug wie zu einem richtigen Sturmangriff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0003

Hallische Tageschronik

Steigen der Saale. Der Wasserspiegel der Saale ist vom Montag- zum Dienstagmorgen um etwa 35 Zentimeter gestiegen. Vom Oberlauf werden weiterhin Steigungen bis über einen Meter gemeldet. Innerhalb des Stadtgebietes zeigt das Hochwasser noch keinerlei bedrohliche Form.

Eigenartiger Unfall. Gestern nachmittag wurde ein Radfahrer in der Ludwig-Wucherer-Straße Nr. 81 beim Ueberholen von zwei Reitpferden von einem Pferde ins Gesäß getreten. Der Radfahrer kam anscheinend ohne Schaden davon. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt.

Die Feuerwehr pumpte. Gestern gegen 13.15 Uhr rückte die Feuerwehr mit einer kleinen Motorspritze nach den Anlagen am Preußenring aus, um das angesammelte Wasser aus den Anlagen zu pumpen

Mieter! Am Freitag, dem 15. März 1929, abends 8 Uhr, findet eine große öffentliche Versammlung im Wintergarten, veranstaltet vom Reichsbund Deutscher Mieter, statt. Thema: „Neue Milliardengeschenke an den deutschen Hausbesitz."

Zoologischer Garten. Am Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, findet im großen Saal des Zoologischen Gartens ein Heiterer Kindernachmittag unter Leitung von Onkel Mühle statt. Konzert, Theater- und Tanzvorführungen, heitere Vorträge sowie Vorführungen des Kasperletheaters werden miteinander abwechseln. Der Eintritt beträgt für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder 25 Pf.; Abonnenten haben freien Eintritt.

Die Ringkämpfe im Walhalla-Theater

Gestern abend gab es bei den Ringkämpfen im Walhalla-Theater allerlei Sensationen und Zwischenfälle, die die Erregung des gutbesetzten Hauses ständig steigerte. Der Abschluß endete sogar mit einem Mißklang. Reiber (München) und Huhtanen (Finnland) standen sich im Entscheidungskampfe gegenüber. Wieder zeigte bei diesem Kampfe Reiber eine ganz außerordentliche Formverbesserung. Er setzte dem Finnen ganz gehörig zu und führte zum größten Teil den Kampf. Leider reagierte Reiber, von dem man bisher nicht sagen konnte, daß er unfair ringt, in der Hitze des Kampfes zu wenig auf die Anordnungen des Schiedsrichters. Als Reiber in der 20. Minute einen festgefaßten Griff auf die Anordnung des Schiedsrichters gar nicht lösen wollte, wurde er nach vorhergehender Verwarnung disqualifiziert und als besiegt erklärt. Wenn dieser Kampf keine Komödie gewesen sein soll, dann alle Achtung vor den vollbrachten Leistungen von Reiber und Huhtanen, die sicher noch eine endgültige Entscheidung uns bringen werden.

Weltmeister Bahn Samson hatte vorher seinen Herausforderungskampf im freien Stil mit August Schneider (Straßburg) auszutragen. In dieser gefährlichen Kampfart zeigte sich Bahn als ganzer Meister, denn Schneider hatte keinen Augenblick bei ihm eine Chance und wurde schon in der ersten Runde (4 Minuten) durch eine Kopfschere erledigt.

Heute, Mittwoch, abend tritt nun Huhtanen (Finnland) gegen Bahn Samson im freien Ringkampf an. Man darf gespannt sein, wie Huhtanen, dieser seit sieben Jahren unbesiegte Ringer, sich zu Bahn halten wird. Resultat: Unentschieden?

Einen schönen Kampf sah man dann noch zwischen Schachschneider (Berlin) und Peter Kopp (Jugoslawien), welchen Kopp nach 16 Minuten für sich siegreich beendete.

Außer dem Herausforderungskampf zwischen Paul Bahn und Huhtanen im freien Stil ringen heute noch Weltmeister Karl Kornatz gegen August Schneider (Straßburg) und Grüneberg (Lettland) gegen Karl Reiber (München).

*

Eine weitere Sensation (die aber nicht bekanntgegeben wurde) war die, daß eine Dame von den drei Rivieras kurz vor dem Auftritt einen Selbstmordversuch unternommen hat, indem sie sich 8 Stiche in die Herzgegend beibrachte. Sie wurde sofort in die Klinik überführt. Grund: unglückliche Ehe.

Unsere Leser bitten wir, den Abonnementsbetrag an die Trägerin nur gegen Ueberreichung der Quittung zu verabfolgen. Das Abonnementsgeld ist im voraus zu entrichten. Wir bitten dringend, die Einkassierung unseren Trägerinnen zu erleichtern. Der Verlag.

Das vom Feld herrührende Asthmaleiden

hat sich durch Ihr Nymphosan bedeutend gebessert. Das Präparat hält wirklich, was es in der Reklame verspricht. Ich spreche Ihnen daher meine Anerkennung aus und werde jedermann, der mit solcher Krankheit behaftet ist, Ihr Fabrikat aufs beste empfehlen. So schreibt A. K., Quettingen. Preis der Flasche Nymphosan Mk. 3.50, Perubonbons 80 Pfg. — Erhältlich in allen Apotheken. — Alleinherst.: Nymphosan A.G. Starnberg am See bei München 850

Stadt-Theater
Heute Mittwoch 20—23 Uhr **Undine** Oper von Lortzing 766
Donnerstag 20—23 Uhr **Romeo u. Julia** Trauerspiel von Shakespeare

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 14. März, 15 Uhr
Heiterer Kinder-Nachmittag
unter Leitung von Onkel Mühle
Große Ueberraschungen!
Eintritt: Erwachsene 50 ₰ Kinder 25 ₰ für Abonnenten frei

Violin- u. Mandolin-Unterricht erteilt **August May**, Torstr. 10

Inserenten!
Fordert Offerten über Drucksachen ein

Walhalla
Telephon 283 85 Dir. O. Kleinhanns Täglich 20 Uhr
Internationale Ringkampf-Konkurrenz mit **Otto Huhtanen**, Finnland 765
sowie weitere 16 Berufsringer von Weltruf
Heute, große Herausforderungs- und Entscheidungs-Kämpfe
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf. Vorverk. ab 11 Uhr

Im Interesse meiner leidenden Mitmenschen, sage ich dem wahren Volksheilkundigen Herrn **C. Holle, Halle,** öffentlich meinen herzlichen Dank. Da derselbe mich bei wahrlich geringen Kosten von meinem **langjähr. Asthma** und meine Tochter v. ihrem **Blasenleiden (Bettnässen)** in 6 Wochen schon wirklich geheilt hat
Magdeburg, Schützenstr. 21
759 gez. **Frau H. Kappes**
Sprechzeit: Freitags von 9—12 und 14—17½ Uhr. Reilstraße 87

Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Entgegennahme sämtlicher Aufträge an
Drucksachen u. Inserate

Bücherschränke Eiche, von 61 ℳ an
Zweizugtische Eiche, von 62 ℳ an
Zweizugtische Nußbaum von 47 ℳ an
Polsterstühle von 11 ℳ an
Flurgarderoben von 28 ℳ an
Max Jungblut, Albrechtstraße 37

Möbliert. Zimmer zu verm. Torstr. 18, II l.

Reichsbund Deutscher Mieter, E. V.
Ortsverein Halle a. S., Scharrenstr. 5/6
761 **Mieter!**
„Die Milliarden der Hauszinssteuer"
sollen auf Grund eines neuen Gesetzes den Hauswirten geschenkt werden. Kommt in die
am Freitag, dem 15. März, 20 Uhr
im „Wintergarten" stattfindende
Oeffentliche Versammlung
Ref.: Bundesvorstandsmitglied Grothaus-Berlin

Reform-Nährmittel
Natura-Brotaufstrich
Pflanzenbutter, Fruchtpaste
Schlüterbrot, Steinmetzbrot, Simonbrot, Kommißbrot
Karl Richter, Feinkost
*449 Wittenberg, Collegienstraße 6

Gewissenhafter **Zeitungsträger** für Stedten gesucht.
Zu melden beim Gen. Richard Geißler, Amsdorfer Straße 4

Gewissenhafte **Zeitungsträgerin** für Weißenfels gesucht
Meldungen in der Volksbuchhandlung, Weißenfels, Marienstraße 46

Zeitungsmakulatur
billigst abzugeben
Lerchenfeldstraße 14 und Harz 1

DRUCKSACHEN
JEDER ART
LIEFERT DIE
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFT
F.D. BEZIRK HALLE-MERSEBURG, eGmbH
HALLE A.S., LERCHENFELDSTRASSE
FERNSPRECHER: 21045, 21047, 22...
ABT.: BUCH- UND KUNSTDRUCKEREI

Bekanntmachungen

Der Frühjahrsmarkt auf dem Roßplatz kann wegen des Tauwetters nicht terminmäßig abgehalten werden und ist auf die Zeit **vom 14. bis 21. April 1929 verlegt worden.** 762

Halle, den 12. März 1929. **Der Magistrat.**

Am Schwarzen Brett: Eichung. *450

Magistrat Delitzsch.

SCHAUBURG

Ab morgen, Donnerstag!
Zwei große Erstaufführungen!
Iwan Mosjukin
der Casanova des Films „Der Liebling der Frauen", der bekannte Hauptdarsteller aus „Kurier des Zaren", hat wieder Gelegenheit, in einer Paraderolle zu glänzen, die ihm Gelegenheit gibt, alle Register seiner Darstellungskunst spielen zu lassen. Ein deutscher Großfilm:
Der Präsident
Nach dem Roman von Ludwig v. Wohl „Der Präsident von Costa Nulva". Süd-Amerika, das Land der Sonne, das Land der Gegensätze, das Land der Leidenschaft. Hier spielt sich das spannende Geschehen des Films ab. Pepe Dorre (Iwan Mosjukin) ein Bauer, der sich in eine Dame der Gesellschaft verliebt, aber von ihr verschmäht wird, schwört, dieselbe zu besitzen. Durch sein Redetalent und einen gewagten Streich wird er Präsident. — Ferner:
768
Das große deutsche Sensations-Lustspiel
„Ein Mädel mit Temperament"
Nach dem Roman von „Lillibill aus U. S. A." von L. v. Wohl
Regie: Victor Janson. Eine lustige und wilde Geschichte von einem amerikanischen Millionärsmädel
Maria Paudler die so schnell beliebt gewordene Lustspieldarstellerin läßt in diesem Film ihr Temperament voll austoben
Maria Paudler, Eugen Neufeld, Luigi Serventi, Paul Biensfeld, Grit Halt, Margot Landa, Curt Vespermann u. a.
Der Film wurde hergestellt unter Mitwirkung der Deutschen Lufthansa. Die Kunstflüge wurden ausgeführt von Hans Udet
Hierzu: Das weitere lustige und aktuelle Beiprogramm sowie die letzte Opel-Woche
Jugendliche haben Zutritt und zahlen in der ersten Vorstellung halbe Preise
Anfang: Wochentags 16.30 18.30 20.30 Sonntags ab 15 Uhr

Filiale Halle, nur Große Ulrichstraße 11.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verschied am 9. März 1929 der Arbeitgebervertreter im Kassenvorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg

Herr Glaser- und Tischlermeister
Karl Heidrich

Der Verstorbene bekundete für die Bestrebungen der Kasse immer reges Interesse

Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden *448

Merseburg, den 12. März 1929

Der Vorstand
Die Beamten und Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg

Familien-Nachrichten

Am 11. März 1929, 22 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann und guter Vater, unser lieber Sohn und Schwiegersohn, der Kernmacher

Fritz Mehlgarten
im 39. Lebensjahre 76.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Ww. Martha Mehlgarten geb. Koch und Sohn
Familie Wilh. Mehlgarten
im Namen aller Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 15. März, 13½ Uhr von der Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt.

F. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter, Angestellte und Beamte im Bezirk Halle-Merseburg

Delitzsch

Curt Vogel, Hallesche Str. 24 Beste Bezugsquelle für Schuhwaren. Reparaturen schnell und preiswert 55396

Walter Seidel, Delitzsch Vorteilhafteste Bezugsquelle in allen Lebensmitteln, auch f. Wiederverkäufer 55437. Hauptgeschäft: Eilenburger Straße 53. Filialen: Kohlstr. 26, Bitterfelder Str. 43

Mitglieder! vom Konsumverein Delitzsch **kauft und spart** nur in Euren Verkaufsstellen. 8 Verteilungsstellen. Eigene Fleischerei 55394

Werbt für den Klassenkampf

Torgau

Kleiderstoffe, Leib- u. Bettwäsche Schürzen, Strümpfe, Damen- u. Kinderkonfektion zu auffallend niedrigen Preisen und anerkannt guten Qualitäten 55397. Mitglied des Allgem. Rabattsparvereins. **E. Rost, Wittenberger Str. 9**

Preiswert u. gut kaufen Sie Damenmäntel, Kleider, Stoffe, Wäsche, Strümpfe, Kurzwar. bei Theodor Pfitzner, Leipzig. Str. 12 55008

L. Polaschek, Wittenberger Straße 21. Spez.-Uhren-Rep.-Werkst., Uhren, Goldw. 55406

Kolonialwaren, Eisenwaren, Farben, Sämereien. Hermann Leibnitz, Wittenberger Straße 12 55398

Stockmann Torgau Markt hat die schönsten Kleiderstoffe und die billigsten Baumwollwaren 55402

Fischhaus Cuxhaven C. Braun, Spitalstr. 15 / Fische aller Art u. Lebensmittel sowie Fischkonserven 55403

Teilzahlung! Fertige Herren- u. Damengarderobe, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche sowie Möbel aller Art **Gebr. Metzker,** Leipziger Straße 21 55399

R. Huth, Spitalstraße 11 Bäckerei — Konditorei 55407

Max Günther, Schulzenstr. 19 Schmidt'sche Strickwolle zu niedrigst. Preisen. Wäsche jeder Art eigener Anfertigung 55408

Ernst Sitte Gute fertige Herren- und Knabenkleidung. Alle Arten Berufskleidung 55400

Germania-Drogerie A. Grube Anerkannt billigste Bezugsquelle in Lebensmitteln, Drogen, Farben. Paradeplatz 14 55409

Möbel kauft man preiswert bei **A. Röhlig** Luther-Straße 11 55401

Gut Deine Wahl fällt Kaufst Du bei Ahlfeld — Breite Straße 26 — 55983

K. Seiler, Leipziger Str. 17, Schneidermstr. Lager fertiger Bekleidung aller Art 55405

Jeder klassenbewußte Arbeiter kauft seine **Rauchwaren** bei Firma A. Neumann, Schulzenstr. 23 55404

Ia. hausschlacht. Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt Emil Kuschnerus Schulzenstr. 12 55991

Torgau

Alwin Höhne Kohlen- und Holzhandlung. Schulzenstraße 22 Telephon 249 55984

Kurt Schulze, Schneidermeister — Kurstraße 9 — Herren- und Knaben-Anzüge — Arbeits- und Berufskleidung — Herren-Wäsche, Herren-Artikel 55985

Paul Eichelbaum, Leipziger Str. 27, Gegr. 1907. Möbel-Tischlerei, Möbel-Magazin 55986

Schuhhaus Frz. Kiepsch Spitalstraße 1. Größte Auswahl, niedrigste Preise 55987

O. Reinecke, Markt 5 Manufakturwaren — Wäsche. Reelle Ware — Äußerst billige Preise 55988

Curt Hirschfeld, Bäckerstr. 6. Billigste Bezugsquelle. Damen- u. Kinder-Konfektion 55992

Empfehle **Polstermöbel** in solider Ausführung u. zu annehmbaren Preisen. **Otto Friedrich,** Schloßstr. 14 55993

Hugo Heuschkel, Kurstraße 13. Schuhwaren aller Art. Reparaturwerkstatt 55994

Prösen

Kaufhaus Lehmann Hauptstraße 224. Sämtl. Damen-, Herren- und Kinderbekleidung in größter Auswahl. Wäsche, Kleiderstoffe, Wollwaren 55185

Restaur. u. Fleischerei Otto Theuring, Hauptstr. 127. Verkehrslokal — ff. Fleisch- u. Wurstwaren 55186

Richard Gallwitz, Schulplatz 51 Bäckerei, Kolonialwaren und Futtermittel-Handlung 55187

Osw. Lorenz, Fahrräd., Nähmasch., D.K.W.- u. Elfa-Motorräder, Elsterwerdaer Str. 132 55636

Belgern

Konsum- und Spar-Genossenschaft für Belgern und Umgegend Einkaufsquelle d. organisierten Arbeiterschaft 55424

Mühlberg

Restaurant „Elbschloß" Verkehrslokal sämtl. Arbeiterorganisationen. Emil Hermannsdorf, Am Hafen 55426

August Weiße, Inhaber Carl Weiße. Pelzwaren / Hüte / Mützen, Herrenartikel 55427

C. H. Kunze, Inh.: Walter Berger Konfektion, Damenputz, Textilwaren, Herrenartikel. Schloßstr. 29 55995

Schuhwarenhaus P. Maasdorf Fachm. Leitung — Hohe Straße 12 55996

Paul Fiebig, Friseur, Herrenstr. 27. Parfümerien, Seifen, Toilette-Artikel 55997

K. F. Schmidt, Herrenstraße 18. Zigarren — Zigaretten — Tabak 55998

Hohenleipisch

L. A. Richter, Hauptstr. Nr. 110. Ellari-Drogerie, Likörfabrik. Kolonialwaren, Wirtschaftsartikel 55190

Franz Leppin, Gordener Str. 98 Fahrräder, Nähmaschinen, Motorfahrzeuge. Schweißerei und Reparaturwerkstatt 55191

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Hermann Eckert, Hauptstraße Nr. 135. Empfiehlt täglich frische Backwaren 55737

Bockwitz

Möbelhaus Hietzig, Breite Straße. Beste Bezugsquelle 55448

Schuhwarenhaus Otto Pachtmann Marktstraße 12. Größte Auswahl 55449

Elsterwerda

Uhren, Goldwaren **Bruno Jentsch,** Optik, Hauptstr. 32 55188

Kaufhaus Grunwald Denkmalplatz, Ecke Bahnhofstraße 55189. Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion, Wollwaren

Elsterstr. 11—12 **Städtisches Lichtbad** Fernspr. Nr. 425. Moorbäder, elektr. Licht, Dampf- u. Heißluftbäder aller Art, med. Bäder, Wechselstrom, Vierzellen- u. Wannenbäd., Massagen 55739

Verlangt **Hutschenreuter Würstchen** 55740

Lederhandlung Berger empfiehlt sämtliche Schuhmacherartikel. Elsterstraße Nr. 29 55741

Zigarren, Zigaretten, Tabake. Joh. Hemprich, Markt 8 55742

Theodor Thierack & Sohn Hauptstraße 44 55743. Ofen-, Herd- und Fliesengeschäft

Elsterwerda-Biehla

Max Naumann, Berliner Straße 168. Fleisch- und Wurstwaren 55444

Bäckerei Köhler, Hauptstr. 114 55445

Richard Schiemangk Haidaer Straße 105 55446. Fleischerei und Wurstwaren

Eugen Iden, Bauklempnerei Installationsgeschäft, Haushaltungsartikel / Berliner Straße 167 55447

Zementwaren Ia Qualität. Treppenstufen u. Flurplatten in Zement u. Terazzo sowie Dachziegel u. Gartensäulen. **Hermann Bitterlich, G. m. b. H.** Bachmannstraße Nr. 125 55738

Elsterwerda-Biehla

Rudolf Kirsch, Friedrichstr. 132. Kredithaus für Herren- und Damen-Bekleidung 56034

Kohlen u. Kartoffeln Wilh. Schmidt, Sehringstr. 143 56035

Bad Schmiedeberg

Hermann Gerth, Torgauer Straße 6. Kurz-, Woll-, Schnittwaren, Berufskleidung 55682

Max Müller, Damen- u. Herrenhüte, Mützen, Pelzwaren-Lager, Leipziger Str. 8 55681

Uebigau

Schuhwaren Max Bette, Reparaturen, Torgauer Str. 113 55735

Dommitzsch

E. Reinboth, Leipziger Straße 73 — Brot-, Weiß- und Feinbäckerei — 55425

Erich Dörl, Leipziger Straße Nr. 67. Grammophone, Nähmaschinen, Motor- und Fahrräder, Reparaturwerkstatt 55683

Mückenberg

Schloß-Drogerie Farbenhandlung, Breite Straße 61, Paul Peter 55450

Kurt Wolf Kurz-, Kolonialwaren, Senftenberger Str. 261 55451

Annaburg

Annaburger Nähmaschinen-, Fahrrad- u. Motorrad-Zentrale Billigste Bezugsquelle. Günstigste Abzahlungsbedingungen. Filialen: Herzberg, Falkenberg u. Jessen 56032

Herren- und Damen-Friseur-Geschäft Paul Mathiska, Torgauer Straße 36 56033

Hettstedt

Reserviert F. 26 55467

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter
Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Unter Pietzkers Terror

Nach einer Schilderung von Rudi

(Fortsetzung und Schluß)

Langsam hatte ich mich von meiner Verblüffung erholt, war mir doch der ganze Vorgang höchst unerklärlich. Nunmehr erkannte ich auch in demjenigen, der mich wie ein Indianerhäuptling überfallen hatte, Pietzker wieder. Der ließ mich gar nicht erst zu Worte kommen, sondern brüllte mir zu: „Damit Sie Bescheid wissen, ich habe gegen Sie Anklage erhoben wegen schweren Landfriedensbruches, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Rädelsführerei. Jetzt werde ich die Akten holen, um sie Ihnen vorzulesen!" Hierauf stürzte er davon.

Wenige Minuten später erschien Pietzker wieder mit den Akten, las mir daraus die hahnebüchensten Dinge vor, die ich verbrochen haben sollte. Ich war über eine solche Fülle von Phantasiebegabung, die ich Pietzker nie zugetraut hätte, so sprachlos, daß ich nicht anders konnte, als ihm dies zu sagen. Pietzker war darob so empört, daß er mich sofort nach der Abteilung Ia. führen ließ zum Verhör.

Ich hatte geglaubt, vernommen zu werden und dann gehen zu können,. Statt dessen entleerte man meine Taschen ihres Inhaltes und ließ mich einstweilen sitzen. Als mir der Vorgang zu lange dauerte, machte ich die Kriminalbeamten darauf aufmerksam, daß ich verschiedene geschäftliche Aufträge zu erledigen hätte und man mir doch gestatten solle, meiner Geschäftsleitung telephonisch von meiner Verhaftung Mitteilung zu machen. Brüsk antwortete man mir, das sei nicht notwendig,

die würden schon merken, wenn ich nicht wiederkäme.

Damit mußte ich mich begnügen und der Dinge harren, die da kommen würden. Nach geraumer Weile wurde mir eröffnet, daß man mich vorläufig bis zu meiner Vernehmung in Polizeihaft zu nehmen gedenke. Noch ahnte ich nicht, daß man mich von diesem Augenblick an zwei Monate hinter Gefängnismauern verschwinden ließ.

Der dritte Tag war es nun schon, daß ich in der schmutzigen, dumpfen Zelle des Polizeigefängnisses festsaß. Wer nur einen Tag in einer dieser Zellen zugebracht hat, weiß, was es heißt, drei Tage dort auszuhalten. Drei Tage sich vor dem Essen ekeln, drei Tage lang einen furchtbar stinkenden Klosettkübel als „Zierde" in der Zelle stehen zu haben. Der wird verstehen, wie froh ich war, als außer der sonst üblichen Zeit der Schlüssel sich im Schloß der Zellentür drehte und der öffnende Beamte mich aufforderte, ihm zu folgen.

Endlich frei, dachte ich, aber bald wurde ich eines anderen belehrt, denn unten im Hof angelangt, sah ich die „grüne Minna" stehen. Man machte mir begreiflich, daß dieses „liebe Ding" mich in seinem absolut sicheren „Schoße" nach der Kleinen Steinstraße ins Untersuchungsgefängnis schaukeln würde. Betrübt begrub ich meine Hoffnungen, die mich, da ich glaubte entlassen zu werden, erfüllt hatten.

Tag um Tag verging, erfüllt von der Eintönigkeit des Gefängnislebens. Früh um sechs aufstehen, Zelle kehren, Waschen, Frühstück, Freistunde, Mittag. Doch von hier ab hörte für mich die Eintönigkeit des Tages auf, erhielt ich doch jeden Mittag die Zeitung. Sie bedeutete für mich alles, was mich die Uebel des Gefängnislebens ertragen ließ.

Außerdem war es mir gelungen, mit einem Jugendgenossen, der in einer Zelle neben mir lag, Verbindung aufzunehmen, mit dem ich Briefe austauschte und dem ich stets am anderen Tage meine Zeitung zuschob, was für uns beide einen weiteren Lichtblick bedeutete.

Es war am Tage nach dem von Pietzker angerichteten Blutbade im „Volkspark", als ich, wie üblich, meine Zeitung erhielt. Ich glaubte meinen Augen nicht trauen zu dürfen, als ich von der furchtbaren Bluttat Pietzkers las. Ich mußte den Bericht Pietzkers zweimal lesen, ehe ich das Furchtbare des Geschehenen erfaßte. Die Zeilen der Zeitung begannen sich vor meinen Augen in einem tollen Wirbel zu drehen, der Boden schwankte unter meinen Füßen, im tollen Strudel meiner Gedanken stürzte ich in bodenlose Tiefen. Wurde von wahnwitzigen Empfindungen hin- und hergeschleudert, schlug und schrie um mich, als wäre ich von Sinnen. Ich sah die gemordeten Brüder in ihrem Blute liegen — tot und starr.

Langsam und würgend quoll ein furchtbares Haßgefühl gegen Pietzker in mir auf. Was war es, was er mir getan hatte? Nichts. Was war es im Vergleich zu dem, was er meinen Brüdern tat, die seiner Blutgier, seiner Willkür zum Opfer gefallen waren?

Zwei Tage mochte ich weder essen noch trinken, was scherten mich meine Bedürfnisse, wo man daran ging, die Opfer Pietzkers ihrer Vergänglichkeit zu überführen.

Nach und nach fand ich mich mit dem furchtbaren Geschehen ab, aber eins blieb: der unauslöschliche Haß gegen die herrschende Gesellschaftsordnung, die solche Taten an wehrlosen Proletariern geschehen ließ.

Tag um Tag verstrich bis man mich an einem Tage, der voll Licht und Sonne war, entließ. Die Anklage war „wegen Mangels an Beweisen" zusammengebrochen. Zwei volle Monate hatte man mich eingekerkert. — Für was? Für nichts? Nein: weil ich Kommunist bin.

Der Prozeß Mary Dugan

Von Bayard Veiller

Erstaufführung im Stadttheater · Regie Elsa Rochel-Müller

„Anklage im Fall Jakubowski. Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg" von zuständiger Stelle erfährt, hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Neustrelitz nach Abschluß der Voruntersuchung gegen die Brüder Nogens und Genossen nunmehr Anklage erhoben. Die Anklage lautet auf Mittäterschaft am Morde. Voraussichtlich wird die Verhandlung gegen die fünf Angeklagten, unter denen sich auch die Mutter der Brüder Nogens, die Großmutter des ermordeten kleinen Ewald Nogens, befindet, in der ersten Hälfte des Juni d. J. vor dem Schwurgericht in Neustrelitz stattfinden." Diese Meldung geht heute von einer großen Telegraphenkorrespondenz sämtlichen Zeitungen zu. Wie war das doch mit dem Fall Jakubowski? Es lag ein Justizmord vor. Der Staatsapparat funktioniert so tadellos, daß alle Instanzen das Urteil und die das Urteil gefällt haben, decken. Unter dem Druck der Oeffentlichkeit wird nun endlich gegen die Hauptbelastungszeugen dieses Prozesses auch die Anklage erhoben. Aber nicht wegen ihrer Täterschaft, sondern wegen Mittäterschaft. Der unschuldig hingerichtete Jakubowski darf unter keinen Umständen auch hinterher freigesprochen werden. Das Ansehen der Justiz, das sie ohnehin nicht mehr hat, könnte Schaden nehmen. Der Staatsapparat darf nicht gezeigt werden als Mechanismus zur Vernichtung Schwacher, Ohnmächtiger — Jakubowski war Pole und konnte kaum richtig deutsch sprechen, man ließ nicht einmal zu, daß er sich verständlich machte. Der Staatsapparat zeigt sich zwar selber so, tagtäglich, in den zermalmenden kleinen Prozessen, wo Landstreicher verknackt werden, weil sie ein paar Rüben vom Acker holten, und wo Faschisten freigesprochen werden, wenn sie und weil sie in Gewerkschaftskinderfeste eindringen, dort mit Stühlen, Gläsern und Mordinstrumenten auf die Wehrlosen einschlagen ... der Staatsapparat enthüllt zwar tagtäglich selber, was er ist, und die Justiz ist ein gut Teil (oder auch schlecht Teil) von diesem Apparat. Aber — sagen darf man das hinterher nicht. Man darf es auch nicht auf der Bühne darstellen. Oder man darf dort nicht vorher warnen. Wie Peter Martin Lampel in „Giftgas über Berlin", das der Sozialdemokrat Zörgiebel für die öffentliche Aufführung verbot, obwohl in der Verfassung ja so etwas wie das Recht der freien Meinungsäußerung eines jeden Deutschen in Wort, Schrift und Bild stehen soll. Und obwohl Herr Severing im gleichen Atemzug feierlich jeder Zensur abschwört, wobei dieses Doppelspiel der Koalitionsbeamten von Kapitalistengnaden gar nicht verwunderlich ist. Verwunderlich bleibt allein die Langmut der arbeitenden Massen, die sich das immer noch gefallen lassen. Man darf es also nicht hinterher feststellen. Den Fall Jakubowski dramatisiert — und man würde das verbieten. Den „Leuchtturm"-Prozeß dramatisiert oder vielleicht den Gülland-Prozeß — und man würde bis weit in die linken Kreise des Bürgertums hinein brüllen, das sei alles wüste Tendenz, das habe mit Kunst gar nichts zu tun, das müsse man ablehnen.

Damit es aber so aussieht, als ob man doch gegen die Justiz zu Felde zieht, kritisiert man die englisch-amerikanische. Bei denen da drüben — Gott strafe sie womöglich bald wieder, sofern wir nicht mit ihnen gemeinsam gegen die Sowjetunion gehen — da gibt es Justizschmach, widerwärtige Kreuzverhöre, Subalternbeamtentum (Ducken nach oben, Treten nach unten. Großartig wie Robert Jungk das gestern wieder machte.) Bei denen gibt es schneidige Staatsanwälte, die in Angeklagten prinzipiell Schuldige und damit natürlich moralisch Verworfenene sehen, und Richter, die während der Verhandlung schlafen, nur manchmal unverständlich dazwischen brabbeln, sich überhaupt nicht auf die Sache konzentrieren. Und so zog bei dem aus Juristen bestehenden Teil des Publikums, das gestern der Erstaufführung des „Prozesses der Mary Dugan" im Stadttheater beiwohnte, süße Selbstzufriedenheit mit etwas überheblichem Bedauern gemischt ein. Daß wir Wilden doch mal wieder bessere Leute sind.

Ach, über diese Verkleisterung dessen, auf was es ankommt! Dieses übern Ozeanrücken des Problems. Dieses ins Dreigroschenromanhafte Zerflatternlassen dessen, was uns als aktuellste Frage auf den Nägeln brennt: die Notwendigkeit des Kampfes gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Gegen diese spezifisch bürgerlich-demokratische republikanische Niedner-Luther-Justiz. Als ich einmal angeklagt war, weil wir ironischerweise geschrieben hatten, „Das Auge des Gesetzes hat seine Pflicht getan", zitierte ich aus irgendwelchen Beweisgründen vor dem hallischen Schöffengericht Heine. Der Vorsitzende widerlegte das mit dem Einwand: „Der hat sich ja auch ins Ausland gemacht." Die Leitung des hallischen Stadttheaters macht sich auch ins Ausland.

Aber so anspruchslos dieser „Prozeß der Mary Dugan" nun auch aufgemacht sein mag, so wenig kann er über die Wahrheit hinwegtäuschen. Der Lauf dieses Apparates wird so offensichtlich, daß immer noch ein bedeutender Protest auch gegen unsere Justiz übrigbleibt. Das Grauenhafte einer Prozeßführung liegt doch in diesem Widerspruch von Todesangst der Angeklagten, den (oft phrasenhaft klingenden und daher „ins Protokoll aufzunehmenden") Beschwörungen des Verteidigers und der Latschigkeit dieser Richter, die sich gar keine Mühe mehr geben, Argumente zum Verdonnern zu finden, die an das Mittagessen und den darauffolgenden Schlaf, an Rennpferde und Stammtisch denken. Und das treibt durch Reißerei und Sensation auch in diesem Stück nach oben.

Darum geschah ganz folgerichtig dies: Alfred Durra, der Staatsanwalt, hält einen Epilog, der die Göttlichkeit des öffentlichen Anklägers und die Herrlichkeit des Staates, den er vertritt, arrogant anpreist. Da ertönte aus dem Hintergrund des Parketts ein langgezogener sehr scharfer Pfiff. Womit wir uns nur vollkommen solidarisch erklären können. Olf.

Riesenkorruption auf dem Leipziger Schlachthof

Unter dem Verdachte von Durchstechereien sowie Steuer- und Versicherungsbetruges auf dem Leipziger Schlachtviehmarkt wurden auf Antrag der Staatsanwaltschaft sieben Personen verhaftet, darunter ein Großschlächter, ein Stadtsekretär, ein Stadtveterinärrat und ein Veterinärgehilfe. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Betrügereien wurden vor allem mit Hilfe der Schlußscheine verübt. Ebenso soll hochwertiges Fleisch durch Einimpfen von Trichinen bzw. Finnen in die zur Fleischbeschauung eingereichten Fleischstücke künstlich als minderwertig hingestellt worden sein. Die Versicherung hatte dann die Differenz zu zahlen. Die Betrügereien sind bereits seit Jahren verübt worden.

Beim Fluchtversuch tödlich verunglückt

Beim Fluchtversuch aus dem Frauengefängnis des Berliner Polizeipräsidiums ist die 33 Jahre alte Josephine Jagelle Montag abend tödlich verunglückt. Sie hatte sich ein Bettlaken zerschnitten, zu einem Seil gewunden und an das Fensterkreuz angebunden. Das Bettlaken riß aber. Josephine Jagelle stürzte vom vierten Stock auf die Straße hinab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie bald darauf verstarb.

Vier Personen von einer Eisscholle getötet

Als bei der holländischen Ortschaft Varik eine Anzahl Personen der Tätigkeit des Eisbrechers „Siberie", der mit der Zerstörung der auf dem Waal zusammengepreßten Eismassen beschäftigt war, zusah, wurde plötzlich eine mächtige Eisscholle auf einen in den Fluß hineinragenden Landungssteg geworfen, auf dem sich fünf Personen befanden. Von diesen konnte sich ein Mann durch schnelles Zurückspringen in Sicherheit bringen. Die vier anderen, zwei Männer und zwei Frauen, wurden von der Eisscholle förmlich zerschmettert und von den sich fortbewegenden Eismassen mitgerissen.

Albert Frank-Heine

wurde wegen Plagiats eines Romans von Conan Doyle zu 1000 Franken Schadenersatz verurteilt.

Gaskatastrophe in Berlin

In einer Erdgeschoßwohnung in der Hochmeisterstraße im Norden Berlins hatte ein Kaufmann in der Befürchtung, der Gasmesser könnte einfrieren, das Wasser abgelassen und vergessen, die Verschlußschraube wieder zu befestigen. In der Nacht strömte Gas aus. Der Kaufmann wurde getötet, und in der Wohnung im ersten Stock wurde ein Ehepaar betäubt.

Bei Eissprengungen im unteren Nette-Tal

in der Rheinprovinz wurde ein Landeskulturobersekretär 75 Meter von der Sprengstelle von einem großen Stein getötet.

Baden in Chemnitz verboten

Da sich die Chemnitzer Trinkwasserkalamität weiter verschärft hat, ohne daß das bisher erwartete Tauwetter im Erzgebirge eingetreten ist, verbietet der Rat der Stadt das Baden.

Untergang eines englischen Küstendampfers

Ein kleiner Küstendampfer ging bei den Farno-Inseln (Northumberland) unter. Vier Mann der Besatzung werden vermißt.

In Landerneau

haben Einbrecher die in der ganzen Welt als Sammlung Ernest Gregoire bekannte außerordentlich wertvolle Münzensammlung geraubt, darunter 500 Gold-, Silber- und Bronzemünzen aus der Zeit von 300 bis 500 v. Chr.

Von einer Lawine verschüttet

Eine am Fuß der Karpathen niedergegangene Schneelawine verschüttete vier Männer. Als man sie nach großer Mühe ausgegraben hatte, waren zwei bereits tot. Einer ist lebensgefährlich verletzt.

Ein italienischer Segler gesunken — Drei Tote

Der Triester Dampfer „Helun" hat am Sonnabend, wie erst jetzt bekannt wird, einen von Ravenna nach Triest fahrenden Segler namens „Monte Grappa", der mit Schwefelkies geladen war, angefahren. Der Segler sank sofort. Drei Mann der Besatzung ertranken, zwei wurden gerettet.

Die D-Zug-Lokomotive im Viehtransport

Auf der Station Heessen bei Hamm (Westf.) kam es dieser Tage zu einem folgenschweren Zugzusammenstoß, und zwar fuhr der Berlin—Essener D-Zug im Nebel auf einen Viehtransportzug auf. Die Folgen des Zusammenstoßes waren furchtbar. Einige Personen wurden verletzt und mehr als 60 Stück Rindvieh getötet. Unser Bild zeigt die Unfallstelle, im Hintergrund die Unglückslokomotive.

Bahnzusammenstoß

Auf den Bahnhof von Perpignan stießen zwei rangierende elektrische Triebwagen mit einem gerade einlaufenden Personenzug zusammen, wobei sieben Reisende verletzt wurden.

Explosionen in Bulgarien

Zwanzig Faß Benzin, die im Bahnhof von Sofia lagerten, sind explodiert. Der durch die Explosion entstandene Brand konnte rasch erstickt werden, dagegen ist der Sachschaden bedeutend. — In dem Bergwerk Tvarditza bei Nova Zagora ereignete sich eine Explosion, bei der zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

In den Petroleumfeldern der Petroleumgesellschaft von Birma

zerstörte ein Brand die gesamten Anlagen. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt.

In einer Saarbrücker Wirtschaft

wurde gelegentlich eines Streites ein italienischer Arbeiter von einem Landsmann durch 20 Messerstiche getötet. Der Täter ist entflohen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0005

Stadt Halle

13. März 1929.

An die Mitglieder des DMV. Halle!

An alle mit der Opposition sympathisierenden Metallarbeiter!

Am Donnerstag, dem 14. März 1929, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark", Halle, eine große öffentliche Metallarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

Wohin führt die Politik der Spalter im DMV.?

Wie wahren wir die Einheit der Metallarbeiter für die Verteidigung ihrer Interessen?

Kollegen! Die Bureaukratie des DMV., die vor den Maiwahlen 1928 den gesamten Gewerkschaftsapparat, die Metallarbeiterzeitung der Sozialdemokratischen Partei zur Wahlhilfe zur Verfügung stellten, die fortgesetzt die Gewerkschaftsbureaus für sozialdemokratische Parteipolitik ausnützt, verlangt von Kollegen, die der Kommunistischen Partei angehören, daß sie ihre politische Auffassung verleugnen und legt den Kollegen Reverse vor, die ein unerhörter Gesinnungszwang sind. Was ist das?

Das ist sozialdemokratische Parteidiktatur gegen proletarische Demokratie in den Gewerkschaften.

Das ist Ausfluß sozialdemokratischer Koalitionspolitik im Bündnis mit dem Unternehmertum gegen die Arbeiterklasse. Die Praxis zeigt immer mehr, daß die Tätigkeit des gesamten Gewerkschaftsapparates den Zielen der deutschen Trustbourgeoisie unterordnet wird. Das darf nicht sein. Hiergegen muß sich die organisierte Arbeiterschaft zur Wehr setzen.

Die Minderheit in der Ortsverwaltung mit Drescher, König, unter Einfluß von Rößler, führt Beschlüsse der Mehrheit der Ortsverwaltung auf Einberufung einer Mitgliederversammlung nicht durch. Sie fürchten die Kritik der Mitgliedschaft. Kollegen! Wahrt die Arbeiter-Demokratie in den Gewerkschaften.

Erscheint zahlreich zur Versammlung am Donnerstag, dem 14. März 1929, die wir einberufen im Interesse der Stärkung der Kampfkraft des DMV. und zur Erhaltung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung im Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse.

Die Rößler, Drescher und König sind schriftlich von uns zu dieser Versammlung eingeladen, um ihre Handlungsweise vor der Metallarbeiterschaft zu rechtfertigen.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die Metallarbeiter aller Betriebe geschlossen zur Versammlung erscheinen.

Die Einberufer:

Die aus dem DMV. wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit Ausgeschlossenen

gez.: Karl Lüttich, Hans Höcker, ehemalige Bevollmächtigte des DMV. Halle.

Franz Berger, Max Lademann, ehemalige Ortverwaltungsmitglieder im DMV. Halle.

Hans Schröter, Bernard Koenen, Otto Härtel, Rudolf Sachs.

Die Auflösung des Kilian-Bundes

Wie es in dem Grüppchen der hallischen Kilianisten aussieht, zeigt uns ein Bericht, der uns aus den Kreisen der Proletarischen Marinevereinigung zugeht. Diese Gruppe hatte sich seinerzeit Kilian für seine politischen Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Marinevereinigung war am Sonntag ebenfalls bei den Märzfeiern und hatte am Grabe des Genossen Meseberg eine Kranzniederlegung vollzogen. Kilian wollte, wie schon so oft, diese Organisation für seine Ziele mißbrauchen. Am Königsplatz sollte der Treffpunkt der Kilianisten und der PMV. sein. Die letzteren ließen das Bäckerdutzend der Kilianisten aber allein und beteiligten sich an der gemeinsamen Demonstration der hallischen Arbeiterschaft, die unter Führung der Kommunistischen Partei stattfand. Sie lehnten auch ab, Flugblätter für Kilian zu verteilen.

Selbst dem Vater des Genossen Meseberg schien es unangenehm zu sein, daß ein Mensch wie Kilian auf dem Grabe seines Sohnes einen Kranz niedergelegt hatte, denn er nahm den Kranz des RFB. und verdeckte damit den Kranz des Kilian-Bundes.

Anschließend hatte die Proletarische Marinevereinigung eine Versammlung, in der die Frage der zukünftigen politischen Zugehörigkeit der Mitglieder gestellt wurde. Nach lebhafter Aussprache wurden drei unentwegte Kilianisten aus der PMV. ausgeschlossen und zum Ausdruck gebracht, daß die überwältigende Mehrzahl der Mitglieder bereit ist, wieder zur Kommunistischen Partei zurückzukehren.

Der Jahrmarkt ist verlegt

Der Provinzialrat hat dem Ersuchen der Markt- und Messereisenden, den Jahrmarkt mit Rücksicht auf das schlechte Wetter zu verlegen, stattgegeben. Der Markt soll nunmehr in der Woche vom 14. bis 21. April stattfinden.

Hallisches Wohnungselendsbild

Der Arbeiter Hermann M. bewohnt in der Raffineriestraße 15 einen einzigen Raum, der unter dem Dache liegt, 3,40 Meter lang und 2 Meter breit ist. Hinzu kommt, daß das schräge Dach den winzigen Raum noch verkleinert. In ihm können nur ein Bett, ein Kinderbett, ein Tisch und ein Stuhl aufgestellt werden. Die Familie des Betreffenden besteht aus M., seiner Frau, die jetzt ein zweites Kind erwartet, und einem vierjährigen Kinde. Der Raum ist so eng, daß beide Eheleute gleichzeitig in dem Raum sich nicht aufhalten können, es sei denn, daß einer von ihnen im Bett liegt. Die Entbindung der Frau könnte in dem Raum unmöglich vorgenommen werden.

Kommentar überflüssig!

Der Richter kennt die Not der Proleten nicht

Der Bauarbeiter Paul R. aus Halle, dem man die Not aus den Augen lesen kann, stand wegen Betrugs im Rückfalle vor den Geschworenen. Um 10 Mark Flicklieder soll er jemand betrogen haben. Seine kurzen Schilderungen über die Verdienstmöglichkeiten auf dem hallischen Baumarkt kennzeichnen die Schwierigkeiten eines Proleten, mit den Anforderungen des Lebens treffend. Stempelgeld erhält er nicht. Denn 26 Wochen Arbeitsmöglichkeit nachzuweisen ist eine Kunst, die selten einem Bauarbeiter gelingt.

Zu einer bereits erkannten Strafe von sechs Monaten wegen ähnlichen „Betrügereien" wurde ihm noch ein Monat hinzugeknallt.

Diese sieben Monate hat er in kürzester Zeit anzutreten. Der Strafgesetzgebung ist wieder einmal Genüge getan. Die Familie des Bauarbeiters aber wird weiter hungern.

Der Meuchelmord an Karl Meseberg

Zum 10. Jahrestag der feigen Mordtat der Maercker-Banditen

Am Sonntag standen wir wieder an den Gräbern unserer teuren toten Genossen, die als Opfer des weißen Terrors in den Märzkämpfen der mitteldeutschen Arbeiterschaft für die Sache des Proletariats ihr Leben gelassen haben. Heute jährt sich zum zehnten Male der Tag, da in Halle eines der scheußlichsten Verbrechen verübt wurde, das die weißen Mörder Arbeitern gegenüber auf dem Gewissen haben. An diesem Tage wurde der Genosse Karl Meseberg, Vertrauensmann der ehemaligen Matrosenkompagnie in Halle und Mitglied des Soldatenrates, in der scheußlichsten Weise von Soldaten der Maercker-Truppen ermordet.

Dieser Mord ist bis heute noch nicht gesühnt, weil er von den Offizieren und der Justiz gedeckt und in ihrem Auftrage durchgeführt wurde.

Rufen wir uns noch einmal die Vorgänge ins Gedächtnis zurück.

Bereits am Mittwoch, dem 12. März, wurde Genosse Meseberg abends ½8 Uhr von schwerbewaffneten Soldaten der Regierungstruppen aus seiner Wohnung geholt. Auf seine Frage, weshalb seine Festnahme erfolge und wohin man ihn führe, erfolgte keine Antwort. Er wurde nach der Artilleriekaserne gebracht, auf dem Kasernenhof wurden ihm die Augen verbunden und mit verbundenen Augen wurde er im Kreise herumgeführt. Nach einer kurzen Vernehmung, bei der man den Genossen Meseberg als „Vizekönig von Halle" und „Spartakistenführer" bezeichnete, führte man ihn über einen gepflasterten Hof, brachte ihn in einen Stall und bedeutete ihm, daß er sich schlafen legen solle. Später wurde er noch einmal verhört. Als man ihm die Binde von den Augen nahm, befand er sich hinter der Brotfabrik Schubert. Er verlangte von seinen schwer bewaffneten Begleitern, die Merseburger Straße entlanggeführt zu werden, da er fürchtete, daß wieder einmal nach berüchtem Muster eine „Erschießung auf der Flucht" inszeniert werden sollte. Um ½3 Uhr morgens gelangte er dann unter Begleitung in seine Wohnung.

Aber bereits am Donnerstag, nachts 11 Uhr, wurde er aus dem Bett heraus erneut verhaftet und durch einen Leutnant und zwei Mann der Landjäger — angeblich in Schutzhaft — nach dem Elektrizitätswerk gebracht.

Von dem Augenblick seiner Verhaftung an fehlt dann zunächst jede Spur. Das „Volksblatt" forderte am 18. März auf, irgendwelche Angaben an den Vater des Verschleppten in der Lauchstädter Straße 15 zu richten. Nachdem auf Anfragen bei der Leitung des Landjägerkorps angeblich niemand etwas von einem Befehl zur Verhaftung wußte, stand es für alle revolutionären Arbeiter fest, daß Karl Meseberg verschleppt und ermordet worden sei.

Der General Maercker besaß noch die zynische Frechheit, die Behauptung, daß Meseberg durch Landjäger verschleppt wurde, als eine infame Lüge zu bezeichnen, obwohl auf einer Presse konferenz offiziell mitgeteilt worden war, daß am 12. März Meseberg von einer Patrouille der Landesjäger verhaftet gewesen sei.

Endlich, am 21. März, mittags gegen 2½ Uhr, wurde die Leiche Mesebergs etwa 50 Meter unterhalb der Hafenbahnbrücke gefunden. Die Leiche des Ermordeten lag im Saatbett. Sie wies einen Schuß durch den Hinterkopf auf.

Damit war die traurige Tatsache erwiesen, daß Karl Meseberg in genau derselben Weise wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin durch die Hände feiger Mordbuben mit voller Absicht hinterrücks erschossen worden war.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in der hallischen Arbeiterschaft. Der Genosse Wilhelm Koenen interpellierte sofort den Reichspräsidenten und den Präsidenten der Nationalversammlung und forderte die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes für Halle.

Eine Versammlung der Kommunistischen Partei am 22. März 1919 protestierte ebenfalls auf das entschiedenste gegen den feigen Meuchelmord. Am Mittwoch, dem 26. März, fand dann unter ungeheurer Beteiligung der hallischen Arbeiterschaft die Beisetzung dieses Märtyrers der Revolution statt. Erst später wurden die ganzen grauenvollen Einzelheiten bekannt, die sich bei der Ermordung Karl Mesebergs abgespielt haben. Ehe man ihm den sogenannten Fangschuß gab,

verschleppten ihn die feigen Mörder nach der Brotfabrik von Gebr. Schubert und sperrten ihn dort in einen fast glühenden Backofen.

Unter den entsetzlichsten Qualen mußte der Genosse die letzten Stunden seines Lebens verbringen. Den Halbtoten schleppte man dann nach jener Brücke, wo man ihm den Gnadenschuß gab. Heute ist es nicht widerlegt, daß die Inhaber der Brotfabrik Schubert von der scheußlichen Mißhandlung eines wehrlosen Menschen gewußt haben.

Mit tiefstem Abscheu gedenkt die hallische Arbeiterschaft heute noch dieses feigen Mordes und seiner Mitwisser und Mittäter, die natürlich niemals bestraft worden sind. Auch an diesem Tage wollen wir erneut geloben, nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch Karl Meseberg gerächt ist und seine feigen Mörder durch ein proletarisches Gericht ihre verdiente Strafe erhalten haben werden.

Brutale Gewaltherrschaft der Arbeiterfeinde im hallischen Stadtparlament

Wehrwolf-Führer Kloppe als Geschichtslehrer — Die hallische Obdachlosenschande — Einheitsfront zwischen Kilian und dem Wehrwolfdruckereibesitzer Könnecke gegen Interessen der hallischen Buchdrucker

Die Etatberatungen wurden gestern fortgesetzt. Zunächst kamen die verschiedenen Schuletats an die Reihe. Beim Etat der Mittelschule erklärte Genosse Illgenstein, daß wir Kommunisten mit der heutigen Form der Mittelschule nicht einverstanden sind und diese Schulform mehr und mehr überflüssig werde.

Nur noch acht Prozent aller Schüler in Halle besuchen Mittelschulen.

Ihre Zahl sinkt von Jahr zu Jahr. Wir verlangen den Ausbau der Volksschule mit einem neunten Schuljahr.

Zum Etat der höheren Knaben- und Mädchenschulen ergriff Genosse Illgenstein gleichfalls das Wort. Er betonte, daß wir gegen die Bewilligung von Mitteln für diese Schulen sind, weil sie reine Standesschulen darstellen. Unser Vorschlag seit Jahren ist eine Vereinheitlichung des Grund- und höheren Schulwesens, die als Begabten- und nicht als Bemittelten-schulen zu gelten haben. Der Geist, der an diesen höheren Schulen herrscht, ist der Geist der Gesinnungstüchtigkeit im vaterländischen Sinne.

Wenn Leute, wie der Wehrwolfführer Kloppe als Geschichtslehrer an solchen Schulanstalten tätig sind, dann mag sich jeder ausmalen, wie der Unterricht dort aussieht.

Ohne größere Debatten wurden die Etatabschnitte für die einzelnen Handwerker- und Gewerbeschulen erledigt.

Ihr wahres Gesicht zeigte die Bürgerblockmehrheit dann wieder bei der Beratung des Etats für den Zoologischen Garten. KPD. und SPD. hatten hierzu Anträge eingebracht, die darauf hinauszielten, Arbeitslosen und anderen Bedürftigen nebst ihren Familien monatlich einmal freien Eintritt im Zoo zu gewähren. Genosse Kutschbauch beantragte ferner im Namen der kommunistischen Fraktion die alten Summen des Vorjahres für die Erhöhung des Tierbestandes, für Reklame und Drucksachen bestehen zu lassen. Weiter schlug er vor, die Preise für die Stammkarten nach der Höhe des Einkommens zu staffeln. Alle Anträge wurden rücksichtslos und brutal von der Bürgerblockmehrheit abgelehnt.

Das Gemeinste bei der Ablehnung des Antrages für die Erwerbslosen und Bedürftigen ist die Tatsache, daß diese Vergünstigung der Stadt noch nicht einmal einen Pfennig Geld gekostet hätte. Aus purem Haß gegen die Aermsten, gegen die Erwerbslosen, verwehrt man ihnen die Möglichkeit eines einmaligen freien Besuches des Zoo im Monat.

Genosse Riebenstahl erklärte beim Etat der Kunstgewerbeschule, daß die kommunistische Fraktion zustimme, aber Garantien verlange vom Magistrat, daß mit den Schülern keine Lehrverträge abgeschlossen würden. Der Buchdruckereibesitzer Könnecke wandte sich selbstverständlich dagegen, da er ein Interesse daran hat, möglichst viel Nachwuchs im Buchdruckgewerbe zu erhalten.

Ein persönlicher Zusammenstoß des Genossen Riebenstahl mit Kilian, der aus durchsichtigen Motiven heraus die Kunstgewerbeschule in ihrer jetzigen Form verteidigte, führte zu dem völlig unberechtigten Ausschluß des Genossen Riebenstahl aus der Sitzung.

Dann ging man zu der Beratung des Fürsorgeamts-Etats über. Die vom Genossen Kölz ausführlich begründeten kommunistischen Anträge wurden selbstverständlich sämtlich abgelehnt. Auch die SPD. hatte Anträge gestellt, beantragte dann aber selbst, diese Anträge dem Magistrat als Material zu überweisen. Dort werden sie bis zum nächsten Jahre den Schlaf des Vergessens finden.

Eine wuchtige Anklagerede gegen die heuchlerische, nach außen hin zur Schau getragene Humanität der reaktionären Bürgerblockmehrheit hielt der Genosse Kutschbauch beim Etat der Jugendamts.

Zunächst begründete er eine Reihe kommunistischer Anträge, die die Zuwendungen für die Sport- und Körperpflege um größere Summen erhöht wissen wollen. So wurde von der kommunistischen Fraktion beantragt, die Zuwendungen für die Jugendpflege auf 30 000 Mark und die für Veranstaltungen für die Jugendpflege auf 25 000 Mark zu erhöhen.

Dann geißelte Genosse Kutschbauch in scharfen Worten die Kulturschande des hallischen Obdachlosenasyls. Die Bürgerlichen glaubten, durch Zwischenrufe die Schande, die auf ihnen sitzt, verdecken und den Genossen Kutschbauch, der Dezernent für das Obdachlosenasyl ist, für die Zustände verantwortlich machen zu können. Genosse Kutschbauch antwortete ihnen gebührend. Bekanntlich kann kein Dezernent etwas unternehmen, wenn ihm für die ärmsten der Armen andauernd die Mittel gestrichen werden. Hirsch, der Führer des Ordnungsblocks, lief während der Rede des Genossen Kutschbauch von einem Berichterstatter der bürgerlichen Zeitungen zum anderen, um ihnen die nötigen Instruktionen für die heutige Berichterstattung zu geben. Rücksichtslos deckte unser Redner

die hahnebüchenen Zustände im Familienobdach Weingärten auf. Für 180 Kinder sind nur sechs Kinderbettstellen vorhanden. Nicht eine einzige Kinderbadewanne ist da. Es müßten sofort 24 Badewannen für Kinder angeschafft werden. In einem Saal sind 17 Familien untergebracht, denen ein einziges Waschbecken zur Verfügung steht. In diesem waschen sich die Menschen, wird Wäsche gewaschen und schließlich noch das Geschirr abgespült. In einem Raum ist eine einzige Kochmaschine für acht Familien vorhanden. Der Redner beantragte, 20 000 Mark mehr in den Etat einzusetzen, damit wenigstens den dringendsten Notständen abgeholfen werden kann.

Die kommunistische Fraktion forderte ferner die Einsetzung von 500 000 Mark für die Errichtung eines Jugendheimes und 100 000 Mk. zur Errichtung eines Wöchnerinnenheimes. Es ist ein ungeheuerlicher Skandal, daß die Stadt Halle noch nicht einmal ein Wöchnerinnenheim besitzt. Alle Anträge wurden brutal und rücksichtslos wie immer, abgelehnt. Durch einen kommunistischen Antrag war der Vorsteher gezwungen, über alle Anträge einzeln abstimmen zu lassen. Als die geringe geforderte Summe von 20 000 Mark für das Obdachlosenasyl ebenfalls geschlossen von der Rechten abgelehnt wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung der sich auf den Tribünen fortpflanzte.

In haßerfüllten, erbitterten Worten machte sich die Empörung der bei dieser Sitzung vorwiegend bürgerlichen Tribünenbesucher gegen die schändliche Haltung der hallischen Reaktionäre geltend. Dieser Entrüstungssturm dauerte so lange an, bis der Vorsteher durch Kriminalbeamte die Galerie räumen ließ.

Im Eilzugstempo erledigte man dann die gesamten Etatabschnitte über die einzelnen Stiftungen. Zu einer wirkungsvollen Rede ergriff der Genosse Kölz beim Etat des städtischen Gesundheitsamtes noch einmal das Wort und verglich durch einwandfreies statistisches Material vorzüglich die Ueberlegenheit der russischen staatlichen Gesundheitspflege mit derjenigen Deutschlands.

Am nächsten Montag glaubt man diesen Schandetat verabschieden zu können.

Otto Weise

Am Sonnabend, dem 9. März, 13½ Uhr, verstarb unser langjähriger Genosse Otto Weise, Lerchenfeldstraße 4, nach längerem schweren Leiden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 13. März, 14 Uhr, von der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt.

Die Stadtteilleitung Westen.

Blutschande an der Stieftochter

Der Bergarbeiter Paul Z. aus Oberröblingen war angeklagt und beschuldigt, in den Jahren 1926/28 durch fortgesetzte Handlungen seine Stieftochter zum Beischlaf gezwungen zu haben. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wegen Blutschande an seiner Pflegebefohlenen. Mildernde Umstände wurden ihm zugebilligt, da er ein Geständnis ablegte und bisher noch unbestraft ist. Die Strafe wurde auf drei Jahre ausgesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Nr. 61 — Mittwoch, 13. März 1929

Gute Entwicklung des Sport- und Kultur-Kartells Crossen

unter kommunistischer Führung

In der letzten Kartellsitzung wurde gegen zwei Stimmenthaltungen endgültig beschlossen, die Maifeier vom Kartell aus zu veranstalten, trotzdem die Sozialdemokraten in diesem Jahr ihren eigenen Laden aufmachen. Also Spaltung der Arbeiterbewegung auf alle Fälle. Die Arbeiterschaft muß endlich erkennen, daß die Sozialdemokratische Partei den Aufstieg der Arbeiterbewegung nicht wünscht, sondern nur ihre Parteisuppe kochen will. Gebt ihnen die Antwort.

Beschlossen wurde nach langer Diskussion, in diesem Jahr ein Sommer- und Kinderfest zu veranstalten, um auch unsere Kinder im Geiste der revolutionären Arbeiterbewegung zu erziehen. Es wird auch höchste Zeit, die Arbeiterkinder dem verderblichen Einfluß der reaktionären Veranstaltungen zu entziehen. Vorwärts, zu neuen Taten!

Oeffentliche Aufforderung!

Seit mehr als drei Wochen ist dem VfB. Lettin 07 vom Bezirksleiter Hartleb versprochen worden, in kürzester Zeit den „Bettelbrief", welchen der Genosse Amende an den Bundesvorstand geschrieben haben soll, zu beschaffen. Da von seiten H. bisher noch nichts unternommen worden ist, erhofft der Verein auf diesem Wege eine baldige Klärung.

Hartleb wird ersucht, den fraglichen Brief bis 16. März zu beschaffen und sein gegebenes Wort einzulösen.

VfB. Lettin 07.

Eine Reise durch Amerika

Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr veranstaltet die Ortsgruppe Ammendorf des Touristenvereins „Die Naturfreunde" in Langes Lichtspieltheater zu Ammendorf einen Kulturfilmabend. In Anbetracht der herrlichen Aufnahmen und der Seltenheit derartiger Vorträge empfehlen wir einen Besuch dieser Veranstaltung, damit die Ortsgruppe weitere derartige Abende veranstalten kann.

Die Spiele der Ausgeschlossenen

Amtlich! Sonntag, den 17. März, finden folgende Freundschaftsspiele statt:

106	12 Uhr	Teutonia Jugend — Viktoria 2. Jugend	Cröllwitz
107	½14 Uhr	Teutonia 2. — Sportbrüder 2.	Giebichenstein
108	15 Uhr	Teutonia 1. — Sportbrüder 1.	Trotha
109	11 Uhr	Cröllwitz Jugend — Trotha Jugend	Viktoria
110	12 Uhr	Cröllwitz 3. — Trotha 3.	Reideburg
111	½14 Uhr	Cröllwitz 2. — Trotha 2.	Teutonia
112	15 Uhr	Cröllwitz 1. — Trotha 1.	Sportbrüder
113	11 Uhr	Reideburg Jugend — Viktoria 1. Jugend	Giebichenstein
114	12 Uhr	Reideburg 3. — Viktoria 3.	Cröllwitz
115	½14 Uhr	Reideburg 2. — Viktoria 2.	Trotha
116	15 Uhr	Reideburg 1. — Viktoria 1.	Diemitz
117	½14 Uhr	Diemitz 2. — Giebichenstein 2.	Viktoria
118	15 Uhr	Diemitz 1. — Giebichenstein 1.	Teutonia

Spiele dürfen laut Beschluß nur mit neu abgestempelten Pässen [illegible] werden, wofür die betr. Schiedsrichter verantwortlich sind. — Folgende [illegible] werden dringenst ersucht, die Pässe umgehend dem Sportgenossen Paul [illegible], Wörthstraße 3, abzugeben, damit dieselben am 16. März abgeholt werden [illegible]. (Cröllwitz, Giebichenstein, Gröbers, Mötzlich, Viktoria, Diemitz, ASC., Reideburg.) Der Jugendbeitrag ist laut Beschluß vom 4. März auf 15 Pf. herabgesetzt.

Meldestelle (Anmeldungen): **Reideburg: Paul Wilde. Giebichenstein: Otto Klees.**

Schönfeld. Stenzel.

Karfreitag finden auf dem Cröllwitz-Platz
folgende Hand- und Fußballspiele statt:

½14 Uhr Seeben 2. — Berlin-Bohnsdorf 2.
½15 Uhr Seeben 1. — Berlin-Bohnsdorf 1.

Anschließend findet um ½16 Uhr das Städtespiel **Halle Nord — Süd statt. Hierzu** sind folgende Mannschaften aufgestellt:

Norden:
Herkner (ASC.)
Schondorf (Giebichenstein) Eppert (Löbejün)
Bergt (Giebichenstein) Bertram (Trotha) Voigt (Teutonia)
Anorre (ASC.) Geisler (Gieb.) Hädicke (Teut.) Schneider (ASC.) Jäckel (Trotha)

Schüler (Rdbg.) Franzke (Spbd.) Stenzel (Vikt.) Fleischhauer (Spbd.) Schölz (Diemitz)
K. Felsch (Sportbrüder) Herrmann (Diemitz) Wilde (Reideburg)
Fehse (Reideburg) Schauerhammer (Viktoria)
Wiebach (Viktoria)
Süden:

Ersatzleute Norden: Kuhn (Trotha), Kosch (Giebichenstein), Lange (ASC.), Sturm (Teutonia).
Ersatzleute Süden: Walther, Zeiger (Viktoria), Zimmermann (Diemitz), Schaaf (Reideburg).
Linienrichter: Leibe (Cröllwitz), König (Sportbrüder), Sennewitz (Teutonia), Pätz (Viktoria).
Schiedsrichter: Stoye (Trotha).
Kassierer: Hingst (Diemitz), Brose (Giebichenstein).

Alle Spieler haben weiße Hose mitzubringen. — Für Norden stellt Trotha Dreß, für Süden desgleichen Diemitz. Meldung der Spieler (auch Ersatzleute) erfolgt eine Stunde vor Spielbeginn im „Lindenhof", Cröllwitz, beim Sportgenossen Schönfeld. Spieler-Absagen werden nur in dringendsten Fällen berücksichtigt. (Geschäftsstunde „Ballsport").

J. A.: Schönfeld. Rößler.

Sportkartelle

Bitterfeld. Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, Sportkartellsitzung im „Volkshaus".

Fußball

Das Spiel um die Bezirksmeisterschaft in Magdeburg zwischen Magdeburger Ballspielklub und Weitstoß Schönebeck fiel wie erwartet, dem Tauwetter zum Opfer.

8. Bezirk. Serienspiele. Sämtliche für den 17. März angesetzten Serienspiele fallen der schlechten Witterung wegen aus.

Vereinsberichterstatter, **Gruppe Wittenberg.** Sonnabend, den 16. März, 20 Uhr, Sitzung im Lokal „Zur guten Quelle" in Wittenberg. Mache den Vereinsvorständen zur Pflicht, zur Förderung unserer Bewegung die Sitzung zu beschicken.

Rudolf Rothe, Klein-Wittenberg, Wilhelmstraße 5.

Handball

6. Bezirk. **Handballspiele am 17. März:**

15 Uhr	Othello 1. — Adler 1.	Brömme, Sportlust
15 Uhr	Beuchlitz 1. — Wörmlitz 1.	Nebelung, Unterröblingen
15 Uhr	Schw. Ammendorf 1. — Fichte Ammendorf 1.	Dietz, Canena
14 Uhr	Othello 2. — Reideburg Jugend	Adler
15 Uhr	Bennstedt 1. — Osmünde 1.	Frisch auf
14 Uhr	Bennstedt 2. — Osmünde 2.	Frisch auf
15 Uhr	Sennewitz 1. — Trotha 1.	
14 Uhr	Sennewitz Jugend — Trotha Jugend	

8. Bezirk. Achtung, Vereine! Sämtliche Spiele für Sonntag, den 17. März, fallen wegen der schlechten Platzverhältnisse aus. Sie werden später neu angesetzt. Dies den Mannschaften und Schiedsrichtern zur Kenntnis. — Das Spielverbot von Fr. T. Reinsdorf wird hiermit aufgehoben.

Vereinsmitteilungen

Freier Wassersportverein Halle. Heute 20 Uhr Vorstandssitzung bei Römer.

Fichte Halle. Freitag, den 15. März, 20 Uhr, im „Mansfelder Hof" Mannschaftssitzung. Unsere Osterspiele in Dessau. Alles hat unbedingt zu erscheinen. [285

08 Bitterfeld (Fußballabteilung). Sämtliche aktiven Spieler der vorhandenen Mannschaften haben Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr, zu einer wichtigen Sitzung, bezüglich der Serie, restlos zu erscheinen. Unentschuldigtes Fehlen wird nach Vereinsbeschluß bestraft. [286

Interessengemeinschaft Halle (Saale)

Karfreitag, 29. März, findet unser Waldlauf bestimmt statt.

Anschließend Handball- und Fußballspiele.

Abends im „Lindenhof" großer Werbeabend.

Näheres folgt. Hübler. Schönfeld.

Für die am Waldlauf teilnehmenden Berliner Sportgenossen (ca. 100 Mann) werden unsere Vereine und sonstige Interessenten umgehend ersucht, Quartiere sofort dem Sportgenossen Fr. Franke, Albrechtstraße 24, zu melden.

Schönfeld. Franke.

Der reformistische Spaltungswahnsinn

12000 Fußballer vor den Ausschluß

Der Bundesvorstand des ATSB. bereitet eine neue ungeheuerliche Schandtat vor. Trotz des persönlichen Erscheinens des Bundesvorsitzenden Gellert auf der Konferenz der Fußballvereine des 6. Kreises in Barmen hat derselbe den Reformisten eine Niederlage beigebracht. Jetzt hat der reformistische Bundesvorstand Rache geschworen und an alle westdeutschen Arbeitersportvereinigungen ein Rundschreiben gerichtet, das den Befehl enthält, von den Beschlüssen der Barmer Konferenz abzurücken, andernfalls sie aus dem Bunde ausgeschlossen werden!

Die reformistischen Spalter der Arbeiterbewegung gehen rückhaltslos ihren Weg des Verrats. Wie in den Gewerkschaften, den Freidenkerorganisationen, so auch im ATSB. wird die mühsam aufgebaute Organisation im Interesse der Koalitionspolitik zerschlagen. Wie in Berlin und Halle die revolutionären Arbeitersportler treu zu ihrem Kartell und der Opposition stehen, so werden auch die westdeutschen Arbeitersportorganisationen wie in Barmen, so auch in Zukunft den Spaltern die ihnen gehörenden Fußtritte versetzen.

Am kommenden Sonntag wird für den 6. Bezirk im 2. Kreis der Bezirkstag stattfinden. Eine Anzahl Vereine und Genossen haben die Drescher, Festerling und Co. durch Gellert ausschließen lassen. Damit glaubten sie die Opposition niederknüppeln zu können. Die Arbeit der spalterischen Kommissare hat dem 6. Bezirk einen gewaltigen organisatorischen Rückschlag gegeben. Im Interesse der SPD.-Politik scheuen diese Schädlinge der Arbeiterbewegung vor der Zerstörung einer proletarischen Organisation nicht zurück. Auf dem Bezirkstag am kommenden Sonntag müssen die Delegierten diesem verhängnisvollen Treiben ein Ende machen und sich wiederum eine oppositionelle Leitung wählen, sowie die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen fordern.

Banditenstreich gegen Arbeitersportler

Oehlschläger hetzt die Behörden gegen sie — „Wir bitten, Anträge der Arbeitersportler abzulehnen"

Der „bekannte" günstige Wind weht uns ein geradezu ungeheuerliches **Rundschreiben der SPD.-Sportfraktion** auf den Tisch, das wir ungekürzt wiedergeben. Die Tätigkeit bürgerlicher Sportverbände, ihre gegen die Arbeitersportler geführte Hetze wird durch **dieses Dokument weit in den Schatten gestellt:**

„An das Sekretariat der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, SW 68, Lindenstraße 3.

Werte Genossen! Anläßlich der am 11. Februar vom kommunalen Bureau einberufenen Aussprache zwischen dem Vorstand der Stadtverordnetenfraktion, den Mitgliedern der Deputation für Leibesübungen, den sozialdemokratischen Bezirksdezernenten für Jugendwohlfahrt und den Arbeitersportlern des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege wurde der Wunsch geäußert, über den Stand der Arbeitersportbewegung und das Ergebnis der Aussprache schriftliche Mitteilung zu machen.

Bis zum heutigen Tage sind laut Fragebogen 81 Vereine mit 18 500 Mitgliedern für das Kartell für Arbeitersport und Körperpflege gemeldet (?). Es stehen noch über ein Dutzend Vereine mit annähernd 1000 Mitgliedern aus, von denen der Fragebogen noch nicht zurückgereicht wurde. Wir können also, **nachdem wir nochmals Vereine mit etwa 1000 Mitgliedern ausschließen mußten,** weil sie den Beschlüssen der Zentralkommission nicht nachgekommen sind, mit einem tatsächlichen Mitgliederbestand von etwa 20 000 Mitgliedern rechnen. (Wenn Oehlschläger derartig phantastische Zahlen nennt, nahezu die „Hälfte" der Berliner Arbeitersportler ständen hinter der SPD., so scheint auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Die Red.) Damit haben wir ungefähr die Hälfte der im früheren alten Kartell erfaßten Mitglieder auf unserer Seite. Gemessen an dem Einfluß, der uns im alten Kartell zustand, wo wir von etwa 40 Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses nur drei Parteigenossen waren und wo von 20 Bezirkskartellen nur eins von einem SPD.-Sportler geleitet wurde, können wir mit dem Erfolg unserer Aktion zufrieden sein. Wir sind mit dem Aufbau fertig und wollen zu arbeiten beginnen. Dazu gehört Geld. Solches steht dem Kartell nur noch zur Verfügung mit einer Summe von 7000 Mark, die im Stadtamt für Leibesübungen zurückgehalten wird, weil angeblich noch keine Klarheit über die Rechtslage besteht. Da wir aber die Rechtsnachfolger des aufgelösten Kartells sind, weil wir nach wie vor bei der Zentralorganisation verblieben, muß uns jetzt das Geld ausbezahlt werden.

Wenn das kommunistische Kartell in der Haushaltberatung einen Antrag auf Unterstützung stellen sollte, bitten wir, diesen Antrag abzulehnen, da es ihnen freisteht, sich in die Reihen der organisierten Arbeitersportbewegung einzugliedern, indem sie die Beschlüsse der Organisation anerkennen und somit wieder zu der wirklichen Arbeitersportbewegung gehören. **Eine Unterstützung der Stadt an das KPD.-Kartell, das als sogenannter „wilder" Verein anzusehen ist, würde den Forderungen aller anderen wilden Vereine in Berlin Tür und Tor öffnen.**

Andererseits bitten wir, daß unsere parteigenössischen Bezirksdezernenten und Beamten Kenntnis nehmen von der Tatsache, daß **der kommunistische „Arbeitersportverein Fichte"** vom Oberpräsidenten als ein Jugendpflege treibender Verein **nicht anerkannt wird.** Es ist diesem Verein die Fahrpreisermäßigung für Jugendpflegefahrten abgelehnt worden. Begründung in der am 22. Januar 1929 stattgefundenen Hauptausschußsitzung durch Herrn Oberregierungsrat Hoffmann: weil „Fichte" aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund ausgeschlossen wurde und damit auch die Zugehörigkeit zur Zentralkommission und zum Kartell für Arbeitersport und Körperpflege verlor. Das bedeutet, daß auch allen anderen Vereinen, die nicht zum neuen Arbeitersportkartell gehören, also nicht ihren Zentralverbänden sportlicher Art angeschlossen sind, **diese Maßnahmen des Oberpräsidenten nicht erspart bleiben wird.**

Oelschläger,
der sozialdemokratische Spalter des Arbeitersports

Wir Arbeitersportler fordern nun, daß bei Vergebung von Turnhallen, Schwimmbädern und Sportplätzen nach den bisherigen Richtlinien, die als solche mit Zustimmung der Kommunisten gefaßt wurden, gehandelt wird. **Danach müssen in allererster Linie die zentral organisierten Sportler, d. h. die in dem bürgerlichen Reichsausschuß für Leibesübungen und die aus der Arbeitersportbewegung der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege angehörenden und durch unser Kartell vertretenen Vereine berücksichtigt werden.** Erst dann kommen nach Maßgabe des noch vorhandenen Platzes die andern sogenannten „wilden" Vereine. Wir konnten in der stattgehabten Aussprache feststellen, daß auch alle anderen Genossen — **mit Ausnahme von einem** — unsere Meinung teilten.

Es entsteht nun für unsere Genossen in den Jugendämtern und die entsprechenden Dezernenten die Frage: Soll und kann im Gegensatz zu den Maßnahmen des Oberpräsidenten das Jugendamt noch weiter die Kosten für die Benutzung der Turnhallen durch diese Vereine übernehmen oder müssen diese Vereine jetzt den vollen Satz, der durch die Schuldeputation mit 3 Mark pro Stunde angesetzt ist, selber tragen? Wenn unsere Genossen in diesem Sinne vorgehen, so werden wir bald erleben, daß der

Spuk in diesem Verein ein Ende hat, da die wirklichen Turner und Sportler in dem alten kommunistischen Kartell ja meist politisch nicht organisiert sind und diesen KPD.-Vereinen dann den Rücken kehren werden.

Es wird dann die bei den Kommunisten so beliebte „Spaltung" eintreten. Diese Spaltung wird den rechtmäßigen Arbeitersportorganisationen (??? Die Red.) zugute kommen.

Werte Genossen! **Die Maßnahmen des Oberpräsidenten stellen sich zur richtigen Zeit ein.** Es ist nämlich bald wieder an der Zeit, wo die Anträge **zur Uebernahme der Kosten für Benutzung der Turnhallen durch die Jugendämter** gestellt werden. Da ist es angebracht, auf die Maßnahmen des Oberpräsidenten zurückzugreifen und die Uebernahme abzulehnen. Damit ist eine Entziehung der Turnhallen usw. vermieden. Aber

keiner der Vereine ist in der Lage, den Satz zu zahlen

und somit sind die Vereine vor die Frage gestellt: zurück zur Organisation oder **Aufgabe des Sportes.** Und das wird dann zu den Debatten in den Vereinen führen, die die Spaltung — aber nicht im Sinne der KPD. — vorbereiten. Diese Spaltung in den jetzigen KPD.-Vereinen wird dann wieder zur Gesundung der Berliner Arbeitersportverhältnisse führen. **In diesem Sinne bitten wir alle beamteten Parteigenossen und Dezernenten, uns zu unterstützen,** um dadurch endlich zu einer wirklichen Gesundung des Berliner Arbeitersports beizutragen und dem Kommunistenspuk in der Arbeitersportbewegung ein Ende zu bereiten.

Ich bin gern bereit, allen Genossen, die es wünschen, auch persönlich Auskunft zu geben. Da ich von der Berufsarbeit freigestellt bin, kann ich zu jeder Tageszeit zwecks evtl. Auskunfterteilung erscheinen.

Mit Parteigruß

Kartell für Arbeitersport- und Körperpflege, Berlin.

gez.: Robert Oehlschläger,
Berlin N 65, Hochstädter Straße 10.

Wir bitten, Vorstehendes zur gefl. Kenntnis zu nehmen.

Kommunales Bureau. J. A. (gez.): Krille."

Die Tatsache, daß heute Tausende Berliner Arbeitersportler ablehnen, der Politik der SPD. zu folgen und für die Selbständigkeit des Arbeitersports eintreten, veranlaßt diese Partei zu den brutalsten Terrormethoden gegen die Opposition. Die SPD. zeigt, daß sie der **Hausknecht der Bourgeoisie** gegen die Arbeitersportler ist.

Oehlschläger hat sich in wenigen Wochen zu einem „würdigen" Mitglied der SPD. entwickelt, und die Spalter im neuen Kartell haben die **Rolle der Deutschen Turnerschaft aus der Zeit des Sozialistengesetzes übernommen.** Daß selbst zugegeben wird, daß sich beim alten Kartell in der Mehrheit politisch nichtorganisierte Arbeitersportler befinden, beweist zur Genüge, daß es eine **elende Verleumdung ist,** von einem kommunistischen Kartell zu sprechen. Aber auch diese Verleumdung hat ihren Zweck. Die Spalter beabsichtigen, mit diesem Argument die bisherige Unterstützung der Arbeitersportvereine zu unterbinden.

Diese elende Lumperei wird den Oehlschläger und Genossen nicht gelingen.

Die **Arbeitersportler Berlins,** die Ausgeschlossenen **wie die noch im Bunde Befindlichen,** werden sich **mit Abscheu** von solchen Renegaten **abwenden,** die nicht vor den unsaubersten Kampfmitteln gegen die Arbeitersportler zurückschrecken.

Ein Sturm der Entrüstung muß durch die Reihen der Arbeitersportler gehen. In jedem Verein, in jeder Organisation muß zu dem **sozialdemokratischen Schanddokument** Stellung genommen werden. Ueberall müssen die Arbeitersportler zum **Massenprotest** gegen die Ausnutzung des behördlichen Apparats gegen die oppositionellen Arbeitersportler aufrufen. **Nur der Wille zum einheitlichen Kampf kann die Absichten der SPD. zuschanden machen** und wir sind fest überzeugt, daß alle Arbeitersportler geschlossen gegen **diese Infamie zusammenstehen werden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0007

Haus - Hof - Garten - Feld

Die Landwirtschaft im März

Die Landwirtschaft ist vom Wetter abhängig und das gilt in verstärktem Maße für die Frühjahrsmonate. Im allgemeinen steht der März im Zeichen der Frühjahrsbestellung, aber es gab schon mehrfach Jahre, die eine an sich wünschenswerte frühe Bestellung nicht zur Durchführung kommen ließen.

Der vergangene Monat hat uns von mildem Frühlingshauch nichts spüren lassen und die Wettervoraussagen scheinen auch dem Märzbeginn wenig Vertrauen entgegenzubringen. Wenn aber der Schnee erst geschmolzen und die wertvolle Winterfeuchtigkeit vom Boden so weit aufgenommen ist, daß die Schollengipfel auf den Feldern grau werden, dann müssen wir mit allen Kräften an die Feldarbeit. Das Saatgut muß zu dieser Zeit bereits saatfertig und ausgewogen in Säcken stehen.

Diese Arbeit beginnt mit der Einebnung der rauhen Winterfurche durch die Ackerschleppe. Der Schleppe folgt der Düngerstreuer mit den Kali- und Phosphorsäuredüngemitteln und — soweit der Stickstoff schon vor der Saat gegeben wird — auch mit den langsam wirkenden Stickstoffdüngern, wie Kalkstickstoff oder Am-

Auf den Aeckern der Reichen schindet sich die Dorfarmut. Wie lange noch? Landarbeiterinnen, erkennt, daß auch Ihr Euch einreihen müßt in die proletarische Klassenfront zum Sturz Eurer Ausbeuter.

moniaksalzen. Die Herrichtung der Kunstdüngemittel (mahlen und auswiegen!) muß stets rechtzeitig geschehen, damit die Streuarbeit ungehemmt vonstatten geht. Ist das Wetter weiter günstig, so wird mit Krümmer und Egge die Fertigstellung des Saatbettes gleich angeschlossen und die Aussaat des Sommerweizens, dann des Hafers und der Gerste begonnen. Man wird schon der Arbeitsverteilung halber nicht erst die Keimung der Unkräuter nach der Schleppe abwarten können, sondern möglichst bald säen und den Samenunkraut erst später durch das Abeggen der Saaten, zu Leibe gehen. Bei normalem Witterungslauf steigt mit der Frühe der Aussaat die Aussicht auf hohe Ernteerträge; allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß das Temperaturminimum für die Keimung der Halmfrüchte bei etwa 4 Grad Celsius (im Boden) liegt und eine frühe Saat nur dann frühe Pflanzenbestände liefert, wenn die Bodenwärme diese Grenze überschritten hat.

Außer den Sommerhalmfrüchten kann gegen Ende März auf dem sogenannten Brachschlag bereits das erste Futterwickengemenge bestellt werden. In Abständen von etwa zwei Wochen läßt man weitere Wickfuttersaaten folgen, um zwischen den Kleeschnitten stets gutes, junges Grünfutter zu haben. Der nächstjährige Kleeschlag wird meist zuletzt mit Hafer oder Gerste und Klee als Untersaat bestellt, doch ist es auch vielfach üblich und zweckmäßig, den Klee erst nach dem Eggen der aufgelaufenen Saaten in diese einzubringen.

Die Wiesen und Weiden, die Luzerne- und Esparsettebestände werden, sobald sie genügend abgetrocknet sind und ihre künstliche Düngung zuvor erhalten haben, zur Oberflächenlockerung und Unkrautbekämpfung scharf abgeeggt. Während im Frühjahr die Walze auf den Feldern ein gefährliches Gerät ist, sollte sie auf den Dauerfutterflächen stets Verwendung finden, zumal die Bodenfestigung das einzige Mittel zur erfolgreichen Bekämpfung lästiger Wiesenunkräuter (Doldenblütler!) ist.

Die Winterfütterung des Rindviehs dauert diesen Monat noch uneingeschränkt fort. Dem Jungvieh gönnt man aber zur Ausarbeitung und Uebung der Glieder einen zeitlich möglichst ausgedehnten Aufenthalt im Freien. Der kleinste Tummelplatz im Freien ist zu dieser Zeit mehr wert als der beste Stall.

Dr. Köhnlein.

Märzarbeiten im Gemüsegarten

Der überaus strenge und lange Winter hat viele Freilandarbeiten im Gemüseland zurückgedrängt, so daß noch gar manches nachzuholen sein wird, das sonst schon getan wäre. Besonders wenn es im Herbst versäumt wurde, die Bodenbearbeitung durchzuführen, dann wird es ein Zusammenballen wichtiger Frühjahrsarbeiten geben. Mit jeglicher Bodenbearbeitung ist zu warten, bis die Erde genügend abgetrocknet ist. Nie zu nasse Erde umgraben. Ist der Boden genügend abgetrocknet und das Wetter günstig, so können Aussaaten gemacht werden. Dabei ist die richtige Einteilung des Gartenlandes zu beachten. Ein Teil hat im Herbst Stalldünger erhalten oder er erhält ihn noch jetzt, dann aber in halbverrotteitem Zustande, also abgelagert. Es kommen auf dieses Land Spinat, Salat, später dann die verschiedenen Kohlarten, Tomaten, Gurken. Ein zweites Quartier hat zu den vorjährigen Kulturen Stalldünger erhalten. In diesem Jahre wird nur mit Nährsalzen gedüngt, wozu Harnstoff-Kali-Phosphor WAF. empfohlen wird, und zwar etwa 3 bis 4 Kilogramm pro 100 Quadratmeter. Dieses Salz wird kurz vor der Bestellung des Landes gleichmäßig ausgestreut und mit dem Boden durch ein gutes Ueberharken vermischt. Auf dieses Land kommen alle Wurzelgemüse, Zwiebeln und Puffbohnen. Ein drittes Quartier hat schon zwei Jahre hindurch keinen Stalldünger erhalten und wird nur mit etwa 2 Kilogramm pro 100 Quadratmeter obengenannten Düngesalzes abgedüngt. Hierher kommen Erbsen und Bohnen.

Es werden jetzt ausgesät: Karotten, Zwiebeln, Petersilien, Schwarzwurzeln, Spinat, Erbsen. Auch die Steckzwiebeln werden ausgelegt. Nicht zu tief legen, der Hals muß sichtbar bleiben. Radies können in geschützten Lagen auf das Wurzelgemüseland gesät werden. Sind Frühbeetfenster vorhanden, so fertige man sich einen Kasten, zu den Fenstern passend, an. Durch Ueberdecken des Freilandbeetes mit dem Kasten gewinnt man einen einfachen kalten Frühbeetkasten, in den man ebenfalls Radies aussäen kann, die dann besser und schneller sich entwickeln als im freien Land. Die Aussaat, etwa 2 Gramm pro Quadratmeter, erfolgt breitwürfig oder in Reihen. Salat kann gut dazwischen gesät werden, um bald Pflanzen für das freie Land zu erhalten (Sorte Maikönig). In diese kalten Kästen sät man jetzt ferner noch die verschiedenen Kohlarten, wie Blumen-, Rot-, Weißkohl, Wirsing und Kohlrabi.

Gegen Ende des Monats werden die verschiedenen Kohlarten auch schon auf Freilandsandbeete ausgesät.

Das mit Rhabarber, Erdbeeren und anderem besetzte Dauerquartier ist, wo dies nicht schon im Herbst geschehen ist, umzugraben, wobei aber die Wurzeln zu schonen sind. Verrotteter Dünger ist hierbei miteinzugraben, wenn dieser nicht vorhanden, nehme man nahrhaften Kompost.

M.

Welche Obstbau-Arbeiten sind jetzt vorzunehmen?

Bei dem überall herrschenden starken Frost ist ein ganz Teil der für den Vormonat vorgesehenen Arbeiten wohl nicht zur Ausführung gekommen. Das so wichtige Spritzen der Bäume und die ersten Umveredelungen von Zwetschen, Pflaumen und Kirschen hängen vom Eintreten milder Witterung ab. Sehr wichtig und von bester Schutzwirkung kann in diesen Frosttagen der Kalkanstrich der Stämme werden. Man versäume nicht, die Fütterung der hungernden Vögel durchzuführen. Der Obstgarten eignet sich ganz besonders zum Aufhängen von Meisenfutterglocken und anderen Futtergelegenheiten. Im Kampfe gegen die zahlreichen tierischen Schädlinge können wir unsere gefiederten Sänger nicht entbehren. Auch Verlegische Nisthöhlen und -kästen sollten schon jetzt angebracht werden, da sie den Tierchen als nächtlicher Unterschlupf dienen und sie sich bereits jetzt an den Ort gewöhnen.

Ist der Boden ganz aufgetaut, wäre an die geplanten Frühjahrspflanzungen von Obstbäumen zu denken. Hoffentlich hat der abnorme Frost an einigen Orten nicht allzu viel Ausfall vor allem unter dem empfindlicheren Steinobst verursacht. Man überzeuge sich baldigst davon und mustere seinen Baumbestand daraufhin mehrmals. Bei beginnendem Saftfrieb fangen die jungen einjährigen Triebe erfrorener Bäume an zu schrumpfen.

Nach Beendigung der Frostperiode wird ebenfalls der Rückschnitt der Himbeerruten vorgenommen, der darin besteht, daß die Spitzen aller Fruchtruten über dem letzten stark entwickelten Auge, d. h. etwa in 20 bis 30 cm Länge fortgeschnitten werden. Sie treiben doch nur unvollständige Blütentriebe, deren Früchte meist vertrocknen. Man spart so das vielerorts übliche Herunterbinden der Spitzen in Bogenform, das auch nur zu dem gleichen Zweck geschieht, nämlich um die Entwicklung der oberen guten Blütentriebe zu fördern. Aber man führe diesen Schnitt aus vor dem Saftfrieb, da sonst die Triebe zu stark bluten und so der Ertrag leidet. Dr. H.

Der Zimmergarten im März

Er ist von der Kälte am wenigsten berührt worden, wenn auch im ungeheizten Zimmer manche Pflanze Schaden gelitten haben wird. Die täglich wärmer wirkende Sonne verlangt im warmen Zimmer gewissenhaftes Gießen aller Pflanzen und wiederholtes Besprengen der Blattpflanzen. Die Kübelpflanzen sind reichlich zu lüften und abzuhärten; zu dicht stehende Kronen sind entsprechend zu beschneiden, mit Ausnahme der Frühlingsblüher, bei denen es erst nach dem Verblühen vorgenommen werden darf. Fuchsien, Pelargonien usw. werden verpflanzt, stark zurückgeschnitten und zum Schutz gegen das Ungeziefer oft besprengt. Knollen und Zwiebeln, die den Winter über ruhten, sind jetzt einzupflanzen. Die abgeblühten Alpenveilchen hält man allmählich immer trockener, damit sie einziehen. Dagegen werden angetriebene Knollen und Zwiebeln verpflanzt und die Sämlinge verstopft. An sonnigen Fenstern entwickeln die Treibzwiebeln ihre Blüten, brauchen aber, zumal die Hyazinthen unter Gläsern, sehr viel Wasser; sämtliche sind vor direkter Sonnenbestrahlung zu schützen, sonst sind sie in kürzester Zeit verblüht und ihre Schönheit vorüber.

Kakteen

Der Laie versteht unter ihnen dunkelgrüne, kuglige Gebilde, die mit scharfen Stacheln besetzt sind. Es handelt sich jedoch dabei nur um eine Ausbildungsform der großen Familie, die sich weitgehend dem Leben in ganz trockenen Gebieten angepaßt hat und ihren Wasservorrat aufs sparsamste verwaltet. Daneben finden sich jedoch alle Uebergänge zu günstigeren Ernährungsbedingungen bis zu den wenigen Arten, die richtige Blätter entwickeln und ganz bestimmt vom Beschauer nicht für Kakteen gehalten werden. Man versteht die Vielseitigkeit dieser Pflanzengattung, wenn man bedenkt, daß das Verbreitungsgebiet der Kakteen ungeheuer groß ist. Es erstreckt sich von Feuerland bis weit hinauf nach Kanada, wie überhaupt Amerika das streng abgeschlossene Vegetationsgebiet dieser Gattung darstellt. Allerdings hat man auch in Afrika einige Vertreter davon gefunden, doch erscheint es fraglich, ob es sich dabei nicht um durch irgendwelche Zufälle verpflanzte Stücke, die sich dort vermehrten, handelt. Die verschiedenen klimatischen Verhältnisse — man denke nur an die Tropenwälder Brasiliens und die eisige Kälte Patagoniens — haben eine weitgehende Spezialisierung mit sich gebracht. Die kugligen und säulenförmigen Vertreter finden sich im allgemeinen in den trockenen Gegenden, während die blattartig ausgebildeten die Treibhausluft der Aequator-Regionen besiedeln. Die Opuntien sind am weitesten nach Norden und Süden vorgedrungen. Sie fanden auch schon frühzeitig nach Europa den Weg, und zwar einzig und allein eines Schmarotzers halber. Es handelt sich dabei um die Cochenille-Schildlaus, die früher einen sehr gesuchten roten Farbstoff lieferte. Heute ist deren Zucht längst aufgegeben worden, da die Anilin-Farbstoffe billiger und auch dauerhafter sind. Opuntien kommen heute in der Gegend von Bozen wie überhaupt im ganzen europäischen Süden verwildert vor und verhalten sich durchaus wie einheimische Pflanzen. Ihrer recht mäßig schmeckenden Früchte wegen werden sie auch Feigenkaktus genannt. Eine merkwürdige Lebensform zeigen die Vertreter der Gattung Rhipsalis und Phyllokaktus, die zu den Ueberpflanzen gehören. Ihre Standorte sind die Astgabeln und Löcher der Urwaldbäume, wo sie sich von dem angesammelten Humus nähren. Sie zehren aber dabei nicht wie die echten Schmarotzer von den Lebensäften ihres Wirtes.

Der Kleintierhof

Ob die Legezeit bald eintreten wird, ist fraglich. Manches Huhn wird den Kamm erfroren und sich auch sonstige Schäden zugezogen haben. Die Kräfte sind auf jeden Fall herabgesetzt, das Grün fehlt, der lange Aufenthalt im Stall fördert die Legetätigkeit auch nicht, so wird auch hier der Frühling erst spät seinen günstigen Einfluß ausüben. Es ist deshalb nicht empfehlenswert, etwa auftretende Brütlust zu unterstützen, denn die Nachkommenschaft dürfte kaum kräftig werden. Das gleiche gilt für das Wassergeflügel. Somit erübrigt sich das, was sonst im März für das Geflügel gilt; nur das Wetter kann hier den Ausschlag geben. Aus dem gleichen Grund warte man mit dem Kauf von Bruteiern, bis sich das Geflügel von dem langen, schweren Winter erholt hat. Bei den Kaninchen beeile man sich auch nicht mit der Zucht, sondern warte bis keine schweren Witterungsrückschläge mehr zu befürchten sind; die jungen Tiere verlangen warme und trockene Stallungen. Bei den trächtigen Ziegen ist gute Pflege mehr denn je notwendig, sorgfältige Fütterung, peinliche Sauberkeit und Hautpflege dürften am ehesten die Folgen des Frostes bessern, denn Ziegen sind sehr frostempfindlich.

Nur im gemeinsamen Kampf der Landarbeiter und des Industrieproletariats kann die Macht der herrschenden Klasse, der Junker und Schlotbarone, gebrochen werden.

Rattenbekämpfung

Schätzungsweise beträgt der durch Ratten in Deutschland angerichtete Schaden etwa 5 Mill. Goldmark. Neuerdings wird wieder darüber geklagt, daß insbesondere auch Schweine von den Ratten angefressen, manchmal sogar getötet werden. Die Schädlichkeit der Ratte als Verschlepper der Ansteckungsstoffe von Maul- und Klauenseuche, Tuberkulose und Pest ist bekannt. Die Bekämpfung der Ratten erfolgt auf verschiedene Weise, insbesondere sind die alten Fangmethoden durch Hunde oder Katzen und aufgestellte Fallen auch heute noch weit verbreitet; sie können jedoch eine endgültige Vernichtung auf größeren Bezirken nicht erzielen. Umfangreicher sind die Ergebnisse der chemischen Gifte, wie Phosphor, Zeliopaste, Arsen und Baryt. Arsen und Baryt haben den Nachteil, daß sie Mehl und Zucker in hohem Maße ähnlich sind, weshalb häufig schon Verwechselungen zustande kamen. Giftgase kann man fast ausschließlich nur unter Verwendung besonderer Sicherheitsvorrichtungen benutzen, weshalb sie für die allgemeine Bekämpfung in Wohn- und Lagerräumen nicht in Betracht kommen.

Die Meerzwiebelpräparate sind für Warmblüter, mit Ausnahme der Ratten, verhältnismäßig unschädlich und kommen in Brocken- und Kuchenform in den Handel. Der Giftgehalt ist sehr verschieden, weshalb ein gutes Ergebnis nur dann zu erwarten ist, wenn es für um sorgfältig hergestellte Präparate handelt. So z. B. hat in manchen landwirtschaftlichen Betrieben das Ratinin gute Erfolge gezeitigt. Neben dieser Bekämpfung der Nager muß eine Unterbindung der Lebensbedingungen gehen, dadurch, daß die Schlupfwinkel der Ratten zerstört und die Zugänge zu den Nahrungsmitteln und Futtervorräten abgeschnitten werden.

Der Kreuz- oder Nierenschlag bei Pferden

Die Krankheit tritt besonders bei schweren Lastpferden auf. Sehr reichliche Fütterung mit Kraftfutter und nach schwerer Arbeit einige Tage vollständiger Stallruhe begünstigen den Kreuzschlag, der sich vor allem in gewerblichen Betrieben bemerkbar macht. In der Landwirtschaft liegt im allgemeinen regelmäßige Arbeit nur auch ist die Fütterung mit Kraftnahrung meist nicht übertrieben. Die Erscheinungen sind folgende: Das zur Arbeit eingespannte Pferd beginnt kurze Zeit nach dem Verlassen des Stalles auf einem Hinterfuße zu lahmen, ein starker Schweißausbruch, der sich, vom Halse ausgehend, später über den ganzn Körper erstreckt, tritt auf schließlich ist die Nachhand gelähmt. Recht häufig stürzt das Tier zu Boden und kann sich nicht mehr erheben; in vielen Fällen tritt innerhalb weniger Stunden der Tod ein. Der Kreuzschlag ist stets eine lebensgefährliche Krankheit, da sich auch die leichteren Anfälle sehr rasch verschlimmern. Tierärztliche Hilfe ist daher unbedingt erforderlich. Bis zu deren Eintreffen ist das Tier vor weiteren Anstrengungen zu schützen, da solche eine Verschlimmerung herbeiführen. Besser ist es jedoch, die Voraussetzungen für den Kreuzschlag nicht zu schaffen. Man sollte daher den Pferden bei sehr reichlicher Fütterung keinen Tag vollständiger Stallruhe geben, sondern ihnen einen ein- bis zweistündigen Auslauf ermöglichen. Besonders häufig erkranken Tiere, die schon einmal daran gelitten haben, weshalb diese ganz besonders vorsichtig zu behandeln sind. Es ist vielleicht ganz interessant, zu erfahren, daß einige Aerzte die Haffkrankheit, die im vergangenen Jahre sonst von sich reden machte, auf ähnliche Ursachen zurückführen. Ob diese Ansicht richtig ist, muß erst die Zukunft lehren.

Gegen sog. Schwaben oder Russen (eigentlich Schaben) ist Weizenmehl mit Alabastergips vermengt ein vorzügliches Vertilgungsmittel. Das Mehl, das ungefähr zur Hälfte mit Gips vermischt wird, streut man auf flachen Bretthen aus oder stäubt es in die Löcher und Fugen, in denen das Ungeziefer sitzt. Soll aber die Mischung wirklich Nutzen bringen, so dürfen die betreffenden Stellen nicht feucht sein, weil der Gips bekanntlich Feuchtigkeit anzieht und dann klumpt und verhärtet. Er wird dann von dem Ungeziefer beim Fressen nicht mit aufgenommen. Mehl wird dagegen mit Vorliebe gefressen. Der mitverschluckte Gips wirkt bald tödlich, weil er durch die Körperfeuchtigkeit verhärtet und die Verdauungsorgane füllt.

Die bengalische Pest. Die violettblühende Wasserhyazinthe hat sich in letzter Zeit in Indien in manchen Flüssen und Binnenseen so außerordentlich vermehrt, daß ganze Gewässer und Reisfelder hierdurch unbenutzbar wurden und die Bevölkerung, die sich ihrer Erwerbsmöglichkeit beraubt sah, nichts anderes übrigblieb, als auszuwandern. Die indische Regierung macht zurzeit große Anstrengungen, um diese sogenannte „Bengalische Pest" zu bekämpfen, und läßt die Wasserhyazinthen mit besonderen Maschinen aus den Gewässern entfernen und dann verbrennen. Mit welcher ungeheuren Geschwindigkeit die Wasserhyazinthe, deren angeschwollenen Blattstiele mit großen, als Schwimmkörper dienenden Luftzellen ausgerüstet sind, sich vermehrt, zeigt ein in Kalkutta unternommener wissenschaftlicher Versuch. In ein bis dahin von Wasserhyazinthen gänzlich freies 20 Quadratkluß messendes Wasserbecken wurden zwei der Pflanzen eingesetzt. Bereits im Verlaufe eines einzigen Monats war die gesamte Wasserfläche völlig bewachsen.

Vom Hunger getrieben. In Erfurt wurde ein Hausbewohner nicht wenig erschreckt, als unter lautem Klirren ein großer Vogel, ein Sperber, durch das Fenster schoß, direkt auf den Vogelbauer mit dem darinsitzenden Kanarienvogel zu. Das Tier hatte es, vom Hunger getrieben, auf den Kanarienvogel abgesehen. Es mußte die Tat mit dem Tode bezahlen.

Die Zollschranken. Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsministers der Finanzen wird die Einfuhr von Kiefern- und Fichtensamen und von Kiefern- und Fichtenzapfen, die Samen enthalten, auf Grund des § 2 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 bis auf weiteres verboten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Zur Betriebsratswahl in den JG.-Betrieben Bitterfeld

Da auf das Betreiben des bisherigen Betriebsratsvorsitzenden der Bitterfelder Werke, R. Sittner, jetzt ein einheitlicher Betriebsrat gewählt werden muß, ließ Sittner in einer Funktionärsitzung den einstimmigen Beschluß herbeiführen, nur eine freigewerkschaftliche Liste zur Betriebsratswahl einzureichen. Richard wurde aber wieder der wilde Mann, als die

freigewerkschaftliche Liste ohne ihn eingereicht wurde.

Darauf hat er sich selber eine eingereicht, die zweite freigewerkschaftliche Liste.

Was gedenken die Funktionäre jetzt zu tun? Er hat den einstimmigen Beschluß der Funktionäre gebrochen. Scheinbar hat er aber bei der Zusammenstellung seiner Liste Schwierigkeiten gehabt. Hat er doch am Dienstagabend in Neumanns „Konzerthaus" Klage geführt, daß niemand auf seiner Liste kandidieren will. Ja, ja, Sittner, Du wirst zwar immer dicker, aber Dein Anhang immer dünner. Dein Posten im Verwaltungsgebäude ist in weite Ferne gerückt, denn die Arbeiterschaft muß für die freigewerkschaftliche Liste der revolutionären Arbeiter entscheiden.

Wählt revolutionäre Betriebsräte auf Grube „Pfännerhall", Braunsdorf

A.-K. Ungeheure Summen wurden für die RUWo. ausgegeben und manch einer fragte sich, für wen diese Summen ausgegeben wurden, doch sicherlich nicht für die Katz. Es sah ja ganz schön aus, wenn man abends an den einzelnen Werken vorbeikam und die elektrisch beleuchteten schönen Sprüche über Verhütung von Unfällen lesen konnte. Doch es sind leere Worte und schließlich nur gemacht, um die Proleten zu verhöhnen. Die Grubengewaltigen mögen vor allen Dingen das Akkord- und Prämiensystem abschaffen, dann würden sicher die Unfälle um 95 Prozent vermindert werden.

Ein schwerer Unfall ereignete sich wiederum in der Nacht vom Sonntag zum Montag in der Verladung. Natürlich auch wieder infolge der Profitsucht der Schlotbarone. Es herrscht hier strenge Durchführung des Rauchverbots seitens des „Herrn" Reichelt, der jeden Proleten, der beim Rauchen auf dem Abort durch die Schnüffler erwischt wird, mit drei Mark bestraft, wo man sich doch fragen muß, ob wohl die Sch . . . . feuergefährlich sei? Allerdings ist es etwas anderes, wenn Herr Reichelt mit seinen Tellerleckern mit offenem Feuer den Betrieb unsicher macht. Konnte man doch bei der letzten großen Kälte sehen, wie auf dem Wipperboden zu Koksöfen verwandelte Benzinkannen offene Flammen zeigen. Man mußte sich wirklich wundern, daß durch diesen Leichtsinn keine Menschenleben umgekommen sind, denn es konnte leicht passieren, daß eine Explosion des Kohlenstaubes erfolgte. Auch ist der Bohlenbelag fast vollständig durch, da man keine Eisenplatte herbeiholen ließ. Trotz wiederholter Aufforderung durch den Betriebsrat hat sich die Direktion noch nicht entschlossen, den Bohlenbelag zu erneuern. Es sollen wohl erst einige Proleten ihre Knochen zu Markte tragen. Was sagt das Oberbergamt dazu?

Proleten von Braunsdorf, die Betriebsratswahl steht vor der Tür. Sorgt dafür, daß der gemeinsame Kampf gegen all die Mißstände auf hiesigem Werke geführt wird. Indem Ihr einen roten Betriebsrat wählt, tut Ihr hierzu den ersten Schritt. Werft die bürgerliche Presse aus Euren Wohnungen und lest den „Klassenkampf".

Die Weltfirma Parfümerie Elida, eine „Edelmarke"

Von einem Arbeiter dieser duftigen Firma, der gleichzeitig Korrespondent der „SAZ." ist, werden uns folgende Zeilen, die z. T. in der „SAZ." erschienen sind, zugeschickt.

Laut nachfolgender Schilderung eines Angestellten steht diese Firma durchaus nicht im „edelsten Geruche": Rationalisierung in der rücksichtslosesten Weise, sogar unter Duldung und Zustimmung durch den Betriebsrat, ist Trumpf! Der Bücherrevisor Marchand hat von der Direktion Schicht-Außig den Auftrag bekommen, den Betrieb zu „reorganisieren". Ihm zur Seite steht ein Herr Püschel. Beide Herren arbeiten jetzt schon drei Monate nach den Anweisungen der Direktion zur „vollen Zufriedenheit".

Das erste Werk, was sie in Szene setzten, war die Entlassung von 30 Angestellten.

Die Direktion handelt mit ihren Antreibern nach dem Prinzip: Rationalisieren heißt ausbeuten! Ausbeuten bis zum Bluten!" Mit den Händen auf dem Rücken, dicke Zigarren im Munde und die Stoppuhr in der Hand, patrouillieren diese Antreiber in dem Betrieb auf und ab und treiben die Angestellten manchmal bis zur Verzweiflung. Ein kriegsbeschädigter Angestellter wurde von dem Herrn Püschel so angetrieben, daß er im Bureau zusammenbrach und einige Zeit krank war.

Auf „Pünktlichkeit" wird bei dieser Weltfirma besonders geachtet. Die Angestellten der Buchhaltung haben nach Arbeitsschluß die Kontenkästen in die Schränke zu schaffen. 15 Minuten werden dazu nur benötigt. Nachdem die Entlassung der 30 Angestellten vollzogen war, wurden für eine Anzahl Angestellter Ueberstunden angeordnet.

An Stelle der höher zu bezahlenden männlichen Arbeitskräfte wurden Frauen und jüngere Kräfte eingestellt, obwohl der Arbeitsmarkt voll gelernter arbeitsloser Leute liegt.

In der Abteilung Verkauf müssen die Angestellten täglich aufschreiben, wieviel sie leisten. Diese Anweisungen wurden sogar mit Einverständnis und auf Anregung des Betriebsrates durchgeführt. Bei einer Kontrolle des Gewerberats hatte sich der Betriebsrat wohlweislich gehütet, gegen die Ueberstunden zu sprechen. Die Direktion sprach dafür dem Betriebsrat Kunze ihre Anerkennung aus. Betriebsversammlungen scheinen ihm überflüssig!

Auf diesen Artikel in der „SAZ." brachte die Direktion einen Anschlag ans Schwarze Brett mit dem Bemerken: „Angestellten, welche diesen Artikel noch nicht gelesen haben, zur gefl. Kenntnis."

Wir wissen ganz genau, welche Tendenz verfolgt wird, aber gerade dieses Blatt kann uns nicht schaden.

Anstatt aber sofort diese unhaltbaren Zustände abzuschaffen, gibt die Firma obiges Schreiben zur Kenntnis, nur um die Angestellten einzuschüchtern. Auch wurden früh verschiedene Angestellte nach dem Erscheinen des Artikels zur Direktion hereingerufen und verhört — natürlich ohne Erfolg.

Noch einige Bemerkungen. „Elida" wirft Millionen für Reklame hinaus — bezahlt aber ihre Angestellten sehr schlecht, und zwar nach eigenem Haustarif: verheirateter Angestellter monatlich 190 Mark Brutto. Das gleiche bei den anderen Angestellten. Wenn die Angestellten Kündigungen erhalten, so müssen sie darüber noch eine Quittung unterschreiben.

Die „Elida" soll es so machen wie früher, als Marchand noch nicht da war: von ½8 Uhr bis 4.10 Uhr, jeden Tag eine halbe Stunde weniger, da brauchen sie auch keine Angestellten zu entlassen.

Marchand hat sich fast den Kopf zerbrochen, wer der Verfasser des Artikels sein könnte. Aber umsonst.

Neuer Reinfall der Weißenfelser Papierquetsche

A.-K. Noch immer muß die Papierfabrik Dietrich das Arbeitsgericht in Anspruch nehmen, um die in ihrem Betriebe begangenen „Verbrechen" zu sühnen. Zu ihrem Vertreter haben sie sich, weil sie mit dem Weißenfelser Syndikus nicht mehr auskommen, den bekannten Dr. Breier aus Jena verschrieben, der diese unbegründeten Uebergriffe und Entlassungen vor dem Arbeitsgericht herausreißen sollte. Ihm wurde nun Gelegenheit gegeben, seine Schneidigkeit zu beweisen, jedoch ebenfalls mit negativem Erfolge.

Bekanntlich wird im genannten Betriebe die so beliebte Werksgemeinschaft gehegt und gepflegt. Da darf während der Arbeitszeit für dieselbe agitiert und geworben werden, während die Meister und Obermeister, Werkmeister und Werkführer beauftragt werden,

die Agitation für die Gewerkschaften zu bespitzeln

und vorkommende Verstöße zur Anzeige zu bringen. Ein solcher Fall kam heute zur wiederholten Verhandlung und zur Entscheidung. Am 3. September 1928 traf der Obermeister Uhde auf seinem Kontrollgange abends nach 10 Uhr den Arbeiter Meißner an seinem Arbeitsplatze an, als er einen Schein ausfüllte. Flugs war Uhde zur Seite und stellte fest, daß der fragliche Schein ein Aufnahmeschein für den Fabrikarbeiterverband war. Das war natürlich ein gefundenes Fressen für Uh., konnte er sich doch durch die Anzeige bei der Firma beliebt machen. Von M. erfuhr er, daß ihm der Schein vom Maschinenführer K. vor ungefähr einer halben Stunde zugesteckt worden war mit dem Bemerken, er solle ihn einmal durchlesen. Noch in derselben Nacht gingen die Telephongespräche an die maßgebenden Stellen, und als K. am anderen Morgen zur Arbeit kam, wurde er wegen Agitation während der Arbeitszeit fristlos entlassen. K. meldete den Fall dem Betriebsrat, welcher zum 6. September, abends nach Arbeitsschluß eine Betriebsratssitzung einberief. (Mittlerweile war der Betriebsratsvorsitzende mit noch zwei Mitgliedern am 6. September ebenfalls entlassen.) Zu der genannten Sitzung wurde die Betriebsleitung eingeladen. Wegen Verweigerung der Räume im Feuerwehrkasino tagte die Sitzung im „Volkshaus". Am anderen Morgen haben der zweite Vorsitzende und noch ein Mitglied den Betriebsleiter Cornelius von dem Beschluß der Sitzung in Kenntnis gesetzt mit dem Ersuchen, die Entlassung des K. zurückzunehmen. Cornelius antwortete: „Wer draußen ist, bleibt draußen, so gut wie die von gestern (gemeint war der Vorsitzende und zwei Mitglieder des Betriebsrats). Damit sei für ihn die Angelegenheit erledigt. Der Betriebsrat machte durch die Gewerkschaft die Klage beim Arbeitsgericht anhängig. Da an seinem Entlassungstage der Vorsitzende Kudrisch die Sitzung leitete, stellte sich das Arbeitsgericht in dem im Monat September vorigen Jahres stattgefundenen Termin auf den Standpunkt der Klageaussetzung bis zur Erledigung der Klage des Betriebsratsvorsitzenden Kudrisch, weil dieser in der fraglichen Sitzung dem Einspruch des Kohlschmidt stattgab.

Deshalb der späte Termin zur Entscheidung für Kohlschmidt. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß K. dem M. den Aufnahmeschein abends

auf dem Nachhauseweg überreicht

hatte. So war die Angelegenheit für den Vertreter der Firma sehr aussichtslos, er legte sich deshalb auf das Argument, daß die Formalitäten zur Einreichung der Klage nicht gewahrt worden seien.

Er stellte den Antrag auf Abweisung der Klage, weil 1. die Organisation, vertreten durch ihren Sekretär, habe nicht die Berechtigung, die Klage einzureichen. Das Recht zur Einreichung und Vertretung derselben stände nur dem Betriebsrat zu. 2. Die Betriebsleitung sei zu der „wilden" Sitzung, die im „Volkshaus" stattfand, nicht eingeladen, und 3. die Betriebsleitung wäre von dem Betriebsrat nicht verständigt worden, sondern hätte die Beschwerden nur von einer anderen Seite gehört. Dem Vertreter der Klage war es ein leichtes, die Argumente der Beklagten zu widerlegen und es kam zu einem persönlichen Zusammenstoß zwischen den beiden Vertretern, als der Gewerkschaftsvertreter sagte: „Wir haben keine Veranlassung, zu betteln, wir verlangen nur unser Recht." Das Gericht zog sich zurück, um die Formalitäten zu prüfen und kam mit dem Bescheid zurück, daß dieselben gewahrt seien. Ein Vergleichsvorschlag seitens des Gerichts wurde zwischen den Vertretern diskutiert. Da durch Telephon der Firmeninhaber nicht zu erreichen war, wurde die Angelegenheit vertagt. Die Vergleichsverhandlungen gipfelten in dem Vorschlage,

daß die Firma an den Entlassenen eine Entschädigung von 500 Mark zahlen muß und er wieder an seine Maschine eingestellt wird.

Wie wir nun von gutunterrichteter Seite erfahren, hat der Verbandssekretär Müller einen unverständlichen Vergleich abgeschlossen, wonach der Entlassene 450 Mark Entschädigung erhält und als Hofarbeiter wieder eingestellt werden soll. Von der Entschädigung ist demnach die erhobene Gemaßregeltenunterstützung in ungefährer Höhe von 250 Mark an den Verband zurückzuzahlen, und als Hofarbeiter wird ein Lohn von 32 Mark gezahlt. Außerdem ist die Hofarbeit fast als Strafarbeit zu betrachten, da es vom Hofe nicht mehr weit auf die Straße, also zur Entlassung ist. Es wäre unverständlich, wenn der Gewerkschaftsbeamte einen so faulen Vergleich abgeschlossen hätte. Der Entlassene war zehn Jahre in dem Betriebe tätig und hätte, wenn der Vergleich nicht zustande kam und ein Grund zur Entlassung nicht vorlag, mindestens eine Entschädigung von sechs Monaten Lohn erhalten und konnte sich dann ihm zusagende Arbeit suchen.

Besucht die Belegschaftsversammlungen.

Betriebsunfall im JG.-Säurewerk

Am Montag, dem 11. März, abends 9 Uhr, verunglückte in der J. G. Säurefabrik der Arbeiter Spiegelhauer. Beim Fortschieben der Wagen geriet er zwischen die Puffer. Er mußte sofort ärztliche Hilfe haben.

Da in der Säurefabrik nicht die nötigen Hilfsmittel zur Verfügung stehen, mußte auf die Krankenbahre 20 bis 30 Minuten gewartet werden. Erst dann war es seinen Kollegen möglich, ihn fortzuschaffen.

Arbeiter der J. G. Säurefabrik, denkt an die Notwendigkeit, diesen unerhörten Zuständen ein Ende zu bereiten. Bei den Betriebsrätewahlen, welche am 23. März stattfinden, muß daher jeder einzelne seine Stimme den Kandidaten der roten Betriebsratsliste geben.

Bei der Dawes-Bahn entlassen

Zu unserem Bericht unter obiger Ueberschrift in der Nummer 51 des „Klassenkampf" vom Freitag, dem 1. März 1929, bringen wir auf Grund des Pressegesetzes folgendes aus einer Berichtigung, die uns der Dr. Klindt zustellte:

„1. Es ist nicht wahr, daß ich ein Attest ausgefertigt habe, in welchem es hieß, daß der betreffende Arbeiter an doppelseitigem Leistenbruch leidet und für schwere Arbeit nicht geeignet sei.

Dagegen ist wahr, daß ich ein Attest ausgestellt habe, in welchem ich unter II 14 a, b, c, d folgende Fragen folgendermaßen beantwortet habe:

	Fragen:	Antwort:
14 a)	Sind Unterleibsbrüche vorhanden? Welcher Art?	Nein.
b)	Lassen sich bestehende Unterleibsbrüche vollständig und ohne Beschränkung der Dienstfähigkeit durch ein Bruchband zurückhalten?	
c)	Ist eine schon erkennbare Bruchanlage vorhanden?	Ja, doppelseitig.
d)	Muß ein Bruchband getragen werden?	Ja.

2. Es ist nicht wahr, daß der Privatarzt dem betreffenden Arbeiter bescheinigt hat, daß er keine Bruchanlagen habe, wie der Arbeiter es nach seiner Angabe in der Zeitungsnotiz verlangt hatte, wenn er sagt, es läge ihm besonders daran, zu wissen, ob er Brüche habe oder dazu neige.

Wahr dagegen ist, daß der Privatarzt nur bescheinigt hat: „Brüche sind nicht vorhanden." Und das wichtigste, ob er Bruchanlagen habe oder nicht, ist in dem Attest gar nicht gesagt worden.

3. Es ist nicht wahr, daß ich (Dr. Klindt) natürlich sehr überrascht gewesen sei, als der Arbeiter mit dem von mir ausgestellten Bahnatteste und mit dem Attest von dem Privatarzt kam, und daß ich versucht habe, mich mit der Erklärung herauszureden, daß ja zwar noch keine vollständigen Brüche vorhanden seien, daß aber Veranlagung dazu vorhanden wäre.

Wahr dagegen ist, daß ich, wie schon oben erwähnt, gar keine Brüche festgestellt habe, wohl aber, daß erkennbare Bruchanlagen vorhanden seien. Ueberrascht hätte ich nur dann sein können, wenn der Privatarzt geschrieben hätte, daß der Arbeiter keine Bruchanlagen gehabt hätte. Das hat der Arzt aber ja gar nicht bescheinigt, sondern nur, daß er — ebenso wie ich — keine Brüche festgestellt hat."

Soweit die ersten drei Punkte der Berichtigung. Zwei weitere Punkte derselben enthalten allgemeine Werturteile des Arztes, die nicht unmittelbar mit dem Artikel zusammenhängen und somit auch mit einer „Berichtigung" nichts zu tun haben. Zu dem oben Gesagten stellen wir aber fest, daß nicht entkräftet werden kann die Tatsache, die durch Attest des zweiten Arztes festgestellt wurde, daß der Arbeiter zu jeder schweren Arbeit geeignet sei und keine Anlage zu einem Leiden habe. Es heißt in dem Attest:

„Der von mir ärztlich untersuchte Herr ... besitzt einen kräftigen, gesunden Körperbau. An Herz, Lungen und den übrigen inneren Organen sowie von seiten des Nervensystems sind Krankheitserscheinungen nicht nachzuweisen. Brüche sind nicht vorhanden. Er eignet sich zu schwerer körperlicher Arbeit."

Wir glauben, daß hiermit auch gesagt ist, daß selbst Anlagen zu Brüchen nicht nachzuweisen sind, denn auch das betrifft die „inneren Organe". Im übrigen haben wir selber festgestellt, daß die Eisenbahn sich letzten Endes auf schwache Sehkraft des Arbeiters berufen hat, um den Arbeiter entlassen zu können.

Unerhörte Behandlung der Belegschaft in der Schuhfabrik Schlegel

A.-K. In der Schuhfabrik H. Schlegel, Weißenfels, herrschen Zustände, die einmal in der Oeffentlichkeit gekennzeichnet werden müssen. Eine besondere Nummer ist dort der Obermeister Gaske aus Halle, denn er wirft gegenüber den Arbeitern und Arbeiterinnen mit den gemeinsten Redensarten um sich. Die Kolleginnen in der Fertigmacherei werden von ihm mit „Esel" tituliert, die Arbeiter nennt er „Brummochsen" und faul. Besonders unanständig benahm er sich gegen eine jüngere Kollegin. Mit solchen Ausdrücken versucht er wahrscheinlich seine Unfähigkeit als Meister zu überdecken. Aber wir als Belegschaft sind schon mit anderen Meistern als dem „Herrn Gaske" fertig geworden. Wenn er sein Benehmen nicht ändert, werden wir auch mit ihm noch auf andere Art fertig werden.

Steinsetzer und Berufsgenossen! Freitag, den 15. März, ½11 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im „Volkspark" statt. Bei dem eingetretenen Tauwetter besteht die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme. Informiert Euch vorher über den Stand der Lohnbewegung.

Sektionsleitung.

Metallarbeiter, heraus zur Protestversammlung

Morgen, Donnerstag, 20 Uhr im „Volkspark"

Gegen Spaltung und Gesinnungsterror im DMV.

Alle Kollegen müssen erscheinen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0009

Merseburg-Querfurt

Partei und RFB. als erste Hilfe bei Wassersgefahr

Köthschen, 12. März.

Die sibirische Kälte hat nachgelassen. Tauwetter und Hochwassergefahr überall. Die in Wasser verwandelten Schneemassen haben verschiedene Wege in Köthschen in Seen verwandelt. Ein Passieren dieser Wege ist unmöglich. Das Wasser droht in die Häuser einzudringen. Die Kommunistische Partei und der RFB. springen sofort helfend ein. Sie sowie Sympathisierende versuchen mit unmenschlicher Anstrengung, der Wassermassen Herr zu werden, ein Eindringen in die Wohnräume zu verhindern. Aber die Köthschener Feuerspritze die in 12 Jahren das 100jährige Bestehen feiert, verurteilt alle Anstrengungen zur Aussichtslosigkeit.

Diese Feuerspritze legt Zeugnis ab von einer grenzenlosen Gewissenlosigkeit verschiedener Gemeindevertreter.

Nicht der kleinste Brand wird mit dieser Spritze eingedämmt werden können. Erst die vom Leuna-Werk angeforderte Motorspritze konnte auch in diesem Falle die Wassermassen bewältigen. Auch der Herr Polizeipräsident erschien wohlwerwahrt und beschützt zur Besichtigung. Aber dieser Herr wird der Wassersgefahr nicht abhelfen können. Die Linie dieser Leute von Rißland und Kompanie bis zum Panzerkreuzer-Müller ist ein und dieselbe. Für Kriegszwecke Hunderte von Millionen Mark, für die Interessen der Proleten aber nichts.

Bei der nächsten politischen Sturmflut müssen diese Arbeitervertreter ersaufen. Darum hinein in die Kommunistische Partei!

Rentnerschikanen in Niederwünsch

Daß es den Kriegsbeschädigten und den Invaliden in der Hindenburg-Hungerrepublik nicht vom besten geht, haben wir öfter betont. Daß die Opfer des imperialistischen Völkermordens aber besonders in kleinen Gemeinden schikaniert werden, das bedarf jedesmal erneuter Bestätigung. Und gerade hier in Niederwünsch ist ein so rigoroser Gemeindevorsteher am Ruder, der den Betreffenden das Leben noch schwerer macht.

Der Arbeiter Schneider von hier bekommt 60 Mark monatliche Rente. Davon muß er mit fünf Kindern und seiner Wirtschafterin leben. Schneider bezieht auf seinen Antrag noch eine Gemeindeunterstützung von monatlich vier Mark (!), und um diese Bettelpfennige abzuholen, bedarf es jedesmal einer Staatsaktion. Der Gemeindevorsteher Thieme kann es nicht unterlassen, Schneider jedesmal provokatorisch zu fragen, was er eigentlich mit seinem Gelde macht, wenn er so schnell dabei ist, gleich in den ersten Monatstagen sich vier Mark Gemeindeunterstützung abzuholen!

Das dreisteste Stück, das sich Thieme leistete, war aber folgendes Schreiben an Schneider:

„Betreffs Auszahlung von vier Mark ersuche ich Sonnabend dieses zu holen. Wir haben heute den 7. Februar. Am 1. des Monats haben Sie doch Ihre Rente erhalten. Ist diese schon soweit ausgegeben? Wir sind nicht immer bereit, Ihnen auf jede Art und Weise zu dienen, und ich bitte künftig diesen Tag, den Sonnabend, einzuhalten und mich sowie den Gemeindekassenführer nicht außer dieser Zeit weiter zu belästigen.

gez. Thieme, Gemeindevorsteher."

Hier ist es wahrlich an der Zeit, daß einem solchen Gemeindevorsteher mal der Marsch geblasen wird. Die hungernden Rentner haben wahrlich ein schreckliches Los gezogen im kapitalistischen Ausbeuterstaate, daß sie von der gesamten Arbeiterschaft unterstützt werden müssen.

Burgliebenau. Aus dem Gemeindeparlament. Im Gasthaus „Zur Grünne Aue" fand wieder einmal eine Gemeindevertretersitzung statt. Es wurde beschlossen, daß sich die Gemeinde ab 1. April der Fortbildungsschule zu Wallendorf anschließt. Beim Punkt Bau eines Landjägerhauses entstand eine längere Aussprache, weil die Gemeinde sehr wenig Eigentumsland besitzt und weil sie später ein Gemeindehaus bauen will. Der Antrag wurde abgelehnt. Dann drehte es sich um die Baustellen Böge und Klee. Die Rechten machten Schwierigkeiten, jedoch wurden die Baustellen den Interessenten zugesprochen. Als 4. Punkt wurde der Ausbau des Armenhauses behandelt. Es entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, weil erstens die Gemeinde kein Geld hat und weil gewisse Leute gar keine Interesse haben, eine menschliche Wohnung einzurichten. Es wurden bauliche Verbesserungen beschlossen. Ein Antrag der Erwerbslosen wurde vom Gemeindevertreter Kunze begründet. Derselbe besagt zu a) daß 40 Prozent von den Steuern, die die Gemeinde an den Kreis abführt, der Gemeinde verbleiben sollen, und zu b) der Kreis stellt der Gemeinde als erste Rate sofort 700 Mark zur Verfügung, damit die Not der Erwerbslosen, Kleinrentner usw. etwas gemildert werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem wurde der Erlaß der Kirchensteuer für die Erwerbslosen gefordert. Der Gemeindevorsteher erklärte, das sei Sache des Kirchenrates. Wir sind der Meinung, daß die Erwerbslosen aus der Kirche ausscheiden sollen, dann wird diese Frage am besten gelöst.

Porbitz-Poppitz. Die kommunistische Gemeindevertreterfraktion fordert den schnellsten Zusammenschluß der jetzigen Zweckverbandsgemeinden zu einer Großgemeinde, da die Interessen der Einwohner der einzelnen Gemeinden durch den jetzigen Zweckverband nicht so wahrgenommen werden können, als es die Bedürfnisse der Einwohner erfordern. Und weil die Regelung der kommunalen Verhältnisse des Zweckverbands Dürrenberg von Wichtigkeit ist, fordert sie, daß sich der nächste Kreistag mit diesen Fragen beschäftigt und durch den Landrat die Regelung dieser Fragen der Regierung übermittelt.

Nordhausen

Verheerendes Hochwasser vom Kyffhäuser

Vom Kyffhäusergebirge wälzten sich am Sonntag früh gewaltige Wassermassen als Folge des Tauwetters aus Richtung Tilleda her über die Felder in unseren Ort Bordeleben und hatten in kurzer Zeit einen großen Teil der tiefer liegenden Gebäude unter Wasser gesetzt. Das Vieh konnte nur mit großer Mühe geborgen werden; die sofort alarmierte Feuerwehr hatte bis in die Nacht hinein zu tun, um Keller und Ställe wieder auszupumpen, auch war das Wasser z. T. bereits in die Häuser selbst gedrungen. Um den Wassermassen Abfluß zu verschaffen, mußten Brücken und sogar die Chaussee aufgerissen werden, wodurch weitere Schäden durch das Hochwasser im Orte selbst verhindert wurden.

Nordhausen. Staatsgefährliche Beschlüsse. Die Republik scheint schon wieder mal in Gefahr zu sein. Im Auftrage des preußischen Polizeiministers suchten die Kriminellen bei Nordhäuser Genossen nach den „Beschlüssen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Jugend-Internationale". Wenn diese Beschlüsse für kapitalistische Staaten gefährlich sind, muß erst recht jeder junge Arbeiter diese Beschlüsse studieren. Gelegenheit dazu hat jeder in den Veranstaltungen der Kommunistischen Jugend. Wir wollen deshalb eifrig lernen aus den Beschlüssen, damit wir diese bald in die Tat umsetzen können.

Bleicherode. Zwei Freitode. Der Administrator des Rittergutes Bubla, dessen Besitzer in Leipzig wohnt, Paul Peßlner, schoß sich in seinem Arbeitszimmer mit einem Revolver eine Kugel durch den Kopf. An den erlittenen schweren Verletzungen starb er Tags darauf. — Viel Beachtung hat auch der Selbstmord des Buchhalters Hermann Koch des Kaliwerks Neu-Sollstedt gefunden. Koch sollte den Kassenrevisor abholen. Er blieb jedoch verschwunden, und als man ihn suchte, fand man ihn erhängt auf. Trotzdem soll der Freitod nicht aus Furcht vor der Revision erfolgt sein, da die Bücher Kochs in Ordnung sein sollen, sondern aus Schwermut.

„Die Kunst dem Volke . . ."

Wagner-Gottesdienst in Merseburg — proletarischer Zürn-Abend in Ammendorf

Es ist das alte Problem um die sogenannte „Kunst an sich". Einige Leute wollen immer noch den Arbeitern glauben machen, daß es so etwas gibt, weil sie selbst nicht klar sehen, weil sie selbst verbürgerlicht sind. Um so begrüßenswerter ist es, wenn nach Neuem gesucht wird, nach etwas, das der Arbeiterklasse nützt. Proletarische Kunst kann das noch nicht sein. Die kann erst geschaffen werden von befreiten Menschen, die die Fesseln des Kapitalismus gesprengt und vernichtet haben. Wer nun der „reinen Kunst halber" an Dinge herangeht, ist von vornherein schief gewickelt, er hilft seinen Klassengenossen nicht vorwärts, im Gegenteil, er zieht sie in den Kübel des bürgerlichen reaktionären Idealismus.

Machen wir Konzerte, um dem Bürgertum zu beweisen, daß wir Verständnis für ihre „Kunst" aufbringen, daß wir Arbeiter auch „gebildete Menschen" sind?

Wollen wir selbst gute Bürger sein?

In Merseburg

trat das letztere wieder einmal klar zutage. Die Konzertgemeinschaft der Volkschöre von Merseburg und Weißenfels hat durch ihr Winterkonzert, das am Sonntag in der Aula der Albrecht-Dürer-Schule stattfand, die Verbürgerlichung des Merseburger Volkschores um ein Bedeutendes weitergebracht.

Wagner-Musik ein ganzes Programm!

Von vornherein wird man sagen müssen, das ist kolossaler Aufwand an Zeit und Mühe für eine dem Proletariat antagonistische Sache. Wagner war der mystisch religiöse monarchistische Musiker, der den größenwahnsinnigen Hohenzollern und ihrer Aera genügen konnte, und von dem heute nur noch völkische und deutschnationale ihre Kultur beziehen können. Was hat das Proletariat mit seiner brausenden, lärmenden Tonproduktion zu tun, die nur auf bombastische Aufzüge und schauderbare, unwirkliche Gestalten zugeschnitten sind?

Es gibt doch wahrlich andere musikalische Kost genug, die man darbieten kann und wir sind die letzten, die jeden bürgerlichen Musiker ablehnen, dazu sind die Werke mit proletarischer Tendenz noch zu spärlich vorhanden. Aber hier muß klipp und klar ausgesprochen werden, das Wagner-Konzert war für einen proletarischen Sängerchor, vorausgesetzt, daß man noch ein solcher sein will, eine unwürdige Veranstaltung, trotz der außerordentlich gu Leistungen der Sänger.

Sagt man uns hier, wir verständen nichts von „Kunst", so ... wir es zufrieden, zumal wenn dieses Urteil über uns von dem ... vermeidlichen Brautlied aus „Lohengrin" oder gar dem Pilger ... aus „Tannhäuser" abgeleitet wird . . .

Für derartigen Götzen- und Gottesdienst danken wir. Halleluja ... in Ewigkeit, Amen.

Was nützt es, wenn alle Konzertbesucher, und wir selbst ... ausgenommen, die exakte, ja in manchen Teilen sogar vollende Art des zu Gehörbringens der Darbietungen anerkennen, was ... es, wenn wir den Matrosenchor aus dem „Fliegenden Holländer" als wirklich hervorragende Leistung aufgenommen haben, wo ... das Konzert einen üblen bürgerlichen Gesamteindruck hinterließ.

Der Merseburger Volkschor kann nicht darauf pochen, weil ... auch schon Tendenzvorträge gebracht und Uthmanns „Sturm" ... sungen hat, daß er seinen Pflichten dem Proletariat gegenüber nachkam. Dieser Wagner-Gottesdienst in der Albrecht-Dürer-Schule hat das vorangegangene Gute gründlich über den Haufen geworfen.

Man muß das Steuer herumreißen, man hat sich genügend rückwärts orientiert!

In Ammendorf

trat die Konzertgemeinschaft der Arbeiter-Sängerchöre von Ammendorf und Dürrenberg im „Adler" am gleichen Sonntag mit einem anderen Programm an. Sie brachte im „Arbeiterleben", vertont von Willy Zürn, den Proletariern — nicht den Bürgern — einige Wertvolles, etwas, was auf fruchtbaren Boden fiel.

Auch diese Konzertgemeinschaft hat sich schon mal vergriffen, als sie hat durch ihr letztes Konzert bewiesen, daß sie über die Klassenhinweg kam, die in der kapitalistischen Gesellschaft nun einmal jedem Arbeiter-Gesangverein gestellt ist.

Was in Ammendorf geboten wurde, war ein Plus für die ... hörer, es war die Musik und der Gesang, in der alles, was ... wesend ist, mitlebt. Schon die Ouverture „Maximilian Robespierre" löste wegen ihrer revolutionären Tendenz begeisterten Beifall aus, der sich noch durch das Chorwerk „Hymne" von Ludwig Lessen, ... von dem Gemischten Chor in meisterhafter Weise zu Gehör gebracht wurde, noch gewaltig steigerte.

Auch der Dürrenberger Kinderchor leistete im Kinderliederzyklus „Sonniges Land" Vorzügliches. Stürmisch verlangte die Zuhörer Wiederholungen. Der Hauptteil des Abends wurde wir bereits erwähnt, das Chorwerk „Arbeiterleben", das ... einzelnen in Bann nahm und jeden einzelnen ergriff.

*

In Merseburg waren die Konzertbesucher etwas Fremdem gegenübergestellt, einem Etwas, das trotz aller Anstrengungen der Beteiligten, sie nicht warm machen konnte. Man applaudierte ... beim Matrosenchor) aus Gewohnheit oder weil man die Wagner-Musik eben für die vollendete Kunst hält.

In Ammendorf dagegen lebten die Besucher mit, sie hatten ... Gefühl, hier bieten uns unsere Sänger, unsere Leute, unsere Genossen etwas.

Wollen wir Merseburg und Ammendorf auspielen? — Nein. Wir müssen aber zum Schluß betonen: Die Arbeitersängerfache ... nicht zur Verbürgerlichung des Proletariats dienen, sondern muß Klassenkämpfer erziehen; sie darf nicht im mystischen Idealismus machen, sie hat keine andere kulturelle Bedeutung, als sozialistische Gedankenwelt in den Massen zu vertiefen.

Besucht die IAH.-Filme!

Es finden Aufführungen statt in:

Lettin. Mittwoch, den 13. März, 20 Uhr, im Lokal „Zur Erholung" „Palast und Festung".

Torgau: Freitag, den 15. März, 20 Uhr, im „Tivoli" „Die Mutter".

Zschackau. Sonnabend, den 16. März, 20 Uhr, im Lokal Vollborth „Die Mutter".

Kitzen. Sonnabend, den 16. März, 20 Uhr, im Gasthof Kitzen „Die Mutter".

Bad Schmiedeberg. Montag, den 18. März, 20 Uhr, im Lichtspieltheater „Panzerkreuzer Potemkin", ungekürzt.

Stedten. Dienstag, den 19. März, 20 Uhr, in der Gastwirtschaft Poblenz „Dirnentragödie".

Gerbstedt. Mittwoch, den 20. März, 20 Uhr, in den Gerbstedter Lichtspielen „Palast und Festung".

Glänzender kommunistischer Kommunalerfolg in Alsleben

Bürgerliche müssen wohl oder übel unseren Unterstützungsanträgen zustimmen

Der Stadtverordnetensitzungssaal war zur Tagung unseres Ortsparlaments am vergangenen Mittwoch bis auf den letzten Platz besetzt. Es stand eine reichhaltige Tagesordnung zur Beratung.

Der erste Punkt: Beitritt der Stadt als Mitglied zum Verbande der Förderung der Museumsinteressen für Sachsen-Anhalt wurde gegen den Magistratsbeschluß einstimmig abgelehnt, der zweite, Legung von elektrischem Licht in das Gemeindehaus (früher Armenhaus, wurde nach einer regen Aussprache einstimmig angenommen. Die Bürgerlichen wollten die Sache veröffentlichen.

Sodann wurde Kenntnis genommen von einem Schreiben des Landrats Koch, betreffs Unterstützung der Erwerbslosen, das mit den Worten endete: „Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe!" Diese Worte machten sich die Stadtverordneten bei der Beratung der nächsten Punkte zu eigen und bei der Beratung der Erwerbslosenanträge entstand eine lebhafte Debatte. Der Vorsitzende der Wohlfahrtskommission, Beume, regte sich wie ein Vuter auf, daß die Finanzkommission gegen den Beschluß der Wohlfahrtskommission für die Erwerbslosen und Sozial- und Kleinrentner die Gelder sofort zur Auszahlung gebracht hat, ohne eine nochmalige Stadtverordnetensitzung abzuwarten. (Motto des Landrats: „Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe!") Es bekamen die bürgerlichen Stadtverordneten Roth und Koch manche unliebsamen, für die kommunistische Fraktion erheiternden Worte

wegen ihres schmählichen Verhaltens in der Bürgerversammlung

von Beume und dem bürgerlichen Stadtverordneten Labbert zu hören. Bei dieser erregten Debatte, bei dieser bürgerlichen Palastrevolution, legte Labbert seinen Posten als Mitglied der Wohlfahrtskommission nieder und der krank gemeldete Michaelis ließ durch Beume erklären, daß er auch aus das Wohlfahrtskommission ausscheide. Der „bürgerliche Arbeiter" Labbert, empört über die Handlungsweise seiner bisherigen Freunde, gertet so in die Wolle, daß er auch noch aus der Fraktion austrat. Er erklärte, daß er einsehe, daß er als Arbeiter in seiner bisherigen Fraktion andauernd von Roth und Komp. an die Wand gedrückt worden sei. Ihm schloß sich sein Freund Otto Apel an. Unsere Genossen betonten, daß es für beide die höchste Zeit sei, sich endgültig anzustellen und sich der kommunistischen Fraktion anzuschließen, die allein imstande ist, Grundsätze zu vertreten und Beschlüsse herbeizuführen, die im Interesse der werktätigen Massen liegen.

Labbert ward darob erbost, er schrie: „Ich werde nie Kommunist!"

Darob entstand großes Gelächter bei den Zuhörern, denn jeder fühlte das Armutszeugnis, das sich Labbert selbst ausstellte, heraus weil er als Prolet seine Klassenlage nicht begreifen will.

Nach dem Zwischenfall nahm die kommunistische Fraktion Stellung, die Stellung der Finanzkommission zu den Anträgen der Erwerbslosen und Sozial- und Kleinrentner klar aufzurollen. Unsere Genossen forderten schnelle und wirkliche Hilfe. Sie verlangten eine Weiterbewilligung der Bezüge für verheiratete Stadtunterstützungsempfänger. Dem Antrag, bis zu der Norm von 20 Mark Ausgleich zu zahlen, wurde gegen zwei Stimmen (Stadtarbeiter Labbert und Apel) zugestimmt.

Der nächste Antrag um einmalige Beihilfe für die Sozial- und Kleinrentner betrifft 136 Personen (nicht 86, wie der Stadtverordnete Roth in der Bürgerversammlung fälschlicherweise angab). Den Rentnern wurde pro Kopf einstimmig 10 Mark gewährt. Der weiterer Antrag, der für bedürftige Kriegsbeschädigte und Waisen ebenfalls 10 Mark vorsah, fand gleichzeitig Annahme.

Der Vorsteher glaubte damit am Ende zu sein. Die kommunistische Fraktion mußte ihn erst darauf aufmerksam machen, daß er weitere Anträge der Erwerbslosen vergessen hatte, nämlich alle verheirateten Erwerbslosen, die unter 20 Mark Unterstützung bekommen, ebenfalls einen Ausgleich bis zu 20 Mark zu gewähren sowie den Sonderunterstützungsempfängern gleichfalls 10 Mark Beihilfe zu gewähren. Die Anträge fanden einstimmig Annahme.

Der aus der bürgerlichen Obgemeinschaft ausgetretene Stadtverordnete Apel glaubte den Kommunisten eins auswischen zu müssen, weil sie so viel Anträge brächten und keinen für die Erwerbslosen. Er wird durch den Genossen John gründlich entlarvt,

weil er bis jetzt alle Anträge für die Ortsarmen und kleinen Hausbesitzer in trauter Gemeinschaft mit seinen Koalitionsfreunden abgelehnt hat.

Er soll jetzt beweisen, wie er sieht. Wir werden sehen, ob er mit oder ob er gegen die kommunistische Fraktion stimmt.

Auf Anfrage unserer Genossen wird die Milch für die Kinder der Erwerbslosen bis auf weiteres weiter bewilligt. Alle anderen Anträge der Erwerbslosen laufen am 23. März ab.

Die kommunistische Fraktion nahm zum Schluß noch die Gelegenheit, auf die große Gefahr bei diesem Tauwetter für die Wasserleitungen hinzuweisen. Die Genossen erklärten, man solle in der Straße, wo die Wasserleitung abgestellt wird, in einem betreffenden Hause einen Abstellschlüssel aufbewahren, um ungeheuren Gefahren vorzubeugen, denn es dauert immer ziemlich lange, bis der betreffende Wasserwärter gefunden ist. Diese Anträge wird der Wasserwerksdeputation zur Bearbeitung überwiesen.

Diese Sitzung hat in ihrem ganzen Verlauf wieder mal bewiesen, daß die Bürgerlichen aus Wahlmache sich gewogen fühlen, Anträgen zuzustimmen, die die Kommunisten im Interesse der Werktätigen stellen. Ohne Kommunisten keine gute proletarische Kommunalpolitik.

Heringen. Brezeln gratis. Auch in diesem Jahre werden an die Schulkinder umsonst Brezeln abgegeben, und zwar erhält der älteste Jahrgang die meisten. Die Mittel hierzu werden aus einer Stiftung genommen.

Heiligenthal. Eine Blüte von einem Arbeiter ist der Mansfeld-Kumpel Franz Beier von hier. Er glaubt, bei der Bourgeoisie wertschaft das ewige Leben zu haben, und er wird vielleicht eines Tages erstaunt sein, wenn er mit vielen anderen von den Grubenbesitzern gewaltigen die Stempelkarte in die Hand gedrückt bekommt. Da hat der Mensch natürlich andere Hirngespinste im Kopf, als daß er sich zu einem klassenbewußten Arbeiter entwickeln könnte. Es bringt es fertig, als Gemeindevertreter die Anträge der Kriegsbeschädigten und Stahlhelmer anzunehmen und die erwerbslosen Kollegen als Faulenzer zu beschimpfen. Bei der nächsten Wahl muß Beier abgehängt und durch einen wirklichen proletarischen Gemeindevertreter ersetzt werden.

Internationaler Frauentag 1929

Mansfelder Arbeiterfrauen, rüstet zum Kampf!

Während die Grubenbarone der Mansfeld A.-G. gemeinsam mit den reformistischen Gewerkschaftsführern einen Schiedsspruch ausarbeiten, der den Mansfelder Kumpel immer mehr der Verelendung preisgibt, dürfen die Arbeiterfrauen nicht ruhig zusehen. Schon mehrere Male standen die Mansfelder Arbeiterfrauen mit ihren Männern Schulter an Schulter während der Lohnkämpfe sowie bei dem Einmarsch der Hörsing-Truppen. Sie werden auch in Zukunft ihre Pflicht tun.

Am Freitag, dem 15. März, abends 8 Uhr, findet zum Internationalen Frauentag im Volkshaus Eisleben eine große Kundgebung statt. Die Genossin Hanna Ludewig-Berlin spricht über den Kampf der werktätigen Frau um ihre Befreiung und über den Kampf gegen den Schandparagraphen 218. Ferner weist das Programm Musik, Rezitationen, Aufführung von Agitationsszenen und Lichtbildern auf.

Arbeiterinnen, Hausfrauen, Arbeiter, Jungproletarier, erscheint in Massen.

Kommunistische Partei, Ortsgr. Eisleben.
Roter Frauen- und Mädchen-Bund, Ortsgr. Eisleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0010

Aus dem Saalkreis

Der Zwangsetat in der Gemeinde Hohenthurm abgelehnt

Durch Zusammenlegung der Gemeinden Hohenthurm, Rosenfeld und des Gutsbezirks wurden die Gemeindevertretungen aufgelöst. Der vom Kreise kommissarisch eingesetzte Gemeindevorsteher Koven hatte nichts Eiligeres zu tun, als sofort einen neuen Etat aufzustellen und an den Kreisausschuß einzusenden. Dieser genehmigte den Etat auch. Früher war es üblich, daß bei derartigen Eingaben an den Kreisausschuß das Protokoll der Gemeindevertretung mit vorgelegt wurde. Unter Landrat Streichers Regie gilt natürlich ein Ehrenwort kommissarisch eingesetzter Vorsteher. Der neue Etat, welcher am 8. März vorlag, wurde abermals durch Protest unseres Genossen Eselmann abgelehnt. Vor Beginn der Sitzung versuchte der Herr Pastor eine Rechtfertigung wegen des Lehrerwechsels in letzter Zeit vom Stapel zu lassen. Ein unehrliches Theater, doch die Mehrzahl der Gemeindevertretung, die bürgerlichen Schafe des Herrn Pfarrers, hatten ihm ja das Wort erteilt. Nun zur Tagesordnung selbst:

Zur Jagdsteuerordnung wurden 50 Prozent beschlossen. Die Anstellung der Gemeindeschwester wird vertagt. Der Brunnenbau hinter der Kabel wird einer Kommission übertragen. Dem Gemeindevorsteher wird Telephonanschluß bewilligt. Die Einführung der Bierfeuer wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Die Vergnügungssteuer bleibt unverändert. Der Freien Turnerschaft wurden 100 Mk. bewilligt. Der Hausbau für zwei Landjäger wurde abgelehnt, ebenso die Uebernahme der Wegebaukosten. Die Kanalisation der Bahnhofstraße wurde beschlossen.

Der Besuch der Gemeindevertretersitzungen wird immer mangelhafter. Die Einwohner von Hohenthurm müssen ihre Vertreter mehr kontrollieren, dann werden sie sich überzeugen, daß nur die kommunistischen Vertreter die Interessen der werktätigen Massen wahrnehmen.

Meidet Stahlhelmlokale!

Arbeiter, das Lokal Modler in Büschdorf ist keine Gaststätte für Euch

Das Lokal Modler ist bekanntlich ein Stahlhelmlokal. Es kommt dort öfter zu Schlägereien zwischen Stahlhelmanhängern und Arbeitern. Auch am Sonntag war dies wieder der Fall. Als ein junger Arbeiter zwei Streitende auseinanderbringen wollte, prang plötzlich der Wirt Modler dazwischen, faßte den Arbeiter bei der Gurgel, so daß dieser bewußtlos wurde. Da Modler auch im Besitze eines Gummiknüppels war, machten einige Gäste die anwesenden Gendarmen darauf aufmerksam. Diese nahmen jedoch davon keine Notiz und schritten dagegen auch gar nicht ein. Hieraus kann man wieder einmal erkennen, daß die Polizei mit zweierlei Maß mißt. Einem Arbeiter wäre der Gummiknüppel sofort abgenommen worden und er hätte obendrein noch eine Anzeige bekommen.

Löbejün. Erwerbslosenversammlung. In der letzten vom Erwerbslosenausschuß des Stempelbezirks Löbejün einberufenen Erwerbslosenversammlung sprach der Genosse Schentling über die Aufgaben der Erwerbslosen in der heutigen Zeit, weiter über die Bedeutung des Erwerbslosentages. Der Genosse verstand es, den Versammlungsteilnehmern die Nachteile SPD.-Politik klarzumachen, besonders die bevorstehende Kriegsgefahr, das allgemeine Wettrüsten gegenüber Sowjet-Rußland und die gemeine Art, mit der heute die Gewerkschaftsführer gegen die Opposition vorgehen. Es wurden klar und deutlich die Wege gezeigt, die der Arbeiter zu gehen hat, um im gegebenen Moment einem Kriege sowie anderen Gefahren gegenüber der Arbeiterklasse entgegentreten zu können. Nach dem Referat fand eine lebhafte Diskussion statt. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf, auch konnten am Schluß einige Aufnahmen für die Partei verzeichnet werden. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, die sich scharf gegen die SPD. ausspricht, und gelobt, voll und ganz hinter der Kommunistischen Partei zu stehen.

Nehlitz. Anläßlich des Reichserwerbslosentages fand im „Roten Haus" eine Erwerbslosenversammlung statt. Genosse Mödig, als Referent, machte die Erwerbslosen gründlich mit ihrer eigenen Lage vertraut. 287 Tarife laufen im Reichsmaßstabe bis Ende März ab. Das bedeutet, die Erwerbslosen fest zu organisieren, damit sie nicht im gegebenen Moment zu Streikbrechern werden und ihren Betriebskollegen in den Rücken fallen. Darum ist es unbedingte Pflicht, eine Kampffront zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern herzustellen und gemeinsam den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen. Alle Diskussionsredner waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Klage wurde geführt über die Verzögerung der Unterstützungsanträge. Der Erwerbslosenrat wurde beauftragt, diesbezügliche Schritte beim Arbeitsamt Halle zu unternehmen. Genosse Nitsche forderte auf, der Partei, welche den Erwerbslosen durch tatkräftige Unterstützung Rückenhalt verleiht, beizutreten. Dies ist die Kommunistische Partei. Eine Resolution, die gegen den Spaltungskurs der Reformisten in den Gewerkschaften sich richtet, fand einstimmige Annahme.

Das Komintern-Geschenk des Roten Frontkämpfer-Bundes

Drei Lastautos für den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion!

Die Reichs-Führerkonferenz des RFB., die Ende des vorigen Jahres in Berlin stattfand, beschloß, zum zehnjährigen Bestehen der Kommunistischen Internationale ein Geschenk an die russischen Arbeiter und Bauern zu übermitteln, das anläßlich des 5. Reichstreffens in Hamburg feierlich übergeben werden soll.

Dieser Beschluß wurde von der Reichs-Führerkonferenz unter anderem in Anbetracht der Tatsache gefaßt, daß die russischen Klassengenossen den kämpfenden Arbeitern in allen kapitalistischen Ländern immer wieder in hervorragender Weise ihre praktische internationale Solidarität bewiesen haben.

Die Bundesführung des Roten Frontkämpfer-Bundes setzte in Ausführung des Beschlusses fest, daß das Geschenk aus drei Lastkraftwagen bestehen soll.

Der RFB. appelliert an alle proletarischen Organisationen und Vereine, an alle mit dem RFB. und der Sowjetunion Sympathisierenden, durch Zeichnung von Beträgen mit dazu beizutragen, daß das Geschenk ein Ausdruck der revolutionären Verbundenheit des ganzen deutschen Proletariats mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion wird.

Es muß die Ehrenpflicht eines jeden Genossen und Kameraden sein, sich aufs regste an der Sammlung für das Komintern-Geschenk des RFB. an die Arbeiter und Bauern Rußlands zu beteiligen.

Alle Beträge, über die „Die Rote Front", das Bundesorgan des Roten Frontkämpfer-Bundes, öffentlich quittiert, sind unter dem Kennwort „Für das Komintern-Geschenk des RFB." zu zahlen auf das Postscheckkonto Ernst Thälmann, Internationales Treffen der Roten Frontkämpferorganisationen, 5. Reichstreffen, Hamburg 1929 Pfingsten, Konto Nr. 43 093, Postscheckamt Berlin.

Weißenfels-Zeitz

SPD.-Riedner-Praxis in Hohenmölsen

Die Bestrafung von Berufsschülern nimmt in unserem Orte immer mehr überhand. Bei dem geringsten Vergehen werden Strafen seitens des sozialdemokratischen Amtsvorstehers festgesetzt, wie sie schlimmer von einem Reaktionär nicht erfolgen können und bisher auch nicht erfolgt sind. Dabei wird nicht gefragt, ob die Eltern der Berufsschüler in der Lage sind, die Strafen zu bezahlen. So wurde der Sohn des Arbeiters Schumann in Zeitzsch mit einem Strafmandat in Höhne von 5,76 Mk. bedacht, weil er den Lehrer Haferkorn ungebührlich auf der Straße gegrüßt habe. Da der sozialdemokratische Polizeiverwalter August „nicht heme war", fand sich der sozialdemokratische Magistratsassessor und Lagerhalter Eichner und verfügte über das Strafmandat. Glauben die von der völkerbefreienden Sozialdemokratie wirklich, daß den Erziehungsmaßnahmen damit gefolgt wird? Wie schwer es einem Familienvater im Bergbau fällt, von dem kargen Lohn noch 6 Mark Strafe zu zahlen für solche Lappalien, brauchen wir nicht noch besonders hervorzuheben. Gebt also diesen kapitalistischen Staatsbesitzern bei der bevorstehenden Gemeindewahl die richtige Antwort.

Weißenfels. Kindesmord gestanden. Die Kriminalinspektion teilt mit: Vor 2½ Jahren gebar die Arbeiterin B. in einem Orte bei Weißenfels ein uneheliches Kind, das bald nach der Geburt durch den Vater Sch. und der B. erwürgt und mit einem Messer durch einen Stich in den Kopf erstochen wurde. Die Leiche wurde durch den Sch. vergraben. Beide gaben nach langem Leugnen eine genaue Beschreibung der Tat mit allen Einzelheiten ab. Sie wurden dem Gericht zugeführt.

Weißenfels. Die Auszahlung der Zusatzrenten an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für Monat März erfolgt am Freitag, dem 15. März, von 9 bis 12 Uhr.

Weißenfels. Anläßlich der internationalen Frauenwoche fand hier im Saale des „Hermannsgarten" eine gutbesuchte Frauenveranstaltung der Kommunistischen Partei statt. Eine Rezitation, Lieder zur Gitarre, vorgetragen vom Genossen Kleite, Musikvorträge der Naturfreunde, dann eine Szene des RFMB. § 218, fanden den Beifall der Anwesenden. Als Redner des Abends war der Reichstagsabgeordnete Genosse Emil Höllein, Berlin, erschienen, dessen Rede gut aufgenommen wurde.

Naumburg. Weg mit solchen Geistern. Der Sozialdemokrat Otto Grunert, Stadtrat, Dezernent und Diktator des Wohlfahrtsamtes in Kappstadt, erkennt die Bedürftigkeit der Erwerbslosen nicht an. Eine ganze Reihe der Anträge, die gestellt wurden, sind vom Inspektor Strauß angenommen worden, doch Grunert hat den Anträgen die Anerkennung versagt. Nur ein Beispiel: Ein Erwerbsloser wird wegen eines hartnäckigen Leidens ins Krankenhaus eingeliefert. Seine Familie wird beim Wohlfahrtsamt um ein paar Zentner Kohlen vorstellig. Weil die Krankenhauskosten vom Krankengeld in Abzug gebracht werden und die Familie friert und hungert, mußte sie sich an das Wohlfahrtsamt wenden. Grunert bringt es fertig, in diesem Falle die sogenannte Bedürftigkeit den armen Teufels abzusprechen! Hier ist jeder Kommentar überflüssig. Es kann nur eins geben, Kampf der Erwerbslosen gegen Grunert und seine Politik, Kampf gegen die sozialdemokratischen Kapitalskakaien.

Breitenbach. Die „guten Christen" Matthäi am letzten. „Die Kirche ist kein Taubenschlag." Diesen Ausspruch tat vor einigen Jahren der Breitenbachsche Pastor, als ein Arbeiter aus der Kirche ausschied. Heute allerdings ist es etwas anderes. Jetzt ist die Kirche gezwungen, dauernd umherzulaufen. Bekanntlich berichteten wir vor einiger Zeit, daß erst die Kirche in der Schule, dann beim Landwirt Frantz stattgefunden hat. Am Sonntag, dem 3. März, aber begab man sich in die Wohnung der frommen Witwe B. Viel scheint da aber auch nicht los gewesen zu sein, denn am Abend ging es in der Kneipe weiter. Der Dorfschulmeister F. war normalerweise wieder mal etwas angefäuselt. Er markierte den Prediger in der Wüste. Die guten Christen sind wirklich auf den Hund geraten.

Bottendorf. Alle RFB.-Kameraden, Parteigenossen und Arbeitersportler haben sich infolge der Hochwassergefahr in Alarmbereitschaft zu halten, weil gerade unser Ort vom Hochwasser sehr bedroht ist.

Die Flucht aus der Hölle

Von Albert Londres

8] Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

XV

Verfolgungen

Mein Zimmer in Rio de Janeiro ist geräumig; das gestattet Dieudonné, mit langen Schritten hin und her zu gehen, von dem Augenblick an, wo er das Wort der vier „investigadores": „Kommen Sie mit!" ausgesprochen hat.

„. . . . Sogar französisch! Die vier schienen nur Französisch gelernt zu haben, um eines Tages zu mir sagen zu können: ‚Kommen Sie mit!'

Vielleicht waren es die drei einzigen Worte, die sie wußten! Was nun? (Dieudonné regt sich auf. Diese Erinnerung ist ihm unlieb.) Ich werde immer dieses ‚Kommen Sie mit!' hören. Ich leere mein Glas ab. Sah ihnen, einem nach dem anderen, scharf ins Gesicht und sagte: ‚Da, nehmen Sie mich mit.'

Die Besitzerin des Lokales rief ihnen einige Worte zu, die wie Beleidigung gegen die ‚investigadores' klangen.

Wir gingen hinaus. Sie hatten mir keine Handfesseln angelegt. Kaum hundert Schritt entfernt bemerkt Jean-Marie, der zum Frühstück geht, die Gruppe. Er versteht, daß ich von ihm verlange, sich nicht zu verraten und sich aus dem Staube zu machen. Er tut nur eins von beiden: er hält sich hinter uns auf dem Trottoir, daß, erstens meinetwegen, dann seinetwegen, wie es ganz natürlich war!

Ich gehe zwischen meinen Leuten, ohne ihn anzusehen. Da ist das Geschäft, wo ich meinen Anzug auf Abzahlung gekauft habe. Ich bin noch zwanzig Milreis darauf schuldig. Wie werde ich sie bezahlen? Ich werde nichts mehr verdienen. Man wird glauben, daß ich ein Gauner bin. Daran denke ich, als ich das einzige Kleidungsstück eines freien Mannes ins Gefängnis führe, das einzige seit fünfzehn Jahren. Jean-Marie folgt. Am Platz der Republik sehe ich ihn von weitem. Er ist verrückt! Er muß doch wissen, wohin man mich führt. Ich kann ihm kein Zeichen machen. In seinem Interesse drehe ich mich nicht um.

Da ist das Gefängnis! Die ‚investigadores' haben nicht nötig, mich zu führen. Ich habe es nie gesehen, aber ich kenne es. Das ist ein Ort, den ich von weitem riechen gelernt habe. Ich trete als erster ein. Ich warte vor zwei Türen. Sie werden geöffnet, ich trete ein. Das Geräusch, das sie beim Schließen machen, ist das gleiche wie in anderen Ländern.

Ich werde in eine Zelle gesperrt. Ich habe mein mir zukommendes Domizil wiedergefunden. Sechseinhalb Monate lang bin ich weggewesen. Jetzt bin ich wieder zu Hause. Das ist alles!

Was habe ich in Brasilien verbrochen?

Ich habe neun Stunden täglich gearbeitet. Um zehn Uhr lag ich im Bett. Sonntags lernte ich Portugiesisch.

Ich fasse nach den Gitterstangen meines Käfigs; stoße meinen Kopf gegen sie und verharre so, indem ich in den Gang starre.

Es ist die Stunde, in der ich zur Werkstatt ging. Was wird der Chef sagen, der mich zu seinem Meister machen wollte? Meiner Wirtin bin ich seit sechs Tagen die Miete schuldig. Armer Michel Daniel, man will nicht, daß Du wieder hoch kommst!

Ich habe einen bitteren Geschmack im Mund, als ob ich Chinarinde nagte.

Ich höre, wie die Tür sich am Ende des Ganges öffnet, Schritte schallen. Ich bereite mich darauf vor, zu sehen, wer kommt: Jean-Marie, zwischen zwei Wärtern! Er sieht mich nicht; er geht und trägt sein Schicksal. Eine Stunde geht vorüber. Sie geht schwer vorüber! Ein Wärter öffnet den Käfig und macht mir in liebenswürdiger Weise ein Zeichen, mitzukommen. Ich werde der Gefängnisdirektion vorgeführt.

Da ist ein junger Herr. Er sagt:

„Ich bin Antonello Nello, zweiter Polizeipräfekt." Er bietet mir einen Stuhl an.

„Sie sind Michel Daniel?"

„Ich bin Eugène Dieudonné, Flüchtling aus Französisch-Guyana . . ."

„Ich danke Ihnen, daß Sie mich nicht belügen."

Auf seinem Schreibtisch eine Sammlung französischer Zeitungen aus der Zeit des Prozesses, das Buch von Victor Méric: „Die tragischen Banditen" und Akten.

„Ich habe ehrlich von meiner Arbeit gelebt; warum bin ich verhaftet worden?"

Er lächelt und hebt seine Hand, wie um zu sagen: „Das sage ich Ihnen später."

Er liest mir ein Protokoll vor, das ich unterschreiben muß, und erklärt mir auf französisch die Ausdrücke, die ich schlecht verstehe. Das Schriftstück enthält nur die Erklärung, daß ich der Flüchtling Dieudonné bin. Er fragt sanft, ob ich unterschreiben will. Ich unterschreibe.

„Einer meiner Freunde ist verhaftet worden. Könnten Sie mich mit ihm in eine Zelle sperren, Herr Präfekt?"

„Aber gerne", antwortet er.

Er steht auf und drückt mir die Hand!

Diese Höflichkeit, diese ausgestreckte Hand, etwas Erschütternderes ist mir in meinem Gefangenenleben nicht vorgekommen.

Ich war sprachlos.

Ich wurde in die Zelle Jean-Maries geführt. Er ist nicht allein; ein dritter Flüchtling ist da: Paul Vial. Als ich ihnen erzähle, daß der zweite Polizeipräfekt mir die Hand gedrückt hat, setzen sie sich platt auf die Steinfliesen. Schlauere als wir hätten sich das auch nicht erklären können. „Vielleicht ist das in Brasilien so Sitte", sagt Jean-Marie.

Wir sind uns klar darüber, daß es nicht sein kann.

Die ganze Nacht unterhalten wir uns darüber.

Am anderen Morgen werden Jean-Marie und Paul Vial zur Zentrale gerufen. Ich habe sie nicht wiedergesehen. Sie mußten den ‚Castpoor' nehmen."

„Was ist das?"

„Ein brasilianisches Schiff, das jeden Monat von Belem zum Oyapok fährt. Sie sind nach Guyana zurückgebracht worden.

Ich habe mir das gleich am Abend in meinem Käfig gedacht.

Ich, ich werde den ‚Castpoor' nicht nehmen, ich hänge mich auf — dachte ich.

Am folgenden Tag, am 16. Juni, öffnet man meine Zelle. Ich soll meinen Hut nehmen und die Schuhe zuschnüren. Ich werde fortgeführt.

Man führt mich spazieren . . .

Wir verlassen das Gefängnis. Der Wärter, der mich begleitet, unterhält sich sehr nett mit mir. Alles ist so unwahrscheinlich. Tut er das, damit ich Gelegenheit habe, um zu flüchten? Das ist doch keine Art, einen Gefangenen zu bewachen! Wir kommen vor die Polizeipräfektur. Wir fahren im Fahrstuhl! Erwartet mich der Präfekt vielleicht zum Tee?

Im ersten Stock fordert der Wärter mich auf, mich zu setzen, und verschwindet. Ich bin allein. Ich brauche nur die Treppe hinunterzugehen und fortzugehen. Mein Wärter kommt nach fünf Minuten zurück.

„Kommen Sie, Herr Dieudonné!"

Er öffnet eine schöne Tür. Ich bin im Arbeitszimmer des Polizeipräfekten des Staates Para, des Herrn Dr. Paulo Pinhero.

Er sitzt im Sessel. Neben ihm der zweite Präfekt. Ich bleibe stehen.

„Nehmen Sie Platz", sagt der erstere.

Der zweite fragt mich:

„Geht es Ihnen gut?"

Sie sprechen alle beide, ich höre die Worte: Guyana! Frankreich! Pernambuco! Sie betrachten Blätter. Der zweite Präfekt sagt immer wieder: „Ehrlicher Arbeiter!" Vor ihnen liegen die Erklärungen der Gebrüder Kislanow, meiner Chefs, der Brüder Fernandez, meiner Gastwirte, und von Dona Maria, meiner Wirtin. Der Präfekt zeigt sie mir und sagt: „Sehr gut! Sehr gut!" Er sagt noch: „Ich habe an den Minister geschrieben, nach Rio." Dann klingelt er. Der Wärter kommt. Er spricht Portugiesisch mit ihm. Der Wärter gibt mir zu verstehen, daß ich mitkommen soll. Der Präfekt drückt mir die Hand. Ich werde in ein Zimmer nebenan eingeschlossen.

Ein Sessel ist da, ein Bett, ein großer Haufen Gendarmenstiefel. Ah, die braven Stiefel!

Ich lege mich aufs Bett, der Wärter setzt sich auf den Stuhl.

Es kommt jemand herein: der Polizeipräfekt. Er läßt den Wärter aufstehen, setzt sich auf den Sessel und zieht ihn an mein Bett.

Er plaudert mit mir in gutem Französisch. Ich berichte ihm über meine Flucht. Dann läßt er Limonade bringen, und während er sitzt wie ein Pascha und ich dalliege wie eine Orientprinzessin, erzähle ich. Er hört mir vier Stunden lang zu — indem er von Zeit zu Zeit mit mir anstößt.

Ich bin ganz platt.

Nachher sagt er:

„Ich werde Sie zur Cadeira de Sao-Jose bringen lassen, da ist man viel besser untergebracht."

Ich gehe zu Fuß hin, ohne Handfesseln und rauche die Zigaretten aus dem Polizeipräsidium.

Am folgenden Tage kommt der Präfekt zu mir. Während der acht Tage, die ich da verbrachte, hat er mich viermal besucht. Beim letzten Besuch sagte er:

„Jetzt wird es Ihnen besser gehen. Hier ist meine Karte! Sie sind frei!"

Mit ihm zusammen gehe ich hinaus.

Ich nehme meine Arbeit wieder auf. Ich ziehe wieder zu meiner Wirtin und richte mich wieder in der Pension ein. Jeder nimmt mich mit Begeisterung auf. Zwei Tage später kommt zu Kislanow einer von den Polizisten, die mich verhaftet haben.

Er sagt mir guten Tag, schüttelt mir die Hand und verkündet mir, daß er mich erneut ins Gefängnis abführen müsse.

Ich lege den Hobel nieder. Es war kein Scherz, er führt mich zum Gefängnis zurück.

Ich werde wieder in die Zelle eingeschlossen.

Gott sei Dank, daß mein Gehirn von Natur aus widerstandsfähig war! (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0011

Bitterfeld-Wittenberg

Arbeiter und Arbeiterinnen von Bitterfeld!

Auf zur Märzgedenkfeier am 16. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Wir weisen hiermit auf das reichhaltige Programm hin, das an diesen Abend aufgeführt wird. Es wirken mit die

„Roten Schmiede",

der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts" sowie der Arbeiter-Turnverein Bitterfeld 03.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Noch nie ist in Bitterfeld ein derartiges proletarisches Programm zur Aufführung gelangt. Der Eintrittspreis ist niedrig gehalten. Erwerbslose zahlen 30 Pf. unter Vorzeigung der Erwerbslosenkarte. Programme sind zu haben bei allen Funktionären der KPD. sowie des RFB.

Darum alles auf zur Märzgedenkfeier!

Der kleine Diktator vom Bitterfelder Stadtbauamt

Am 8. März wurden vom Stadtbauamt beim Arbeitsnachweis 20 Arbeiter zum Reinigen der Straßen von Schnee und Eis angefordert. Nachdem die 20 Ueberweisungskarten ausgestellt waren, telephonierte das Bauamt, und Baumgärtel als echter Christ teilte mit, daß sich das Bauamt geirrt habe. Es würden keine Leute benötigt.

Die Straßen stehen voll Schlamm und Schneereste, die Stadtarbeiter müssen 16 und 24 Stunden arbeiten und die Arbeitslosen erhalten keine Arbeit. Doch die Bourgeoisie verbreitet die Lüge, die Arbeitslosen sind arbeitsscheu. Obendrein will der Bürgermeister Ebermann noch Stadtarbeiter entlassen, da, nach seiner Meinung, zu viel bei der Stadt beschäftigt sind. Hier trifft wieder der Spruch zu:

Was nirgends möglich ist auf dieser Welt,
Durchgeführt wird es in Bitterfeld.

Bitterfeld. Der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts" hatte die Arbeiterschaft zu einem Bunten Abend eingeladen. Die Veranstaltung konnte besser besucht sein. Vor allem lag es an der Propaganda. Die Sangesbrüder und -schwestern müssen viel aktiver werden. Leider können auch viele Arbeitslose nicht erscheinen. Was geboten wurde, kann man als gut bezeichnen. Wir möchten von dieser Stelle aus den sangeslustigen Männern und Frauen zurufen: Hinein in den Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts"! Jeden Freitag, abends 7 Uhr, findet Singestunde für Sangesbrüder und von 9 Uhr an die Singestunde für Frauen im „Volkshaus" (früher „Gesellschaftshaus") zu Bitterfeld statt.

Bitterfeld. Eröffnung der Nähstube der IAH. Heute, Mittwoch, den 13. März, abends ½8 Uhr, wird die Nähstube der IAH. in der Steinstraße 11 (Baracke) eröffnet. Bereitwillige Helferinnen werden ersucht, sich dort einzufinden.

Ramsin. Ein schlimmer Kunde ist das SPD.-Mitglied Netzke. Früher mußte er aus der KPD. ausgeschlossen werden, da er sich Unregelmäßigkeiten mit dem Verlag „Klassenkampf" hat zuschulden kommen lassen. All diese Gestalten finden selbstverständlich ihren Unterschlupf bei der SPD. Das kann uns nur recht sein. Denn dadurch erkennt die Arbeiterschaft am ehesten, was diese Partei wert ist. Vor kurzem säuberten die Erwerbslosen die Straßen vom Schnee. Da kam Netzke, stellte sich breitbeinig vor die Erwerbslosen hin, stemmte großschnäuzig die Hände in die Hüften und spielte den großen Mann, da er Gemeindevertreter ist. Verschiedene Erwerbslose gaben diesem unsauberen Burschen sofort die

Alarm!

Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden werben im Monat März unermüdlich für den

„Klassenkampf"

richtige Antwort und erinnerten ihn an sein arbeiterschädigendes Verhalten. Wutentbrannt erklärte Netzke darauf: „Ich werde es Euch beweisen und dafür sorgen, daß Ihr das Geld, was Ihr heute verdient habt, nicht erhaltet." Wenn er sich nicht aus dem Staube machte, hätten ihn womöglich die Erwerbslosen auf Grund seiner Frechheit das Fell vergerbt. Neben dieser Denunziantenrolle betrügt er obendrein noch die Leute. Er steckt das Gerücht heraus, daß der Konsumverein keine Saatkartoffeln erhält. Deshalb sollen die Interessenten die Kartoffeln bei ihm bestellen. Hier beweist Netzke, daß er seine persönlichen Interessen über die der Arbeiterorganisationen stellt. Auf diese Aeußerung hin müßte er aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden. Wenn ein Kommunist derartige Aeußerungen gemacht hätte, so wäre bestimmt die „Freie Presse" darüber hergefallen und hätte politisches Kapital daraus geschlagen.

Die Arbeiterschaft von Ramsin wird sich durch derartige Vorkommnisse vollständig von der SPD. trennen. Pflicht eines jeden revolutionären Arbeiters ist, sich der KPD. anzuschließen und den „Klassenkampf" zu lesen.

Die Greppiner KPD.-Mehrheit im Gemeindeparlament für die Werktätigen

In der letzten Gemeinderatssitzung ging es sehr stürmisch zu. Auf der Tagesordnung stand die Wohnungsfrage. Dazu war extra der Kreisbaumeister von Bitterfeld erschienen, der das Wohnungsbauwesen und die Finanzlage derselben nach den gesetzlichen Bestimmungen erläuterte. Die Ausführungen wurden unter großem Interesse der Gemeindevertretung sowie der in großer Anzahl erschienenen Einwohner entgegengenommen.

Der bürgerliche Gemeindevertreter und Bäckermeister Böttcher kritisierte auf einmal die Bestimmungen zum Wohnungsbau und daß die Regierung nicht genügend Gelder dafür bereitstellt. Genosse Niendorf rechnete scharf mit den Bürgerlichen ab und wies darauf hin, daß die bürgerlichen Gemeinderatsvertreter keinerlei Recht haben, sich darüber aufzuregen, da doch ihre Vertreter im Reichs- und Landtag den Vorlagen zustimmen, die eine Beschränkung des Wohnungsbaues vorsehen. Somit ist die Stellungnahme seitens Böttchers und seiner Anhänger nur ein demagogisches Manöver.

Die Kommunisten haben bei jeder Etatberatung im Reichstag verlangt, daß die Hauszinssteuer restlos für den kommunalen Wohnungsbau und zur Herabsetzung der Mieten verwendet wird.

Da bei diesen Ausführungen den Bürgerlichen der Boden sehr heiß wurde, verlangte der Papierhändler Scharfe, daß doch die Politik im Gemeindeparlament ausgeschaltet werden solle. Genosse Dilsner gab ihm eine treffende Antwort.

Die kommunistische Fraktion beantragte durch Genossen Müller, daß das Bauvorhaben mit 48 Wohnungen in diesem Jahre durchgeführt wird. Die ungeheure Wohnungsnot am Orte bedingte eigentlich, daß noch mehr Wohnungen gebaut würden. Das Abstimmungsergebnis für das Wohnungsbauprojekt ergab 12 Stimmen dafür. Die zwei Sozialdemokraten stimmten dagegen. Diese sogenannten Vertreter der Arbeiterschaft sind also für die Wohnungsnot. Der bürgerliche Vertreter Scharfe glaubte, mit dem Einwand, daß der Architekt nichts kann, den Wohnungsbau verschleppen zu können. Damit hatte er kein Glück. Sofort wurde beantragt, daß die Baukommission die architektonischen Arbeiten vergibt. Die Steinanfuhr wurde dem Landwirt Liesch übertragen. Die Pflasterarbeiten in der Wachtendorfer Straße erhielt der Steinsetzmeister Rödiger, Bitterfeld, zum Preise von 1417 Mark.

Im nächsten Punkt wurde das Projekt eines Kinderheimes behandelt. Genosse Weiske schilderte in längeren Ausführungen die Notwendigkeit desselben. Es wurde beschlossen, die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Hier stimmte der katholische Arbeitervertreter Lupinski dagegen. Damit hat sich dieser werte Herr auch entlarvt. Als Dezernent für das Leibesübungsamt wurde Sportler Max Richter mit 12 Stimmen gewählt. Der Vorschlag der SPD. erhielt eine Ablehnung. Die Bürgerlichen zogen vor, hierzu keinerlei Vorschläge zu machen. Als Vertreter der Gemeinde wählte man die Genossen Heinrich und Niendorf. Nachdem standen die Anträge der Erwerbslosen zur Debatte. Dazu sprach der Genosse Niendorf und empfahl, dem Vorschlag der Finanzkommission zuzustimmen:

Es sollen hiermit erhalten:

In Klasse 10 und 11 Verheiratete	**20 RM.**	**Ledige 10,— RM.**
In Klasse 9 Verheiratete	**25 RM.**	**Ledige 12,50 RM.**
In Klasse 8 Verheiratete	**30 RM.**	**Ledige 15,— RM.**
In Klasse 7 Verheiratete	**35 RM.**	**Ledige 17,50 RM.**
In Klasse 1 bis 6 Verheiratete	**40 RM.**	**Ledige 20,— RM.**

bei einer Dauer von vier Wochen. Bei einer Dauer von 14 Tagen gibt es 50 Prozent der Sätze.

Außerdem erhält jeder verheiratete Erwerbslose einen Zuschlag pro Kind von 5 RM.

Erwerbslose in Klasse 1 bis 6 erhalten 10 Zentner Brikett. Ledige erhalten die Hälfte.

Von Klasse 7 bis 11 erhalten 5 Zentner Briketts, ledige die Hälfte. Altersrentner erhalten 10 Zentner Brikett, da durch Kälte die alten Leute auch in große Not geraten sind.

Milch für kleine Kinder soll durch Anträge an die Wohlfahrtskommission gestellt werden.

Unterstützung erhalten 177 Erwerbslose.

Jedenfalls hat die Gemeinderatssitzung gezeigt, daß die KPD.-Fraktion mit aller Energie die große Not der Minderbemittelten bekämpft und auch die Wohnungsnot mindern will. Die SPD. und Bürgerlichen waren jedoch bei allen diesen Anträgen dagegen. Merkt Euch das, Einwohner!

Delitzsch-Torgau

Einbruch im Eilenburger Gewerkschaftsbüro

Als am Montagabend der Gewerkschaftsangestellte Michaelis nochmals ins Bureau zurückkehrte, bemerkte er zu seinem Erstaunen, daß die Tür des Bureaus angebohrt und eine untere Füllung herausgebrochen war. Nach Betreten des Zimmers konnte er vorerst nichts Auffälliges bemerken. Die Aktentasche mit dem Betrage von

1400 Mark

lag noch an der Stelle, wo er sie hingelegt hatte. Nach der Besichtigung des Bureaus bemerkte er in der Ecke einen Mantel. Darunter kauerte eine Person, und zwar ein hiesiger Einwohner namens Hermann Georgi, wohnhaft in der Schützenstraße. Als Michaelis ihn gepackt hatte und fragte, was er hier wolle, riß sich Georgi los und schlug mit einer Bohrwinde um sich. Dann stürzte er zur Tür und ergriff die Flucht. Sofort nahm Genosse Michaelis die Verfolgung auf, wobei sich ihm einige Straßenpassanten anschlossen. Bald gelang es, Georgi festzunehmen. Er leistete energischen Widerstand und

biß einem Mann durch den Rock in den Arm.

Georgi wurde der Polizei übergeben. Hier stellte es sich heraus, daß er bereits wegen ähnlicher Delikte bestraft worden ist. Jedenfalls ist es eine Unverfrorenheit von diesem Menschen, Arbeitergroschen stehlen zu wollen. Mit aller Entschiedenheit muß ein derartiges Vorhaben von der Arbeiterschaft verurteilt und eine harte Bestrafung dieses Gesellen gefordert werden.

Delitzsch. Der Leiter der Delitzscher Polizei angefallen. In der Eilenburger Straße wurde der Leiter der Delitzscher Polizei, Polizeikommissar Schulz, der einen auf dem Bürgersteig fahrenden Kraftwagen angehalten hatte, von dem Gastwirt Krell aus Delitzsch, der sich in dem Wagen befand, angefallen und zu Boden geschlagen. Es gelang dem Beamten jedoch, den Angreifer zu überwältigen und festnehmen zu lassen. Der als unbeteiligter Zuschauer umherstehende Landwirt Löffler aus Laue erlitt infolge der Aufregung einen Herzschlag und wurde vom Platze getragen.

Torgau. Behörden gegen die Arbeiterschaft. Am Freitag, dem 15. März, sollte im „Tivoli" der zweite russische Film durch die IAH. Halle zur Aufführung kommen. Geplant war, das berühmte Filmwerk „Die Mutter" der Einwohnerschaft zu zeigen. Nachdem die erste Aufführung im „Tivoli" mit Zustimmung der städtischen Baupolizei erfolgte, erklärt diese nun in einem Schreiben an die Ortsgruppenleitung der IAH. Torgau, daß die Genehmigung nicht erteilt werden dürfte. Trotz dieses Bescheides wird die Ortsgruppenleitung versuchen, diesen Film und noch weitere auch in Torgau der Oeffentlichkeit zu zeigen. Nähere Einzelheiten folgen noch. Arbeiter, stärkt die IAH., erwerbt die Mitgliedschaft!

Jessen. Der Konkurs über die Firma Ekström ist am Donnerstag endgültig eröffnet worden.

Rundfunk-Programm

Freitag, 15. März

12 Uhr: Schallplattenkonzert. 14 Uhr: Funkwerbenachrichten. 15 Uhr: Frostmeldungen. 15.15 Uhr: Stunde der Hausfrau mit Funkwerbung. 16.30 Uhr: Bunter musikalischer Nachmittag. 17.45 Uhr: Funkwerbenachrichten. 18.05 Uhr: Sozialversicherungs-Rundfunk (Invaliden-, Kranken-, Angestellten-, Arbeits- und Unfallversicherung). 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18.30 bis 18.55 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 18.55 Uhr: Arbeitsnachweis. 19 Uhr: „Sprache als Lebensausdruck." 1.: „Denken und Sprechen." 19.30 Uhr: „Englische Philosophie." 20 Uhr: „Serenaden." 21.15 Uhr: Oliver Goldsmith (1728 bis 1776) und George Crappe (1754 bis 1832). Proben aus deren Hauptwerken, mit einleitenden Worten. 1. Der Landprediger von Wakefield. 2. Die kleine Stadt. 22 Uhr: Zeitangabe, Schneebericht, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik

Wie wird das Wetter?

Für Donnerstag: Immer noch neblig, trübe, zeitweise auch Sprühregen. Zunehmender Westwind. Im Gebirge bis in große Höhen Tauwetter. Südlich des Harzes zeitweise aufklärend.

Verantwortlich: Alfred Grade, Halle a. d. S., für Politik und Wirtschaft; Erich Behnke, Halle a. d. S. für Lokales und Saalkreis; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen) und Sport; Fritz Lessig, Halle a. d. S., für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau); Marianne Gundermann, Halle a. d. S., für Feuilleton; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krob, Halle a. d. S. für den Verlag, Anzeigenteil und Druck.

Amol hilft bei Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Erkältungsschmerzen. — Karmelitergeist **Amol** ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14
Tel. 214 73, Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 18 Uhr
Sonnabends nachmittags geschlossen

Stadtorganisation Halle

Stadtteil Zentrum. Stadtteilleitungssitzung am Mittwoch, 13. März, 19 Uhr, in der „Goldenen Kette".
Stadtteil Zentrum. Kassiererkonferenz am Mittwoch, 13. März, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette"
Stadtteil Osten. Mitgliederversammlung der Straßenzelle 2 (Berliner, Hordorfer, Jahn-, Grün-, Friesen-, Volkmannstraße und Thaerplatz) Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, im „Turnerschlößchen", Grünstraße.
Stadtteil Osten. Mitgliederversammlung der Straßenzelle 2 (Kruckenberg-, Forster-, Meckel- und Halberstädter Straße) Freitag, 15. März, 20 Uhr, im „Turnerschlößchen", Grünstraße.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Sitzung der Unterbezirks-Orgabteilung Freitag, 15. März, 20 Uhr, in der Produktiv.
Lieskau bei Dölau. Erwerbslosen- und Betriebsarbeiterversammlung am Freitag, 15. März.
Seeben. Frauenversammlung am Mittwoch, 13. März, 20 Uhr, bei Glaser. Referentin Genossin Ida Lehmann, Halle.
Dölau. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 13. März, 20 Uhr, im Lokal Richter.
Nietleben. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 13. März, 20 Uhr, in der „Sonne". Referent Genosse Gutjahr.
Büschdorf-Reideburg. Mitgliederversammlung am Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, im Lokal Schrader. Referent Genosse Behnke.
Böllberg-Wörmlitz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, im Lokal Rauschenbach. Referent Genosse Gutjahr.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naumburg. Mitgliederversammlung am Freitag, 15. März, 20 Uhr, im Parteilokal. Referent Genosse Schippa.
Zeitz. Märzgedenkfeier Freitag, 15. März, 20 Uhr, im „Schützenhaus". Referent Genosse Sachs.
Teuchern. Mitgliederversammlung Freitag, 15. März, 20 Uhr, im „Grünen Baum".
Nebra. Mitgliederversammlung Freitag, 15. März, 20 Uhr, im Parteilokal. Referent Genosse Eichfeld.
Weißenfels. Märzgedenkfeier am Freitag, 15. März, 20 Uhr. Referent Karl Schulz, M. d. L., Berlin.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zahna. Mitgliederversammlung Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, im Parteilokal. Referent Genosse Berger.
Roitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, 15. März, 20 Uhr, in der Gemeindeschänke. Referent ist anwesend.

Unterbezirk Delitzsch

Güntheritz. Mitgliederversammlung Freitag, 15. März, 20 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Baumgärtel.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse: Max Benkwitz, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof, 2 Treppen. Telephon-Nummer: 299 95. Postscheckkonto: Max Benkwitz, Leipzig Nr. 291 97.

Mitteilung der Gauführung

Achtung! Achtung! Wir erklären alle Sammellisten zum 5. Reichstreffen ungültig, die nicht den Kopf „5. Reichstreffen des RFB." und die Reichstreffenplakette in rotem Aufdruck tragen. Es gelten nur diese Sammellisten, und zwar die Nummern 26 602 bis 27 600. Diese Sammellisten sind sämtlich mit Gaustempel versehen. Alle anderen Listen, auf denen zum 5. Reichstreffen gesammelt wird, sind den Sammlern abzunehmen und schnellstens an die Gauführung einzusenden. Nicht betroffen hiervon sind die Sammellisten des Spielmannszuges Halle, die Gaustempel tragen.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abt. 5 (Zentrum). 3. Kameradschaft. Freitag, 15. März, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung. Gruppenführer haben restlos einzuladen.
Halle. Alle Kameraden gehen morgen zur Gewerkschaftsversammlung nach dem „Volkspark".
Canena. Freitag, 15. März, 20 Uhr, bei Wenkel Uebungsstunde. Alle Spieler müssen unbedingt erscheinen.
Wörmlitz-Böllberg. Freitag, 15. März, 20 Uhr, im Lokal Rauschenbach Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Nietleben. Donnerstag, 14. März, im Gasthof „Sonne" Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Bundeskleidung anlegen.

Untergau Bitterfeld

Greppin. Am Sonnabend, 16. März, sind die „Blauen Blusen" hier in Greppin und spielen im Saale Schmidts. Anfang 20 Uhr. Die Ortsgruppen Ramsin und Sandersdorf laden wir dazu ein. Die Ortsgruppe Greppin hat um 18 Uhr bei Schmidt anzutreten.
Wolfen. Mittwoch, 13. März, 19 Uhr, bei Heese. Tagesordnung: Fahnenübergabe am 16. März. Gauleiter anwesend.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Sonnabend, 16. März, außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Kameraden haben pünktlich zu erscheinen 20 Uhr bei Kalbe in Molmeck.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

Halle. Norden. Donnerstag, 14. März, pünktlich 19 Uhr, Versammlung bei Barth.
Halle. Donnerstag, 14. März, beteiligen sich alle Kameraden an der öffentlichen Metallarbeiterversammlung im „Volkspark".
Halle. Zentrum. Funktionäre heute, Mittwoch, 20 Uhr Sitzung in der „Kette".
Piesteritz. Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, Abteilungsabend im „Volksheim".

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Alle Genossinnen, die mit Theater gespielt und am Sprechchor teilgenommen haben, wirken in der öffentlichen Frauenversammlung in Seeben am Mittwoch, 13. März, 20 Uhr, bei Glaser mit. Fahrgeld wird vergütet. Treffen 19½ Uhr Ecke Oppiner und Trothaer Straße.
Sangerhausen. Freitag, 15. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Herrnkrug". Wichtige Tagesordnung. Erscheinen jeder Genossin ist Pflicht.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
Fernsprech-Nummer 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Gruppe Westen. Freitag 20 Uhr in der Produktiv. öffentlicher Gruppenabend. Thema: Abstammungslehre. Referent Genosse Grade.
Alle Düsseldorf-Fahrer zahlen Fahrgeld ein. Sammelgelder volle Listen abrechnen.
Halle. Donnerstag, 14. März, 19 Uhr, in der Kette Bibliotheksstunde. Genossen, lest fleißig unsere Literatur.

Halle. Zentrum. Freitag 20 Uhr im Gesellenheim Gruppenabend. Internationale Arbeiterbewegung. 1. Polen. Alle Genossen bringen Freunde und Bekannte mit.
Halle. Süden. Freitag 20 Uhr im „Thüringer Schlößchen" Gruppenabend. Genosse Grabow spricht über die Geschichte der Arbeiterbewegung.
Halle. Norden. Freitag abend machen wir unseren Gruppenabend in Sennewitz, um dort eine Gruppe zu schaffen. Abmarsch vom Wettiner Platz 18¾ Uhr. Die Genossen von Trotha marschieren ab „Reichsadler" ¼20 Uhr.
Ammendorf. Donnerstag, 14. März, Liederabend.
Löbejün. Donnerstag, 14. März, im „Schwarzen Adler" Gruppenabend.
Könnern. Donnerstag, 14. März, findet im „Bürgergarten" unser öffentlicher Gruppenabend statt. Thema: Die Märzen der Vergangenheit. Referent Genosse W. Bringt Freunde und Bekannte mit.

Unterbezirk Merseburg

Kötzschen. Freitag, 15. März, Unterhaltungsabend.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag, 14. März, Gruppenabend im Jugendheim. Thema: Märzkämpfe. Referent Gen. Fr.
Zeitz. Freitag, 15. März, 20 Uhr, Märzfeier in Zeitz im „Schützenhaus".

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mückenberg. Donnerstag, 14. März, im „Volkshaus" Theaterprobe.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Donnerstag, 14. März, ½19 Uhr, Probe.
Halle. Freitag, 15. März, Spielnachmittag in der Produktiv. Kinder unter neun Jahren können an diesem Spielnachmittag nicht teilnehmen.
Ammendorf. Donnerstag, 14. März, Spielnachmittag.
Weißenfels. Donnerstag, 14 März, Mitgliederversammlung im Jugendheim. Ein Parteivertreter wird über Krieg sprechen.

Bund der Freunde der IAH

Landesverband Halle-Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon 291 50
Postscheckkonto Leipzig 16379, Joh. Höcker

Dölau. Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, in Richters Gasthof Mitgliederversammlung. Referent vom Landesvorstand ist anwesend. Alle Mitglieder werden hiermit verpflichtet, zur Versammlung zu erscheinen.
Versammlung in Piesteritz findet Umstände halber nicht statt.
Kobershain. Freitag, 15. März, 20 Uhr, im Gasthof Filmaufführung „Die Mutter".
Gräfenhainichen. Freitag, 15. März, 20 Uhr, im „Schwarzen Adler" Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied wird hiermit verpflichtet, unbedingt zu erscheinen.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Deutsche Sektion)

Ortsgruppe Roitzsch. Donnerstag, 14. März, 20 Uhr, in der Gemeindeschänke öffentliche Invalidenversammlung. Referentin Hedwig Krüger, Halle.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 13. März 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 61

Die Spalter des DMV. am Werk

Die Berliner DMV.-Bureaukratie will jeden ausschließen, der sich ihrem Gesinnungsterror nicht fügt

Für Einheit und Klassenkampf

kämpft nun erst recht unter der Führung der Gewerkschaftsopposition

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. März.

Gestern abend fand die Berliner Delegiertenversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Im Mittelpunkt der Versammlung stand, wie es nach den Entfüllungen über die sozialdemokratische Fraktionssitzung nicht anders zu erwarten war, der Spaltungsantrag des reformistischen Gewerkschaftszerstörers Sommerfeld. Derselbe stellt eine wüste Schimpfrede zur Begründung seines Antrages. Darauf ergriff der DMV.-Vorsitzende Urich selbst das Wort, um den Antrag Sommerfelds nicht nur zu unterstützen, sondern durch einen angeblichen „Zusatzantrag" noch zu verschärfen. Die neue Formulierung, über die die Generalversammlung entscheiden sollte, obwohl Neuanträge den Wahlkörpern erst vorgelegt werden müssen, besagt,

daß die Ortsverwaltung jeden Funktionär, der sich nicht verpflichtet, in Wort und Schrift gegen die Richtlinien der Kommunistischen Partei zu kämpfen, von seiner Funktion entheben und ausschließen kann.

Voller Zynismus kündigte Urich, der Mann, der 10 000 Mann aus dem Verbande ausschließen, mit anderen Worten, die Gewerkschaften spalten will, an, daß der Genosse Niederkirchner, der als Sprecher der Opposition, gestützt auf eine Fülle unwiderleglichen Materials, mit den reformistischen Gewerkschaftszerstörern abrechnete, zum letzten Male auf dieser Generalversammlung gesprochen hat.

Die geschickt zusammengeschobene reformistische Mehrheit der Generalversammlung hat dem Antrag Urich zugestimmt. Auf diese Abstimmung antwortete die Opposition mit einem dreimaligen Hoch auf die Kommunistische Internationale und dem Gesang der Internationale.

*

Die „Rote Fahne" schreibt u. a. dazu: „Die Urich und Sommerfeld wissen, daß die Berliner Metallarbeiterschaft in ihrer Mehrheit nicht hinter dem Reformismus, nicht hinter der statutenwidrig aufgezwungenen Ortsverwaltung, sondern auf dem Boden der revolutionären Opposition steht. Die Urich und Sommerfeld wissen, daß, wenn die Stimmen der Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften entscheiden würden, der Berliner DMV. eine der ersten Organisationen ist, die sich von den Fesseln der reformistischen Vergewaltigung befreien und sich eine klassenkämpferische Führung geben würde.

Die Gewerkschaften, die unter Führung der Reformisten nicht den Arbeiterinteressen dienen, sondern der Lähmung der proletarischen Bewegung, die nicht Waffen des Kampfes, nicht Waffen der proletarischen Gegenoffensive gegenüber den Unternehmern, sondern Waffen für die Unternehmer, für die Niederhaltung der Arbeiter, für die Sicherung des kapitalistischen Profites darstellen — solche Gewerkschaften, in denen der Reformismus Triumphe feiert, wünscht die Bourgeoisie, solche Gewerkschaften fordern sie von den Sozialdemokraten im Zeichen der Koalitionspolitik, im Zeichen des Kurses auf die verschärfte Kapitalisierung [illegible] des Kurses auf den i[illegible]

Nehmt [illegible] lung, wählt Delegatio[illegible] n! Macht Schluß m[illegible] rft die Einheit des [illegible] n:

Hamburger Koalitions[illegible]etet

Kommunistische Versammlungen unter freiem Himm[illegible] Arbeiter

Ein Anschlag gegen das Internationale Pfingsttreffen [illegible]st recht!

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 13. März.

Die Polizeipressestelle teilt mit:

„Mit Rücksicht auf die infolge der Ereignisse in Wöhrden von dem Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein erlassenen Versammlungsverbote hat sich der Senat entschlossen, auch für das Hamburger Staatsgebiet alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel, sowohl der Nationalsozialisten als auch der Kommunisten, bis auf weiteres zu verbieten."

Weil in Wöhrden, mehrere Stunden von Hamburg entfernt, faschistische Provokateure Arbeiter überfielen, verbietet der zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestehte Hamburger Senat Versammlungen der Kommunistischen Partei in Hamburg. Selbst der Hugenbergsche nationalistische „Lokalanzeiger" muß feststellen:

„Praktisch richtet sich das Verbot ausschließlich gegen die Kommunisten. Die Nationalsozialisten sah man hier nicht auf der Straße."

Am 26. März findet in der Hansastadt der Bismarck-Aufmarsch des vereinigten faschistischen Gesindels statt. Er wird nicht verboten. Aber durch das Demonstrationsverbot für die Kommunistische Partei sollen die Gegenkundgebungen der Arbeiter im Keime erstickt werden. Und nicht genug damit:

das Demonstrationsverbot für die Kommunistische Partei soll das Internationale Pfingsttreffen des RFB. in Hamburg treffen.

Die kommunistische Bürgerschaftsfraktion hat sofort einen Antrag auf ein Verbot des faschistischen Bismarck-Aufmarsches und auf Aufhebung des Demonstrationsverbotes für die Kommunistische Partei eingebracht.

Neue [illegible]

Gestern [illegible] mburg Arbeite[illegible] 3. März. Zusammen[illegible] mmunistische sozialisten, [illegible] t, an dem Fuße gelas[illegible] National- auf freiem lenen A[illegible] berfal- kt.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte gestern den kommunistischen Buchhandlungsangestellten in Görlitz, Erwin Bengler, zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe. Er soll sich nach der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat, des Vergehens gegen das Republikschutzgesetz und der Verheimlichung eines Sprengstofflagers schuldig gemacht haben.

Zörgiebel schont den Dokumentenfälscher Orloff

(Eig. Drahtm.) Berlin, 13. März.

Wie wir erfahren, sind Zörgiebels Bemühungen, einen Prozeß gegen den Dokumentenfälscher Orloff zu vermeiden, von Erfolg gekrönt. Orloff wird für seine ungeheuren Verbrechen nicht bestraft werden, man gibt ihm vielmehr auf, innerhalb kürzester Frist Preußen zu verlassen. Der Dokumentenfälscher geht straflos aus, denn seine Verbrechen richteten sich ja „nur" gegen Sowjet-Rußland und außerdem war dieser Orloff die rechte Hand Zörgiebels im Kampfe gegen die ausländischen Revolutionäre.

Noch 20 Millionen mehr aus der Biersteuer

Hilferding beschert das kleine Glas Bier zu 25 Pf.

Von Adolf Ende, M. d. R.

Dem Reichstag sind nunmehr die Steuervorlagen für Erhöhung der Einnahmen aus der Biersteuer, dem Branntweinmonopol und der Erbschaftssteuer sowie drei Gesetzentwürfe zur Aenderung des Einkommensteuer-, Vermögenssteuer- und Wechselsteuergesetzes zugegangen. Sie tragen die Unterschrift des Sozialdemokraten Hilferding.

Die vorliegenden Gesetzentwürfe und ihre Begründungen verschärfen das reaktionäre Bild der Hilferdingschen Steuerpolitik noch um ein Beträchtliches, da man aus ihnen bisher nicht bekannte Einzelheiten erfährt. Wir beschränken uns vorläufig nur auf die Biersteuer, die am rigorosesten gesteigert werden soll.

Seit Monaten hieß es, die Biersteuer, die bisher 370 Millionen Mark einbrachte, soll um 44,57 Prozent auf 535 Millionen Mark gesteigert werden, also 165 Millionen Mark mehr eindringen. So teilte es Hilferding auch seinerzeit der Presse mit. Man muß jetzt feststellen, daß die Oeffentlichkeit belogen wurde. Nach dem Gesetzentwurf wird die Biersteuer sogar um 50 Prozent auf 550 Millionen gesteigert. Also nicht 165, sondern 185 Millionen Mark mehr sollen durch diese Steuer aus den Verbrauchermassen herausgepreßt werden. Diese bewußte Täuschung, vor allen Dingen der Arbeiteröffentlichkeit, zeigt, daß der sozialdemokratische Steuereinpeitscher der Bourgeoisie auch hier seiner Herren gelehriger Schüler ist.

Herr Hilferding könnte dagegen einwenden, daß er für das Rechnungsjahr 1929 infolge eines „gewissen Rückganges der steuerpflichtigen Biermengen" nur mit einem Mehraufkommen von 165 Millionen Mark rechnet. Was nichts daran ändert, daß im Gegensatz zu seinen ersten Mitteilungen die Biersteuer insgesamt nicht um rund 44,5, sondern um 50 Prozent (das sind 185 Millionen Mark) erhöht wird. Er macht sich bei seiner Rechnung wohl den „sozialen" Gedanken seines Parteiblattes („Vorwärts" vom 26. Februar) zu eigen, daß die „ärmeren Schichten" ihren Verbrauch an Bier eben einschränken müssen, wodurch ein Ausfall an Steuer von rund 5 Prozent zu erwarten sei.

Die geltenden Sätze der Biersteuer betrugen bisher 6 bis 8,15 für den Hektoliter. Hilferding peitschte sie auf 9 bis 12,20. Er beantragte gleichzeitig in seinem Gesetzentwurf die Beseitigung der bisherigen Steuerfreiheit für Hausbrauer, von denen es 1927 zirka 27 630 gab, die rund 316 000 Hektoliter herstellten. Durch die Beseitigung der Steuerfreiheit will Hilferding 1,8 Millionen Mark an Steuern hereinholen. Die frühern Erhöhungen der Steuer haben natürlich die Ausbreitung der Hausbierbereitung sehr begünstigt, so daß man heute ihre Zahl zwischen 35 000 bis 60 000 schätzt. Die sogenannte „Steuermoral" läßt es angeblich nicht zu, daß die Nutznießer solcher gemeinsamen Sude, hauptsächlich bäuerliche Bevölkerungskreise, aber auch Arbeiter in Industriegegenden, steuerfrei bleiben. So sollen auch sie jetzt zur höheren Ehre sozialdemokratischer Steuerpolitik daran glauben. Auch hier übertrumpft Hilferding seinen Vorgänger im Bürgerblock.

Wenn Hilferding durch die Biersteuer 185 Millionen Mark mehr aus den Taschen der Verbraucher plündern will, so bedeutet das, daß in Wirklichkeit die Summe noch viel größer sein wird, da sich das Brauerei- und das Gastwirtsgewerbe an der Ausplünderung durch noch höhere Preise, als sie die Steuererhöhung mit sich bringt, beteiligen wird. Der „Vorwärts" schätzte seinerzeit den Extraprofit, den allein das Gastwirtsgewerbe aus der neuen Steuererhöhung ziehen wird, auf rund 100 Mill. Im Arbeitsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurden bei Beratung der Hilferdingschen Vorlage noch höhere Ziffern angenommen. Es wurde dort ausgeführt, daß

nach Inkrafttreten des Gesetzes der gegenwärtige Preis für den Hektoliter Bier von durchschnittlich 66,63 Mark auf 83,32 Mark steigen würde, was einer Gesamtbelastung der Verbraucher im Ausmaße von etwa 500 Mill. Mark gleichkommt.

In der Praxis wirkt sich die Biersteuererhöhung nämlich so aus, daß nicht nur die Brauereien die Steuer auf die Gastwirte und diese auf die Konsumenten abwälzen, sondern daß beide an jeder neuen Steuererhöhung noch profitieren, da alle Versuche,

Morgen, 20 Uhr, im „Volkspark" Halle öffentl. Metallarbeiterversammlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290313-19/fragment/page=0013